

probleme sozialistischer politik

2

VIETNAM

**Zum Problem
der kolonialen Revolution
und Konterrevolution**

Kurt Steinhaus

verlag neue kritik



VIETNAM:

Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution

KURT STEINHAUS

verlag neue kritik · frankfurt am main

Das Manuskript dieser Broschüre ist von mehreren Marburger SDS-Mitgliedern in mühsamer Arbeit entziffert, abgeschrieben und stilistisch überarbeitet worden. Die rechtzeitige Fertigstellung zum Kongreß wäre ohne diese spontane Mitarbeit, für die an dieser Stelle gedankt sei, nicht möglich gewesen. K. S.

probleme sozialistischer politik band 2
© 1966 by Verlag neue kritik KG, Frankfurt

erschienen 1966 im Verlag neue kritik, Frankfurt, in Zusammenarbeit mit dem Limmat-Verlag, Zürich.
Druck: Norddruck Darmstadt

Inhalt

Vorwort	5
1 Einleitung: Zum politischen Stellenwert des Vietnamkonflikts	7
2 Zur Sozialgeschichte des Vietnamkonflikts	11
2.1 Vietnam bis zum Ende des 1. Indochinakrieges	11
2.2 Sozioökonomische Entwicklung in Nordvietnam	16
2.3 Sozioökonomische Entwicklung in Südvietnam	20
2.4 Vietnam im 2. Indochinakrieg	27
3 Zur Theorie der kolonialen Revolution	35
3.1 Sozioökonomische Struktur und sozioökonomische Emanzipation	35
3.2 Sozioökonomische Emanzipation und revolutionärer Kampf	37
3.3 Revolutionärer Kampf und Partisanenkrieg	39
3.4 Partisanenkrieg und Antipartisanenkrieg	43
4 Zur Theorie der kolonialen Konterrevolution	49
4.1 Ökonomische und außerökonomische Ursachen konterrevolutionärer Politik in der „Dritten Welt“	49
4.2 Struktur und Funktion spätkapitalistischer Rüstungsökonomik in den USA	53
4.3 Funktion von Modellfällen sozioökonomischer Emanzipation in der „Dritten Welt“	60
4.4 Westeuropas Rolle in der kolonialen Konterrevolution	64
5 Exkurs: Zur Theorie der „Dörfer“ und der „Städte“	71

Um die dicke Schale einer Mandarine abzuschälen,
muß man einen scharfen Fingernagel haben.

(Vietnamesisches Sprichwort)

Vorwort

Ursprünglich wollte Kurt Steinhaus im Auftrage des Bundesvorstandes zur internen Vorbereitung des SDS auf dem Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“ eine Broschüre verfassen, die in Fortsetzung der bisher von verschiedenen Mitgliedern und Gruppen des Verbandes vorgelegten Arbeiten über den Vietnam-Konflikt eine zusammenfassende Darstellung der vietnamesischen Revolution geben sollte. Bei der Überprüfung der zugänglichen Literatur stellte sich indes heraus, daß die politische Entwicklung Vietnams seit dem 2. Weltkrieg zumindest so weitgehend dokumentiert ist, daß eine rein historische Arbeit in Broschürenform kaum Neues zu bringen versprach.

Der Autor hat sich daher entschlossen, den zweiten Indochinakrieg und seine Vorgeschichte lediglich in der Form einer kurzen Sozialanalyse zu behandeln. Seine Arbeit soll einen Beitrag zur Imperialismus-Diskussion darstellen, ihr Schwerpunkt liegt auf der generellen Problematik des Emanzipationskampfes der „Dritten Welt“, seinen Ursachen und seinen Implikationen für die kapitalistischen Länder. Der Vietnam-Konflikt wird hierbei als ein Modellfall dieser globalen Auseinandersetzung analysiert: die wirtschafts- und sozialstatistischen Daten über Vietnam und die USA stellen das notwendige empirische Material, aus dem die theoretischen Überlegungen entwickelt werden.

Der Bundesvorstand hat die Herausgabe dieser Arbeit nicht nur deshalb übernommen, weil sie einen Beitrag zu der — im SDS in letzter Zeit besonders intensiv geführten — Diskussion über Probleme der Kolonialrevolution darstellt.

Sozialistische Politik will keine von außen an die Wirklichkeit herangetragenen Ideale durchsetzen. Sie entwickelt vielmehr „der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien“. Aus den widersprüchlich bestimmten Bewegungsgesetzen der Realität leiten sich ihre Forderungen ab. Sie kann nur wissenschaftlich begründet werden; sie, die die Welt verändern will, ergibt sich erst aus kritischer wissenschaftlicher Interpretation der Wirklichkeit. Sozialistische Politik will nicht mehr und nicht weniger als das elementare Le-

bensinteresse der großen Masse der Menschheit gegen die Kräfte der Barbarei formulieren und vertreten.

In einer Welt, deren Bewegung sich durch gesellschaftliche Widersprüche gleichsam naturwüchsig über die Köpfe der Menschen hinweg vollzieht, aber nicht auf solidarischer, vernünftiger, als bewußter Übereinkunft beruht, sind die wirklichen Interessen der verschiedenen Gruppen, Klassen und Völker nicht ohne weiteres offenbar. Diese müssen durch wissenschaftliche Analyse sichtbar gemacht werden, die sich von vornherein der Unvernunft des Bestehenden bewußt ist und die die einzelnen sozialen und politischen Erscheinungen in diesem Bewußtsein untersucht.

Die Entwicklung sozialistischer Wissenschaft ist auf unmittelbare Weise notwendiger Bestandteil der Entfaltung sozialistischer Politik. Während diese mit ihren jeweiligen Forderungen und Aktionen die Antagonismen zwischen den Interessen der Mehrheit und der Herrschenden im konkreten Einzelfall hervorhebt, wirkt sie zugleich daraufhin, die Allgemeinheit dieses Widerspruches und seine Begründung in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ins Bewußtsein der schon Unzufriedenen und Protestierenden zu heben. Ihnen weist wissenschaftlicher Sozialismus nach, daß Mangel und Unterdrückung nicht Ergebnis blinder Gewalten, sondern der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse ist, die durch politischen Kampf überwunden werden können und müssen.

Erst hierdurch kann die Opposition über die Kritik bloß äußerer Erscheinungen sozialer und politischer Herrschaft hinauskommen und politische Macht entwickeln. Zwar ist tatsächlich „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger als ein Dutzend Programme“, aber das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Sozialismus die sozialistische Programmatik postuliert, kann innerhalb der Bewegung nur streng rational begründet sein. Dabei gehen die Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus keineswegs dogmatisch vor oder nehmen ein besonderes Recht innerhalb der Opposition für sich in Anspruch. Es ist nur ihr Bestreben, ihre politischen Forderungen durch kritische Darstellung der Verhältnisse, gegen die sie sich wenden, zu erklären. Hierzu ist die vorliegende Arbeit ein Beitrag.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Bundesvorstand

1 Einleitung:

Zum politischen Stellenwert des Vietnamkonflikts

Im 2. Indochinakrieg wurden bisher über 400 000 Menschen getötet, mehr als 50 000 Gebäude zerstört. Diese Liste ließe sich beliebig verlängern: die schändlichen Verbrechen, die dort tagtäglich bei der Verteidigung gegen eine fiktive Aggression begangen werden, bilden Legion. Doch dieser Konflikt demonstriert mehr als das, was man die Schrecken des modernen Krieges nennt. Vietnam ist sowohl nach Gebiet als nach Bevölkerung nur ein sehr kleiner Teil jener Regionen, die gemeinhin als die „Dritte Welt“ bezeichnet werden. Aber durch die Besonderheiten seiner historischen Entwicklung ist dieses Land in eine Situation geraten, die es über die anderer Länder ähnlicher Struktur hinaushebt: es ist heute die Verkörperung all dessen, was die Gegenwart der „Dritten Welt“ ausmacht und was aller Wahrscheinlichkeit nach — im Positiven wie im Negativen — ihre Zukunft ausmachen wird. Die Analyse muß deshalb über das Studium der Geschichte Indochinas¹⁾ hinausführen.

Die Antagonismen, um deren Auflösung es in den Kämpfen auf indochinesischem Boden geht, haben sich in einer Periode mehr oder minder offener Fremdherrschaft herausgebildet, die noch immer andauert. Vietnam ist nur ein Vertreter jener Ländergruppe, die in ein System internationaler Arbeitsteilung integriert wurde, „das so organisiert ist, daß der eine der Beteiligten sich auf das Verhungern spezialisiert, während der andere — als des weißen Mannes Bürde — das Einstreichen der Profite auf sich nimmt.“²⁾

Aber Vietnam hat nicht nur koloniale Durchdringung erfahren und ist nicht nur Beispiel daraus resultierender Unterentwicklung und Stagnation.³⁾ Das Nebeneinanderbestehen zweier konkurrierender Sozialsysteme auf dem Boden dieses Landes demonstriert auch, welche Möglichkeiten eine ehemalige Kolonialgesellschaft trotz des geringen Entwicklungsstandes ihrer Produktivkräfte hat, die Befriedigung

¹⁾ Hierzu vgl. Teil 2.1 und 2.4.

²⁾ Paul A. Baran, *The political Economy of growth*, New York: 1962, S. 188 (Übers. d. Verf.).

³⁾ Hierzu vgl. Teil 2.3.

menschlicher Bedürfnisse entscheidend zu verbessern.⁴⁾ Der Kontrast der Realisierung des gesellschaftlich Möglichen im Norden und zugleich einer unverändert trostlosen gesellschaftlichen Realität im Süden des Landes hat die Notwendigkeit der Aufhebung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse subjektiv einsehbarer gemacht.

Der Kampf, der um die Auflösung dieser gesellschaftlichen Widersprüche dort geführt wird, kann ebenso wie die Widersprüche selbst als exemplarisch gelten.⁵⁾ Der Versuch der gewaltsamen sozioökonomischen und politischen Emanzipation in Vietnam ist kein isoliertes Phänomen. Ähnlich strukturierte revolutionäre Bewegungen entfalten sich in verschiedenen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, und die internationale koloniale Revolution wird an Intensität noch zunehmen. Das große Maß an materiellem Elend und an Unfreiheit, das aus den gegebenen Herrschaftsverhältnissen resultiert, macht diesen globalen nationalen und sozialen Befreiungskampf zu einer historischen Notwendigkeit. Das vietnamesische Volk führt ihn z. Z. stellvertretend für die anderen Völker der „Dritten Welt“.

Carlos Fuentes schrieb, er glaube wie Simon Bolivar, daß „die USA von der Vorsehung dazu ausersehen scheinen, uns mit allen erdenklichen Übeln heimsuchen im Namen der Freiheit“.⁶⁾ Ob hier die „Vorsehung“ am Werk war, mag dahingestellt sein — objektiv befinden sich die USA tatsächlich in der Position des gesamt kapitalistischen Weltgen darmen; und es bedarf kaum besonderer Prophetie vorauszusagen, daß die Intervention in Vietnam lediglich die modellhafte Antizipation dessen ist, was die „Dritte Welt“ in naher Zukunft von Seiten der kolonialen Konterrevolution an „Heimsuchungen im Namen der Freiheit“ zu erwarten hat.⁷⁾ Das Verhältnis der westeuropäischen Linken zu diesem mehrfachen Exempel Vietnam muß aus zweierlei Gründen mehr als das eines nicht direkt beteiligten Beobachters sein. Wurde in Europa — wie es bei Herbert Marcuse heißt — „auf den Schlacht- und Mordfeldern des spanischen Bürgerkrieges . . . zum letzten Male um Freiheit, Solidarität, Menschlichkeit in revolutionärem Sinne gekämpft“, so ist „das geschichtliche Erbe dieses Kampfes . . . heute in jenen Ländern zu finden, die ihre Freiheit im kompromißlosen Kampf gegen die neukolonialen Mächte verteidigen.“⁸⁾ Dieser

⁴⁾ Hierzu vgl. Teil 2.2.

⁵⁾ Hierzu vgl. Teil 3.

⁶⁾ Carlos Fuentes, Rede an die Bürger der USA, in: Kursbuch 2, August 1965, S. 56—71, hier: S. 63.

⁷⁾ Hierzu vgl. Teil 4.

⁸⁾ Herbert Marcuse, Vorwort zu: drs., Kultur und Gesellschaft 1 (Frankfurt: 1965), S. 11 und S. 169.

Kampf verlangt aber nicht nur Solidarisierung, sondern auch ein aufmerksames Studium. Zwischen neokolonialer Herrschaft und Knechtschaft besteht ein dialektisches Verhältnis. Wenn „Knechtschaft vielmehr in ihrer Vollbringung zum Gegenteile dessen (wird) . . . , was sie unmittelbar ist,“ wenn sie „als in sich zurückgedrängtes Bewußtsein in sich gehen und zur wahren Selbständigkeit sich umkehren“ wird⁹⁾, dann tangiert diese Infragestellung des bisherigen imperialistischen Herr-Knecht-Verhältnisses auch die Situation des „Herren“ selbst.¹⁰⁾ Dieser Problemkomplex hat unmittelbare Relevanz sowohl für die Theorie als auch für die Praxis der europäischen Arbeiterbewegung und sollte daher intensiver als bisher in die politische Diskussion mit einbezogen werden.

⁹⁾ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Phänomenologie des Geistes*, Leipzig: (1949), S. 148.

¹⁰⁾ Hierzu vgl. Teil 5.

2 Zur Sozialgeschichte des Vietnamkonflikts

2.1 Vietnam bis zum Ende des 1. Indochinakrieges

Im Zeitalter des Merkantilismus kamen zum ersten Mal Europäer in nennenswerter Anzahl nach Indochina, um „nach Gewürzen und Täuflingen Ausschau (zu) halten.“¹¹⁾ Beides war s. Z. voneinander kaum zu trennen. François Pallu, ein französischer Missionar, schlug 1658 die Gründung einer Handelsgesellschaft für den Fernen Osten vor: „Der Hauptzweck der Reise . . . ist der Ruhm Gottes und die Bekehrung der Seelen. Dennoch sollte man es nicht unterlassen, Nützliches damit zu verbinden. Um zu erfahren, was für einen Profit man dabei erzielen kann — er beträgt mehr als dreihundert Prozent — muß man wissen, wo und wie man ihn erzielt.“¹²⁾ Dieser Exploitationsprozeß bezeichnet zusammen mit der „beginnende(n) Eroberung und Ausplünderung von Ostindien“ „die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära.“¹³⁾ Seine Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur Vietnams blieben in dieser Periode zwar noch begrenzt, aber immerhin kam es bereits zur Bekehrung Hunderttausender zum Katholizismus, was später die französische Okkupation nicht unbeträchtlich erleichterte.¹⁴⁾ Die koloniale Durchdringung und Eroberung bewirkte dann in diesem Land das gleiche, was auch die Geschichte des Kolonialismus in Indien, China und dem Osmanischen Reich ausmacht: die Zerstörung der einheimischen Produktion durch billige europäische Importe unterband in Indochina eine gesellschaftliche Entwicklung, die bereits zunehmend frühkapitalistische Produktionsformen enthielt.¹⁵⁾ Das so sich vergrößernde sozioökonomische Gefälle zu Europa machte dann die Verhinderung der Aufrichtung direkter französischer Kolonialherrschaft im 19. Jahrhundert unmöglich.

¹¹⁾ Jean Chesneaux, Geschichte Vietnams, Berlin: 1963, S. 57 f.

¹²⁾ Zit. a. a. O., S. 59.

¹³⁾ Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., Berlin 1962 (= Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 23), S. 779.

¹⁴⁾ Vgl. Chesneaux, a. a. O., S. 59 ff. u. S. 143.

¹⁵⁾ Vgl. a. a. O., S. 178 ff. u. S. 114 ff.

Diese Kolonialherrschaft bedeutete die Etablierung einer monokulturellen Wirtschaftsverfassung, die durch das Nichtvorhandensein nennenswerter industrieller Produktion und die Beschränkung der agrarischen Produktion auf vorwiegend Reis und Kautschuk gekennzeichnet war.¹⁴⁾ Zusätzlich begann sich — neben der Entstehung einer fast ausschließlich von Europäern betriebenen Plantagenwirtschaft — besonders in Cochinchina nach der Aufhebung des traditionellen Landrechts, das nur den „Gemeinden Landbesitz zuerkannte, . . . ein vietnamesisches, auf Großgrundbesitz basierendes Bürgertum zu entwickeln“.¹⁵⁾

Die Aufkrotyrierung einzelner bürgerlicher Rechtsnormen förderte hier — wie z. B. auch in Indien — die Entstehung halbfeudaler und in der Regel wucherischer Kompradoren-schichten, die in einer Koalition mit den Kolonialherren über die Völker Indochinas eine Doppelherrschaft ausübten. Die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts mittels kapitalistischer Profite und feudaler Pachten spiegelt sich in der Einkommensverteilung wider. 1931 entfiel z. B. auf ein Mitglied der in Indochina ansässigen ausländischen Kolonialherrschaft ein Einkommen von 50 000 Francs, auf ein Mitglied der einheimischen Oberschicht ein Einkommen von 60 000 Francs, während eine Familie des ländlichen bzw. städtischen Proletariats über Einkünfte von lediglich 710 Francs verfügte.¹⁶⁾ Allein zwischen 1934 und 1937 wurden Kapitalrenten in Höhe von 2,48 Mrd. Francs offen ins Ausland transferiert.¹⁷⁾ Das Ausmaß dieser kolonialen Ausplünderung wird deutlich, wenn man bedenkt, daß 1931 das Einkommen von 9,6 Millionen Proletariern nur ca. 4,7 Mrd. Francs betrug.¹⁸⁾

Die koloniale Alleinherrschaft Frankreichs über Indochina endete praktisch mit dem Beginn des 2. Weltkrieges. In Europa militärisch geschlagen, fügte sich Frankreich den japanischen Forderungen nach Überlassung von Stützpunkten. Vietnam fiel so unter koloniale Doppelherrschaft, die sich u. a. auch in ökonomischen Sonderprivilegien Japans manifestierte.¹⁹⁾

¹⁴⁾ Zur fehlenden Industrialisierung vgl. u. a. Charles Robequain, *The economic Development of French Indo-China*, London - New York - Toronto: 1944, S. 269 ff. Reis und Kautschuk bestritten z. B. 1938 im Gebiet des heutigen Südvietnam 56,2 % der Exporte. (Vgl. Bernard B. Fall, *The two Viet-Nams*, New York - London: [1963], Tab. 11, S. 296).

¹⁵⁾ Emanuel Sarkisyanz, *Südostasien seit 1945*, München: 1961, S. 23.

¹⁶⁾ Vgl. Lothar Ruehl, *Vietnam. Brandherd eines Weltkonflikts?* (Frankfurt - Berlin: 1966), S. 20 f.

¹⁷⁾ Vgl. Erich Schiff, *Direct Investments, terms of trade, and balance of payments*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 56, 1942, S. 305—320, hier: S. 314.

¹⁸⁾ Vgl. Ruehl, a. a. O., S. 21.

¹⁹⁾ Vgl. hierzu bes. Robequain, a. a. O., S. 368 ff.

Die vietnamesische Unabhängigkeitsbewegung Vietminh — eine politisch-militärische Organisation mit Volksfrontcharakter, die 1941 gegründet worden war — wurde mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour objektiv zum Verbündeten der USA und in der letzten Phase des Krieges auch durch amerikanische Waffen und Berater unterstützt. Nach der Kapitulation der Japaner, die vorher noch die französischen Restgarnisonen gewaltsam ausgeschaltet hatten²²⁾, kontrollierten die Vietminh den überwiegenden Teil des Landes. So stellte die Ausrufung der ‚Demokratischen Republik Vietnam‘ (DRV) lediglich die rechtliche Kodifizierung eines tatsächlich bestehenden Zustandes dar. Die Ergebnisse der Wahlen zu einer vietnamesischen Nationalversammlung, „die den Vietminh eine klare Mehrheit . . . brachten, bezeichneten wahrscheinlich den tatsächlichen Stand der öffentlichen Meinung zu jener Zeit.“²³⁾

Aber wenn auch die alte Kolonialmacht zunächst von der Bildfläche verschwunden war, so waren die Platzhalter doch schon erschienen. Zur Entwaffnung der Japaner hatten britische Truppen den südlichen und chinesische den nördlichen Teil des Landes besetzt. Bereits im September 1945 begannen die britischen Soldaten den mit großer Eile herangeführten französischen Truppen Platz zu machen, und im Frühjahr 1946 zogen sich auch die Truppen Tschiang Kai-schek's aus Nordvietnam zurück. Dennoch sah sich die französische Regierung zunächst gezwungen, die realen Machtverhältnisse in Rechnung zu stellen. Im März 1946 schloß sie mit der Regierung der DRV einen Vertrag, in dem sie Vietnam „als einen freien Staat, mit eigener Regierung, eigenem Parlament, eigener Armee und eigenen Finanzen“ anerkannte und in dem sie sich verpflichtete, die Wünsche der Bevölkerung, die in einem Referendum zum Ausdruck gebracht werden

²²⁾ Obwohl s. Z. genügend US-Luftstreitkräfte in erreichbarer Nähe waren, griffen diese trotz dringender französischer Hilfsersuchen auf direkten Befehl Washingtons nicht ein. Das gleiche Verhalten zeigte die US-Regierung bereits zur Zeit des Beginns der japanischen Okkupation, als sie sich weigerte, den französischen Truppen Kriegsmaterial zu verkaufen. Stattdessen bot sie der japanischen Regierung Verhandlungen über ökonomische Privilegien in Indochina an — Frankreich wurde in der betreffenden Note nicht erwähnt. Anscheinend wollte man der japanisch-französischen Doppelherrschaft mit einer japanisch-US-amerikanischen Doppelherrschaft zuvorkommen. Die unzulänglich ausgestatteten französischen Truppen leisteten 1940 den japanischen Angriffen Widerstand, waren aber wegen ihrer hoffnungslosen Unterlegenheit zur Einstellung der Kampfhandlungen gezwungen. Hierzu vgl. Fall, a. a. O., S. 40 ff. und drs., *Street without Joy*, London and Dunmow: (1963), S. 22 ff.

²³⁾ Donald Lancaster, *The Emancipation of French Indochina*, London - New York - Toronto: 1961, S. 127 (Übers. d. Verf.); über die Gründung und die Anfangsphase der DRV vgl. bes. Truong Chinh, *The August Revolution*, Hanoi: 1962 (Faksimile-Ausgabe), in: *Primer for Revolt. The communist takeover in Viet-Nam*, with an Introduction and notes by Bernard B. Fall, New York - London: (1963), S. 1—80.

sollten, zu respektieren.²⁴⁾ Aber noch während der Verhandlungen über die zukünftige Regelung des französisch-vietnamesischen Verhältnisses brach die französische Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen und begann mit der Bombardierung Haiphongs offen die koloniale Rückeroberung des Landes.

Zumindest der US-amerikanische Präsident Roosevelt hatte eine solche Entwicklung nicht gewünscht. Er hatte für eine internationale Treuhänderschaft plädiert, da nach seiner Ansicht die Vietnamesen zur Selbstregierung nicht fähig seien. Man kann mit Recht vermuten, daß hier ähnliche Motive zugrunde lagen wie bei der Politik der „offenen Tür“ in China. Wenn die USA sich hier wie dort gegen die direkte und alleinige Kolonialherrschaft eines bestimmten Landes gewandt haben, so vor allem deshalb, weil sie dagegen waren, Kapital- und Warenexporte in ökonomisch schwach entwickelte Gebiete den privilegierten Kapitaleignern irgendeiner ausländischen Macht alleine zu überlassen. Der Plan der politischen Dekolonisierung Indochinas wurde vor allem durch die Regierung Großbritanniens durchkreuzt, die nicht gewillt war, ein Exempel zuzulassen, das in eigenen Kolonialgebieten ähnliche Entwicklungen begünstigt hätte. Daher unterstützte die britische im Gegensatz zur US-Regierung auch den Transport französischer Kolonialtruppen nach Indochina.²⁵⁾

Die französischen Truppen konnten einen großen Teil Vietnams zunächst wieder fest unter ihre Kontrolle bringen. Dennoch war ihre Niederlage nur eine Frage der Zeit. Die Vietminh waren militärisch zuerst zwar schwach, dafür aber politisch stark. Ihrer Programmatik hatte weder die Kolonialverwaltung noch die vietnamesische Marionettenregierung etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Über die Prinzipien der Landverteilung hieß es z. B. im Agrarreformgesetz der DRV von 1953: „viel wird denen gegeben werden, die viel entbehren; wenig wird denen gegeben werden, die wenig entbehren; nichts wird denen gegeben werden, die nichts entbehren; wir werden nehmen, wo Überfluß ist, um dort zu geben, wo Armut herrscht“.²⁶⁾ Die sofortige Verwirklichung eines revolutionären Programms der Aufhebung kolonialer und feudaler Produktionsverhältnisse ermöglichte den Vietminh die Mobilisierung der Bevölkerung, die in ihrer überwiegenden Mehrheit den Widerstandskampf passiv oder ak-

²⁴⁾ Abgedr. in: *Conflict in Indo-China and international repercussions. A documentary history, 1945—1955*, ed. by Allan B. Cole, Ithaca: 1956, S. 40—41, hier S. 40 (Übers. d. Verf.).

²⁵⁾ Vgl. z. B. die Erklärungen Roosevelts und Bevins a. a. O., S. 47 ff.

²⁶⁾ Art. 26; Text abgedr. a. a. O., S. 150—156, hier: S. 154 (Übers. d. Verf.).

tiv unterstützte. Die Dialektik von sozialer Reform und militärischem Kampf ist besonders treffend von Ho Chi Minh umschrieben worden: „Man muß alle Kräfte für den Widerstandskrieg mobilisieren, um den erfolgreichen Abschluß der Bodenreform sicherzustellen. Man muß alle Kräfte für die Durchführung der Bodenreform mobilisieren, um den vollen Sieg im Widerstandskrieg zu erkämpfen.“²⁷⁾ Nach 1950 kontrollierten das französische Expeditionskorps und ihre einheimischen Hilfstruppen nur noch die großen Städte Vietnams: der größte Teil der ländlichen Gebiete bildete de facto das Staatsgebiet der DRV.²⁸⁾

Der Beginn des Kalten Krieges, die Niederlage der Kuomintang-Regierung im chinesischen Bürgerkrieg und der Ausbruch des Koreakrieges änderten die Asienpolitik der USA beträchtlich. Je mehr sich in der Folgezeit die militärische Lage Frankreichs in Vietnam verschlechterte, desto größer wurde die US-amerikanische Unterstützung: 1953 trugen die USA bereits 80% der französischen Kriegskosten; zusätzlich stellten sie Piloten, Luftwaffenbodenpersonal und übernahmen Truppen- und Materialtransporte.²⁹⁾ Pläne eines direkten Engagements wurden aufgegeben, als sich zeigte, daß besonders Großbritannien nicht bereit war, sich an den Risiken derartiger Politik zu beteiligen.

So kam es 1954, als die Regierung der DRV bereits den größten Teil des Landes effektiv unter Kontrolle hatte und als starke französische Verbände bei Dien Bien Phu eingeschlossen waren, zur Genfer Ostasienkonferenz, an der sich folgende Staaten beteiligten: die USA, Großbritannien, Frankreich, die UdSSR, die Volksrepublik China, Laos, Kambodscha, die DRV und der Staat Vietnam, der durch die französische Marionette Bao Dai repräsentiert war. Bezüglich Vietnams traf die Konferenz folgende Beschlüsse: das Land wurde vorläufig in zwei militärische Zonen geteilt, wobei die nördliche von den Behörden der DRV und die südliche von denen des Staates Vietnam verwaltet werden sollte. In diese Zonen hatten sich die Streitkräfte der Kontrahenten umzugliedern. Die Errichtung fremder Militärstützpunkte, die Entsendung fremden Militärpersonals, sowie die Einfuhr von Kriegsmaterial waren verboten. Die Trennungslinie — der 17. Breitengrad — wurde ausdrücklich als provisorische De-

²⁷⁾ Ho Chi Minh, Referat auf der 3. Tagung der Nationalversammlung der DRV (1953). In: drs., *Ausgewählte Reden und Aufsätze*, Berlin: 1961, S. 252–266, hier: S. 252.

²⁸⁾ Zum Verlauf der Kämpfe im 1. Indochinakrieg — und generell zum Problem der militärischen Taktik im Partisanenkrieg — vgl. bes. Fall, *Street*, passim.

²⁹⁾ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* v. 18. 3. 1965; Fall erwähnt (*Street*, S. 104 ff.) amerikanische „zivile“ Piloten von Transportflugzeugen, die in Kampfzonen — auch über Dien Bien Phu — Abwurfoperationen durchführten.

markationslinie und nicht als politische und territoriale Grenze bezeichnet. Im Juli 1956 sollten in Gesamtvietnam freie Wahlen stattfinden, worüber die Behörden der beiden Teilgebiete rechtzeitig Verhandlungen aufzunehmen hatten. Zur Überwachung dieser Bestimmungen — einschließlich der der Wahlen — wurde eine internationale Kontrollkommission (ICC) eingesetzt, die aus Vertretern Indiens, Kanadas und Polens bestand.³⁰⁾ Die Schlußerklärung der Konferenz wurde weder vom Staat Vietnam noch von den USA mitunterzeichnet. Die USA gaben allerdings in einer Zusatzerklärung vor der Weltöffentlichkeit zu Protokoll, sie würden der Erfüllung der Genfer Vereinbarungen keine Hindernisse in den Weg legen und sich „jeder Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt zu deren Störung enthalten.“³¹⁾

2.2 Sozioökonomische Entwicklung in Nordvietnam

Die ökonomische Ausgangslage Nordvietnams war um einiges schlechter als die Südvietnams. Der Norden ist zwar reich an mineralischen Rohstoffen, war aber immer auf Reiszufuhr aus dem Süden angewiesen. Zudem war Tongking besonders stark von Kriegszerstörungen betroffen, und der Abzug des französischen Expeditionskorps 1955 führte hier zu einer weitgehenden Demontage von Produktionsmitteln und zu einem ebenso starken Abfluß von Kadern der höchsten technischen Qualifikationsgrade. „Die abziehende französisch-vietnamesische Verwaltung hatte nahezu jeden beweglichen Gegenstand mitgenommen: Dockkräne, Eisenbahnreparaturmaterial und sogar das Radium für die Röntgenapparate in den Hospitälern von Hanoi.“³²⁾ „Genau 23 Ingenieure (waren) in ganz Nordvietnam übriggeblieben.“³³⁾ Nach der ersten Phase des Wiederaufbaus jedoch begann eine grundlegende Transformation der Wirtschaftsstruktur. Das Grundprinzip der nordvietnamesischen Wirtschaftspolitik war die staatliche Aneignung des nicht unbedingt zum Konsum notwendigen agrarischen Mehrprodukts, um hiermit Importe von Produktionsmitteln etc. bzw. Arbeitseinsätze im Inland finanzieren zu können. Das Mehrprodukt der weitgehend vergesellschafteten Produktion diente also hier — zusammen mit der erheblichen Wirtschaftshilfe der anderen

³⁰⁾ Text in: Kessing's *Archiv der Gegenwart*, 24. Jgg., 1954, Essen - Wien - Zürich: o. J., S. 4635 f.

³¹⁾ A. a. O., S. 4636.

³²⁾ Fall Viet-Nams, S. 153 (Übers. d. Verf.).

³³⁾ Drs., A. „Straight Zigzag“: the road to socialism in North Viet-Nam, in: *Communist Strategies in Asia*, ed. by A. Doak Barnett, New York - London: (1963), S. 189—227, hier: S. 211.

sozialistischen Länder — produktiven Investitionen, wodurch wiederum die agrarische Produktion erhöht und der Industrialisierungsprozeß in Gang gesetzt werden konnte. Nicht im angestrebten Maße gelang die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion.³⁴⁾ Dies lag besonders daran, daß nur ein relativ geringer Anteil der staatlichen Investitionen in den agrarischen Sektor gelenkt wurde.³⁵⁾ Zu ökonomischen Rückschlägen hatte anfangs auch die Weiterführung der Agrarrevolution geführt, die unter der Regie der Parteibürokratie zusehends durch Brutalitäten und Willkürakte gekennzeichnet war. Als die Bauern hierauf mit gewaltsamem Widerstand zu antworten begannen, wurden diese Mißstände allerdings beseitigt.³⁶⁾ Trotz allem stieg der Bruttoproduktionswert des Agrarsektors zwischen 1955 und 1959 immerhin um über 55 %.³⁷⁾ Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aus eigener Produktion wurde sichergestellt. Große Fortschritte wurden bei der Diversifikation der angebauten Kulturen erreicht³⁸⁾, und 1957 konnte das bisherige Reiszuschußgebiet zum ersten Male Reis exportieren.³⁹⁾ Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Anstrengungen lag auf infrastrukturellem und industriellem Gebiet, und hier wurden auch die größten Erfolge erzielt. Zwischen 1955 und 1962 stieg der Anteil von Handwerk und Industrie an der gesamten Produktion von 16,9 % auf 46 %.⁴⁰⁾ Art und Ausmaß der stattgefundenen Veränderungen werden deutlich bei einem Vergleich der Produktionsergebnisse aus den Sechzigerjahren mit den entsprechenden Werten bei Beginn des 2. Weltkrieges bzw. bei Ende des 1. Indochinakrieges:⁴¹⁾

³⁴⁾ Der 1958 anlaufende Dreijahresplan sah für 1960 eine Reisproduktion von 7,6 Mio t vor — erreicht wurden 4,1 Mio t; 1939 waren 2,45 Mio t geerntet worden. (Vgl. drs., *Viet-Nams*, S. 162 f.)

³⁵⁾ Zwischen 1955 und 1962 exportierte die UdSSR z. B. Traktoren und Landmaschinen im Wert von nur 1,9 Mio Rubel in die DRV, was einem Anteil von 2,8 % an den Gesamtexporten entspricht. (Errechnet nach: Ernst Kux, Nordvietnam, in: drs. und Joseph C. Kun, *Die Satelliten Pekings*, Stuttgart: [1964], S. 25—189, hier: S. 94 und Tab. 6, S. 95.)

³⁶⁾ Die Erbitterung der Bauern über die sog. Landreformtribunale machte sich in einer Provinz im November 1956 sogar in Form einer offenen Revolte Luft, die durch reguläre Armeeeinheiten niedergeschlagen wurde. Die nordvietnamesische KP (Lao Dong) zog die Konsequenzen: der Generalsekretär wurde abgelöst, die Tribunale aufgehoben, und im Verlauf der folgenden „Rektifizierungskampagne“ kam es zur Amnestie politischer Häftlinge. (Vgl. hierzu: Fall, *Viet-Nams*, S. 154 ff.)

³⁷⁾ Errechnet nach: William Kaye, *A Bowl of rice divided: the economy of North Vietnam*, in: *The China Quarterly*, 1962, No. 9, S. 82—93, hier: Tab. 2, S. 91.

³⁸⁾ Vgl. Fall, a. a. O., S. 164 f.

³⁹⁾ Vgl. Theodore Shabad, *Economic Developments in North Vietnam*, in: *Pacific Affairs*, Vol. 31, 1958, No. 1, S. 36—53, hier: S. 48.

⁴⁰⁾ Vgl. Kux, a. a. O., S. 85.

⁴¹⁾ Quellen: a. a. O., Tab. 4, S. 86 u. S. 87; Fall, a. a. O., Tab. 6, S. 172; drs., *North Viet-Nam: a profile*, in: *Problems of Communism*, Vol. 14, 1965, No. 4, S. 13—25, hier S. 21.

		1939	1955	1964
Kohle	(in 1 000 Tonnen)	2 615	641	3 200
Zement	(in 1 000 Tonnen)	305	9	590
Phosphate	(in 1 000 Tonnen)	31	8	163a)
Stahl	(in 1 000 Tonnen)	130	0	50
Papier	(in 1 000 Tonnen)	5,7	0,8	20b)
Elektrizität	(in Mio KWH)	122	53	530
Textilien	(in Mio Meter)	55	39	92a)
Fahrräder	(in Stück)	0	0	25 266c)
Werkzeugmaschinen	(in Stück)	0	0	1 028c)
Elektromotoren	(in Stück)	0	0	1 460c)

a) 1963; b) 1962; c) 1961.

An diesen Produktionssteigerungen hatte die Wirtschaftshilfe der Volksrepublik China und der Sowjetunion erheblichen Anteil: die Lieferung kompletter maschineller Anlagen erlaubte den Bau großer Industriewerke: „Das Stahlwerk von Thai Nguyên, die Superphosphatfabrik von Phu-Tho, die von den Russen gebaute Werkzeugmaschinenfabrik in Hanoi sind Tatsachen, die bis jetzt keine Gegenstücke in Südvietnam haben.“⁴²⁾ Es darf auch nicht übersehen werden, daß bei der Errichtung dieser und anderer industrieller Kombinate die Bau- und Rohstoffe sowie die Arbeitskräfte von nordvietnamesischer Seite gestellt wurden. Zudem sinkt der Grad der Abhängigkeit von ausländischer Hilfe mit der Vergrößerung der eigenen ökonomischen Basis zunehmend. Der Anteil des Außenbeitrags am Budget von 1961 betrug 19,9% gegenüber 65,3% bzw. 31,3% in den Jahren 1955 und 1958.⁴³⁾ Ein erheblicher Teil der benötigten Ausrüstungen wird bereits über den normalen Außenhandel erworben.

Der Anteil der Produktionsmittel an den Importen, der in den Jahren 1939 und 1955 nur 20% bzw. 44,7% ausgemacht hatte, war 1959 bereits auf 85,3% angestiegen.⁴⁴⁾ Der Verzicht auf Konsumgüterimporte und die Bezahlung der steigenden Einfuhren wurden wiederum erst durch die Steigerung der einheimischen Industrieproduktion ermöglicht. 1962 z. B. bestanden bereits rund zwei Drittel der nordvietnamesischen Exporte in die UdSSR aus Fertigwaren wie Texti-

⁴²⁾ Drs., „Straight Zigzag“, S. 212; über andere industrielle Anlagen vgl. auch Drs., Viet-Nams, S. 175 ff.

⁴³⁾ Vgl. a. a. O., S. 177.

⁴⁴⁾ Vgl. Kux, a. a. O., Tab. 5, S. 91.

lien, Lederschuhen (224 000 Paar) und anderen Erzeugnissen der Leichtindustrie und des Handwerks.⁴⁵⁾

Das Analphabetentum wurde in der DRV praktisch beseitigt. Die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen stieg zwischen 1955 und 1963 von 815 410 auf 3,8 Mio. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Besucher der technischen Schulen von 3746 auf 64 000, die Zahl der Universitätsstudenten von 1528 auf 20 600.⁴⁶⁾ 1952 gab es bereits 10 000 Ingenieure an Stelle der 23 des Jahres 1955.⁴⁷⁾ Und während nach Aussagen des US-Präsidenten Johnson in Südvietnam ganze 200 Zivilärzte zur Verfügung stehen⁴⁸⁾, haben in der DRV zwischen 1955 und 1965 über 5500 Ärzte die Universitäten verlassen.⁴⁹⁾

In besonderem Maße partizipierten an diesen Fortschritten die nationalen Minderheiten, die heute in zwei autonomen Regionen ein weitgehendes Recht der Selbstverwaltung haben.⁵⁰⁾ Die Hebung des bis dahin extrem niedrigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Niveaus der Bergstämme, die sonst stets als „Wilde“ bezeichnet und als gesellschaftliche Außenseiter behandelt wurden, stellt eine historische Leistung dar, die nicht nur in Südostasien ohne Parallele ist. Die Entwicklung der natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte hat also in einem Jahrzehnt bereits zur Schaffung einer sozioökonomischen Basis geführt, von der aus ein weitgehend sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum möglich ist. Dieser Entwicklungsprozeß bedeutete für die Bevölkerung gleichzeitig eine erhebliche Verbesserung des Gesundheits- und Bildungsstandes, ohne daß die Steigerung der Investitionsraten zu einem Sinken der materiellen Konsumtion führte.⁵¹⁾ Die Erreichung der Planziele für 1965 — 4,2 Mio t Kohle, 0,8 Mio t Zement, 0,5 Mio t Phosphate, 0,2 Mio t Stahl, 700 Mio KWH Elektrizität⁵²⁾ — würde eine solide Ausgangsbasis für die weitere Industrialisierung und die endgültige Lösung des Ernährungsproblems bilden.

⁴⁵⁾ Vgl. a. a. O., S. 93 f. Dennoch besteht immer noch ein starkes Handelsdefizit: 1939 wurden 30 % der Importe nicht durch Exporte abgedeckt. (Vgl. a. a. O., S. 91.)

⁴⁶⁾ Vgl. Fall, a. a. O., Tab. 8, S. 185.

⁴⁷⁾ Vgl. Kux, a. a. O., S. 87.

⁴⁸⁾ Rede v. 13. 5. 1965; abgedr. in: **Warum Vietnam**, hrsg. v. USIS, (Bad Godesberg: 1965), S. 47—52, hier: S. 50; nach Adelbert Weinstein (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 4. 1966) sind es sogar nur 150 — dazu kommen 750 Militärärzte.

⁴⁹⁾ Vgl. Jacques Charriere, *Socialism in North Vietnam*, in: *Monthly Review*, Vol. 17, 1966, No. 9, S. 19—41, hier: S. 28; die Zahl der Ärzte stieg von 471 auf 6000 — ob hierin Militärärzte eingeschlossen sind, geht aus dem Text nicht hervor.

⁵⁰⁾ Vgl. hierzu bes. Fall, a. a. O., S. 148 ff.

⁵¹⁾ Vgl. a. a. O., S. 178.

⁵²⁾ Vgl. a. a. O., Tab. 6, S. 172.

Daß diese Ziele bei einer durch US-amerikanische Bombardierungen weitgehend lahmgelegten Infrastruktur erreicht wurden, ist unwahrscheinlich. Zudem scheint es sinnlos, Fabriken zu bauen, die mit großer Wahrscheinlichkeit eines Tages doch dem Erdboden gleich gemacht werden. Hier wird die gesellschaftliche Funktion der Napalmbombe deutlich: Für europäische Verhältnisse ist in Nordvietnam der Entwicklungsstand der Produktivkräfte niedrig und daher der Grad der gesellschaftlichen Repression hoch. Aber im Verhältnis zur Kolonialzeit und zu Südvietnam ist dort bereits ein großer Teil des Möglichen Wirklichkeit geworden. Die gewaltsame Beseitigung der Kolonialherrschaft und des Feudalismus hat durch die Alphabetisierung der Bevölkerung, durch die vergesellschaftete Produktion von Drehbänken, Pumpaggregaten und Elektromotoren historische Legitimation erfahren. Durch ihre ökonomischen und kulturellen Fortschritte ist die DRV nicht nur für Südvietnam, sondern auch für ganz Südostasien objektiv eine reale Utopie geworden. Es entspräche durchaus der makabren Logik konterrevolutionärer Politik, ein solches Land mit Hilfe von Bomben in einen Trümmerhaufen zu verwandeln — der Anfang wurde bereits gemacht.

2.3 Sozioökonomische Entwicklung in Südvietnam

Cochinchina war derjenige Teil Vietnams gewesen, in dem die Konzentration des Landbesitzes am größten war. 1934 besaßen hier 1% der Grundbesitzer 35,8% des Reislandes, 71,4% der Grundbesitzer hingegen nur 11,6%.⁵³⁾ Die Vietminh hatten in den befreiten Gebieten dieses Problem durch die Verteilung des feudalen Besitzes an Landarbeiter, Halbpächter, Pächter und Kleinbauern gelöst. Der Abzug ihrer Truppen aus dem Süden des Landes als Folge des Genfer Abkommens brachte nun dort die politische Macht wieder jener feudal-bürokratischen Klasse, die durch die Agrarrevolution bereits den Großteil ihrer sozioökonomischen Macht verloren hatte und die sich meist nur noch unter französischem Schutz in den Städten halten konnten. Diese Klasse war der Kern der sozialen Basis des Diem-Regimes, das folglich sofort nach seinem Machtantritt die von den Vietminh durchgeführten Reformen rückgängig machte und machen mußte.

Im Troß der südvietnamesischen Armee — die identisch

⁵³⁾ Vgl. Price Gittinger, *Agrarian Reform*, in: *Viet-Nam. The first five Years. An international symposium*, ed. by Richard W. Lindholm, (East Lansing:) 1959, S. 200—208, hier: Tab. 13, S. 206.

war mit den einstigen Hilfstruppen der französischen Besatzungsarmee — kehrten die Großgrundbesitzer wieder zurück, um die alten Produktionsverhältnisse zu restaurieren. Sehr oft wurden die Truppen sogar dazu benutzt, die Bauern zur nachträglichen Zahlung der Pacht aus der Vietminh-Zeit zu zwingen.⁵⁴⁾ Für die Landbevölkerung, die sich aus verständlichen Gründen in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den Vietminh solidarisiert hatte, bedeutete daher die Etablierung einer antikommunistischen Regierung in Saigon die Wiederherstellung der feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe.

In der Folgezeit verstärkte sich die Konzentration des Landbesitzes. Die reichsten 1 % der Großgrundbesitzer hatten 1957 ihren Anteil am gesamten Reisland von 36 % (1934) auf 44 % gesteigert.⁵⁵⁾ Je besser die Provinzen von Saigon aus zu erreichen waren, desto mehr Boden konnten die Feudalherren unter ihre Kontrolle bringen. In der Küstenprovinz Rach Gia erreichte der Anteil der mehr als 100 ha großen Güter 62 % der Anbaufläche gegenüber 52 % im Jahre 1934.⁵⁶⁾ Dieser Refeudalisierungsprozeß konnte nur gewaltsam verlaufen, und daher hat der Terror des Diem-Regimes auch hier seinen Beginn und seine wichtigste Ursache.

Während die Feudalherren mit Unterstützung von Armee, Polizei, Justiz und Verwaltung immer mehr Boden in ihren Besitz brachten, wurde in Saigon mit den Verordnungen Nr. 2 und 7 vom Januar bzw. Februar 1955 eine Landreform eingeleitet. Es wurden gesetzlich begrenzt a) die jährlichen Leihsätze für Arbeitsgeräte und -vieh etc. auf 12 % ihres Wertes, b) die jährlichen Zinssätze für Darlehen ebenfalls auf 12 % und c) die jährliche Pacht auf 15 bis 25 % der Ernte.⁵⁷⁾

Aber die Großgrundbesitzer hatten wenig Schwierigkeiten, die Verbesserungen, die die Bodenreformgesetzgebung brachte, mit Unterstützung der lokalen und zentralen Behörden zu unterlaufen.⁵⁸⁾ Sehr schnell wurde die Maximalpacht zur Minimalpacht, und die Zahl der gewaltsam erzwungenen Fälle höherer Pachtsätze war beträchtlich.⁵⁹⁾ Für die Landbevölkerung hatten also die Verordnungen Nr. 2 und 7 kaum

⁵⁴⁾ Vgl. Fall, *Viet-Nam*, S. 309.

⁴⁵⁾ Vgl. Gittinger, a. a. O., S. 205.

⁵⁶⁾ Vgl. a. a. O., S. 206.

⁵⁷⁾ Vgl. a. a. O., S. 200 f.

⁵⁸⁾ Wurfel z. B. erwähnt die Schwierigkeiten — „normalerweise auf lokaler Ebene initiiert, aber gutgeheißen von den Saigoner Behörden“ — die dem Pächterverband „laufend“ gemacht wurden. (Commentary: David Wurfel on Gittinger, in: *Viet-Nam . . . Years*, S. 209—211, hier: S. 209; Übers. d. Verf.)

⁵⁹⁾ Vgl. Denis Warner, *Vietnam. Kriege ohne Entscheidung* (München und Eßlingen; 1965), S. 148.

mehr Wert als den des Papiers, auf dem sie gedruckt waren. Gegen die steigende Konzentration des Grundbesitzes, die 1957 einen Höchststand erreichte, war die Verordnung Nr. 57 vom Oktober 1956 gerichtet, die den Besitz von Reisland auf maximal 145 ha begrenzte, was man kaum als radikal bezeichnen kann, wenn man bedenkt, daß das gesetzliche Maximum für Reislandbesitz in Japan 4 ha beträgt.⁶⁵⁾ 100 ha waren dabei der eigentliche Maximalbesitz, zusätzlich waren 15 ha erlaubt für Zwecke der Ahnenpflege und 30 ha für diejenigen Großgrundbesitzer, die ihren Boden selbst bewirtschafteten.⁶⁶⁾ Den darüber hinausgehenden Landbesitz sollte die Regierung aufkaufen, um ihn an Pächter, Klein- und Mittelbauern weiter zu verkaufen.

Zusammen mit bisher in französischem Besitz befindlichen Ländereien, die mit Geldern aus einem Kredit Frankreichs aufgekauft werden konnten, hätten 1 Mio ha Reisland verteilt werden können. Nach Verlautbarungen der Saigoner Regierung erreichten hiervon ca. 25% die landlosen oder landarmen Bauern.⁶⁷⁾ Aber selbst wenn wenigstens dies der Fall gewesen sein sollte, so sind doch die meisten Beobachter darüber einig, daß sich Wesentliches durch die Landreformverordnungen nicht geändert hat. Sie wurden „mit Hilfe aller möglichen Winkelabmachungen . . . durchkreuzt“. ⁶⁸⁾ Abgesehen von Gewaltanwendung gab und gibt es viele Mechanismen, mit denen derartige Gesetze unwirksam gemacht werden können: da z. B. die nicht gerade kapitalkräftigen Bauern bei Zahlungsunfähigkeit nicht nur das neu erworbene Land, sondern auch die bereits gezahlten Raten sofort ersatzlos verlieren, sind sie in solchen Fällen gezwungen, wucherische Darlehen aufzunehmen. Die Großgrundbesitzer, die tatsächlich einen Teil ihres Landes verkaufen mußten, können dann ohne Schwierigkeiten ihre alten Rechte de facto zurückerwerben.⁶⁹⁾ Was blieb, war wenig genug: die Verteilung des Bodenbesitzes erreichte wieder den Stand der Kolonialzeit: 45% der Reisanbaufläche gehören 2% der Grundbesitzer.⁷⁰⁾

Die staatliche Unterstützung der Landwirtschaft war minimal. Fazit: „Das vielgepriesene Agrarhilfe-Programm existierte gar nicht. Die Bodenreform war ein glatter Reinform.“⁷¹⁾ Auf

⁶⁵⁾ Vgl. a. a. O., S. 147.

⁶⁶⁾ Vgl. Gittinger, a. a. O., S. 204 f.; G. erwähnt nur die 100 + 15 ha und spricht von „bestimmten anderen kleineren Ausnahmen“ (a. a. O., S. 205). Eine solche „Ausnahme“ stellen anscheinend die von Fall erwähnten zusätzlichen 30 ha dar. (Vgl. Fall, a. a. O., S. 310.)

⁶⁷⁾ Vgl. Fall, a. a. O., S. 312.

⁶⁸⁾ Warner, a. a. O., S. 147.

⁶⁹⁾ Vgl. Wurfel, a. a. O., S. 209.

⁷⁰⁾ Vgl. Fall, a. a. O., S. 308.

⁷¹⁾ Warner, a. a. O., S. 145.

der anderen Seite führte die Monopolisierung des Handels zu sinkenden Erlösen und steigenden Produktionskosten für die unmittelbaren agrarischen Produzenten. Ein Beispiel: in Südvietnam liegt der Erzeugerpreis für 1 t Reis bei 600 Piaster, der Preis für 1 t Kunstdünger bei 2300 Piaster, während die entsprechenden Werte in Japan bei 1000 bzw. 600 Piaster liegen.⁶⁷⁾

Aus dererlei Agrarpolitik konnte keine Stimulierung der Produktion resultieren, und mit Ausnahme von Kaffee erreichte die Nahrungsmittelerzeugung Südvietnams auch nie die Vorkriegsergebnisse.⁶⁸⁾ Die Reis- bzw. Maisernten erbrachten 1938 Ergebnisse von 5,30 Mio t bzw. 650 000 t; 1958 bzw. 1960 wurden nur 4,23 bzw. 4,95 Mio t Reis und 29 267 bzw. 26 851 t Mais geerntet.⁶⁹⁾ In Nordvietnam dagegen machte die Reisernte von 1958 bereits 187 % der Ernte von 1939 aus, der analoge Wert bei Mais ist mit 158 % nur wenig geringer.⁷⁰⁾ Der Raubbau, der auf den Kautschukplantagen, die immer noch zu 88 % in französischem Besitz sind⁷¹⁾ getrieben wird, zeigt sich darin, daß über die Hälfte des Baumbestandes überaltert ist und daß statt der notwendigen 3 % nur 1 % des Baumbestandes jährlich durch Neupflanzungen ersetzt wird.⁷²⁾ Dennoch wurde die Kautschukproduktion, die 1938 ca. 60 000 metrische Tonnen ausgemacht hatte, in den Jahren 1958 und 1960 um 11 656 bzw. 17 000 metrische Tonnen übertroffen.⁷³⁾ Durch die sinkenden Ernteergebnisse bei den anderen Kulturen, besonders bei Reis, steigt die Bedeutung des Kautschuk für den südvietnamesischen Außenhandel. 1938 hatte dieser Rohstoff, der einem zunehmenden Preisverfall unterliegt, 21,4 % der Exporte Südvietnams bestritten, in den Jahren 1958 und 1960 dagegen 64,0 % bzw. 58,6 %.⁷⁴⁾ Der Anteil von Kautschuk und Reis am Export Südvietnams, der 1938 bei 56,2 % gelegen hatte, betrug 20 Jahre später bereits 89,5 %.⁷⁵⁾ Damit hat die südvietnamesische Volkswirtschaft die monokulturelle Struktur der Kolonialzeit noch erheblich verfestigt.

Eine Industrie, deren Erzeugnisse auf Quantität und Zusammensetzung der Ausfuhren positiven Einfluß hätten haben können, wurde in Südvietnam nicht aufgebaut. Diesen Tatbestand spiegelt die Verwendung des Bruttosozialprodukts

⁶⁷⁾ Vgl. a. a. O., S. 149.

⁶⁸⁾ Vgl. Fall, a. a. O., S. 293.

⁶⁹⁾ Alle Werte für 1938 nach Fall (a. a. O., S. 293 und Tab. 9, S. 294); restliche Zahlen nach: National Institute of Statistics, *Statistical Yearbook of Vietnam* 1962, (Saigon:) 1964, *Retrospective Statistics*, Tab. 34, S. 383.

⁷⁰⁾ Errechnet nach: Fall, a. a. O., Tab. 3, S. 163 und Tab. 4, S. 165.

⁷¹⁾ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* v. 20. 3. 1964.

⁷²⁾ Vgl. Fall, a. a. O., S. 295.

⁷³⁾ Vgl. a. a. O., Tab. 10, S. 296.

⁷⁴⁾ Vgl. a. a. O., Tab. 11, S. 296. ⁷⁵⁾ Vgl. ebd.

von 1959 klar wider. Die weitgehend von den USA ausgehaltenen Streitkräfte verschlangen immer noch 8,9 %, während die Bruttoinvestitionsrate bei 11 % lag.⁷⁶⁾ Dieser Satz reicht möglicherweise aus, um die Produktivkräfte auf dem gleichen Stand zu halten; für eine effektive Industrialisierung ist er aber entschieden zu gering.

Auch die Wirtschaftshilfe der USA war kaum geeignet, eine Industrialisierung zu begünstigen. Von den nichtmilitärischen Lieferungen der USA zwischen 1955 und 1960 standen nur 13 % für ökonomische und technische Projekte zur Verfügung, davon wiederum 45 % für den — weitgehend nach militärischen Gesichtspunkten⁷⁷⁾ durchgeführten — Straßenbau und 9 % für die Landwirtschaft. Von 1387 Mio Dollar blieben also für infrastrukturelle (excl. Straßen) und industrielle Zwecke lediglich 83 Mio Dollar übrig.⁷⁸⁾ Der Löwenanteil der US-amerikanischen Subsidien wurde mit einer Methode in das Land gepumpt, die ihre Verfechter als „die größte Erfindung seit dem Rad“⁷⁹⁾ bezeichnen. Durch diese „commercial import procedure“ wurden mit von der US-Regierung zur Verfügung gestellten Dollars Warenimporte (meist Konsumgüter) finanziert, während der Gegenwert in Piaster — sofern er nicht von der Staatsbürokratie in dieser oder jener Form gestohlen wurde — zur Deckung des südvietnamesischen Staatshaushaltes, d. h. zur Finanzierung der Armee, verwandt wurde.⁸⁰⁾

Ein der Saigoner Regierung durchaus nicht unfreundlich gesonnener Beobachter bemerkte vorsichtig: „Die chinesische und russische Hilfe an die DRV wurden in die Kapitalentwicklung geleitet, während zu viel der amerikanischen Hilfe an die Republik Vietnam lediglich der Finanzierung von Konsumgüterimporten dient, die keineswegs alle für das Wohlergehen der Bevölkerung notwendig waren.“⁸¹⁾ Anders gesagt: mit diesen Importen wurde nicht zuletzt der Luxuskonsumbedarf der südvietnamesischen Oberschichten befriedigt. Der erste Erfolg dieser „Entwicklungshilfe“ war die vorläu-

⁷⁶⁾ Vgl. Amos A. Jordan, *Foreign Aid and the defense of Southeast Asia*, New York: (1962), Tab. 3, S. 72.

⁷⁷⁾ Vgl. Milton C. Taylor, *South Viet-Nam: lavish aid, limited progress*, in: *Pacific Affairs*, Vol. 34, 1961, No. 3, S. 242—256, hier: S. 246. Der britische Unterhausabgeordnete William Warbey schrieb 1957: „Die 45 000 Mann umfassende Militärpolizei . . . durchstreift das Land auf Lastwagen . . . Da die Amerikaner alle großen Straßen Instand gesetzt haben, können sie schnell von einem Ort zum anderen fahren. Die Eisenbahnstrecken dagegen, die keine militärische Nützlichkeit besitzen, sind nicht repariert worden.“ (Zit. in: *gestern und heute*, 1966, H. 3, S. 26.)

⁷⁸⁾ Angaben über die US-Wirtschaftshilfe — z. T. errechnet — nach Taylor, a. a. O., S. 253 u. 244.

⁷⁹⁾ Warner, a. a. O., S. 230.

⁸⁰⁾ Hierzu vgl. bes. Jordan, a. a. O., S. 102 ff.

⁸¹⁾ Brian Crozier, *The international Situation in Indochina*, in: *Pacific Affairs*, Vol. 29, 1956, No. 4, S. 309—323, hier: S. 323 (Übers. d. Verf.).

fige Ruinierung eines Teils der heimischen Industrie. Im Januar 1958 lagerten in Südvietnam 9,6 Mio Yard importierter Textilien, 22,4 Mio Yard wurden für das folgende Quartal erwartet, zusätzliche 12,2 Mio waren bestellt und ein Dollarfond für weitere Importe (8,6 Mio Yard) war vorhanden. Damit war der Textilbedarf des Landes für über 2½ Jahre gedeckt. Der hierdurch verursachte Fall der Textilpreise führte zur Stilllegung von über 2/3 der vorhandenen Webstühle und zur Entlassung von mehr als 12 000 Arbeitern.⁸²⁾ Aber es war „nicht nur die Textilindustrie in Schwierigkeiten, sondern alle anderen Geschäftszweige ebenso“; „die Invasion des (süd)-vietnamesischen Marktes durch ausländische Produkte hat die heimische Produktion nahezu paralysiert.“⁸³⁾

Derartige Zustände reflektieren die besonderen Herrschaftsverhältnisse Südvietnams: einer vorwiegend feudal-bürokratischen Koalition, in der die Bourgeoisie kaum durch industriekapitalistische, sondern fast ausschließlich durch handelskapitalistische Elemente vertreten ist, bringt eine protektionistische Außenhandelspolitik wenig Vorteile. Dies gilt nicht nur für die eigentlichen Handels- und Wucherkapitalisten, sondern auch für die zivile und militärische Bürokratie, die durch passive Bestechung bzw. eigene Beteiligung leichter an den Erträgen der Distribution partizipieren kann als an denen der Produktion.

Bis 1958 fand eine industrielle Entwicklung praktisch überhaupt nicht statt. Eine „völlig nutzlose Uhrenmontagefabrik“ wurde eröffnet und nach kurzer Zeit geschlossen. Eine „Vietnamesische Petroleum Company“ wurde gegründet, die sich nach kurzem bereits als „Schwindel, in den 100 Millionen Piaster verwickelt“ waren, erwies. Fazit: „wenig wurde getan, um das Land zu industrialisieren, selbst innerhalb der Grenzen seiner gegenwärtigen Möglichkeiten.“⁸⁴⁾ Später gelang es offensichtlich, die Textilindustrie wieder auf den alten Stand zu bringen. Auch kam es zur Gründung verschiedener kleiner und mittlerer Fabriken der Leichtindustrie. Aber immer noch weist das Statistische Jahrbuch der Republik Vietnam (RV) eine industrielle Produktion aus, die sich weder quantitativ noch strukturell wesentlich von der der Kolonialzeit unterscheidet: es existiert lediglich eine nicht sehr umfangreiche Leichtindustrie, die Nahrungs- und Genußmittel, Getränke, Bekleidung etc. produziert.⁸⁵⁾ Die Han-

⁸²⁾ Vgl. Bernard B. Fall, *South Viet-Nam's Internal Problems*, in: *Pacific Affairs*, Vol. 31, 1958, No. 3, S. 241—260, hier: S. 246.

⁸³⁾ Zwei südvietnamesische Pressemeldungen, zit. a. a. O., S. 246 f. (Übers. d. Verf.)

⁸⁴⁾ A. a. O., S. 249. (Übers. d. Verf.)

⁸⁵⁾ Vgl. *Yearbook . . . Viet-Nam*, Chapter 7, Tab. 93—115, S. 141 ff. und *Retrospective Statistics*, Tab. 43—58, S. 391 ff.

delsstatistik für 1962 zeigt, daß immer noch überwiegend Konsumgüter importiert werden: die Importe von Bekleidung der verschiedensten Art (excl. Rohstoffe, incl. Garne) entsprechen z. B. wertmäßig den Importen von Maschinerie und Apparaten, obwohl hierin Güter wie Eisschränke, Fahrstühle, Schreibmaschinen etc. bereits enthalten sind.⁸⁶⁾

Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion decken also nicht den Eigenbedarf; eine Grund- bzw. Schwerindustrie entstand nicht. Aber immerhin stieg in der RV zwischen 1955 und 1961 die Produktion bei Textilien von 35 auf 144 Mio Meter, bei Elektrizität von 203 auf 293 Mio KWH und bei Zement von 0 auf 200 000 t. Die beiden ersten Zahlen bedeuten Steigerungen um 311 % und 44 % — die entsprechenden Steigerungsraten in der DRV liegen mit 750 % und 464 % allerdings wesentlich höher.⁸⁷⁾

Zwar kann immer noch ein großer Teil der Bevölkerung Südvietnams nicht lesen und schreiben; aber der Schulbesuch stieg stark an: bei den allgemeinbildenden Schulen von 422 866 auf 1 589 917 (+ 276 %; DRV + 366 %), bei den technischen Schulen von 2761 auf 10 906 (+ 295 %; DRV + 1584 %) und bei den Universitäten von 2231 auf 15 214 (+ 582 %; DRV + 1248 %).⁸⁸⁾ Was die Universitätsstudenten angeht, ist die Frage von Fall nach ihren späteren Beschäftigungsmöglichkeiten sehr berechtigt.⁸⁹⁾

Die mit Abstand aufschlußreichste Statistik über die RV betrifft die dortige Bautätigkeit. Zwischen 1957 und 1960 wurden mit Hospitälern, Schulen und Reismühlen 96 000 qm bebaut — mit Kinos, Tanzhallen, Villen, Luxusappartements, Kirchen und Pagoden dagegen 528 000 qm.⁹⁰⁾ Diese Antwort auf die Frage, was mit südvietnamesischem Zement gebaut und was mit südvietnamesischer Elektrizität beleuchtet wird, verdeutlicht den Charakter des Saigoner Regimes besser als sämtliche bekannt gewordenen Korruptionsaffären.

Das trostlose Bild, das die südvietnamesische Wirtschaft bietet, pflegen die Saigoner Regierung und ihre ausländischen Freunde mit der Tätigkeit der Befreiungsfront zu er-

⁸⁶⁾ Vgl. a. a. O., Chapter 11, Tab. 184, S. 243 und Tab. 190, S. 248 ff.

⁸⁷⁾ Vgl. Fall, *Viet-Nams*, Tab. 14, S. 302.

⁸⁸⁾ Vgl. a. a. O., Tab. 8, S. 185 u. Tab. 16, S. 314; Prozentzahlen errechnet; bei Südvietnam allgemeinbildende Schulen: „primary“ und „secondary“, also anscheinend ohne Gymnasien.

⁸⁹⁾ Vgl. a. a. O., S. 313.

⁹⁰⁾ So lt. Fall (a. a. O., S. 315 u. S. 471), das Annual Statistical Bulletin der United States Operations Mission in Saigon (Nr. 4, S. 105). Nach F. zeigen spätere Werte die gleichen Trends; er nimmt an, daß der verstärkte Bau der sog. strategischen Dörfer dies ändern werde. Schilderungen des Saigoner Nachtlebens, wie sie etwa die Tagespresse der BRD bringt, lassen allerdings vermuten, daß der durch die Einrichtung von Konzentrationslagern entstandene Zementbedarf nicht durch Einsparungen beim Bau von Vergnügungsetablissemments freigemacht wurde.

klären. Zweifellos hat der Bürgerkrieg z. B. für die Produktion und Ausfuhr von Reis sehr negative Folgen gehabt. Aber bis 1959 wurde der Regierung kaum bewaffneter Widerstand geleistet, und bis 1960 hatte der Krieg noch nicht zu schwerwiegenden Störungen des Wirtschaftskreislaufes geführt. Auch zerstört die Befreiungsfront in der Regel Produktivkräfte nicht. Und auf keinen Fall ist diese Organisation dafür verantwortlich, daß in Saigon viele Nachbars und Bordelle, aber wenig Fabriken gebaut werden, daß die Bodenreform auf dem Papier blieb und daß die Investitionsraten zu gering sind. Tatsache ist, daß in der RV vor und nach Beginn der offenen Kämpfe alles versäumt wurde, was zu entscheidenden sozioökonomischen Fortschritten hätte führen können.

Der Grund hierfür liegt nicht in den Charaktereigenschaften der jeweiligen Regierungschefs. Ein halbfeudales und halbfaschistisches Regime, das sich und seine schmale soziale Basis rein parasitär reproduziert und durch Terror am Leben erhält, das — um derartige gesellschaftliche Verhältnisse zu perpetuieren — sich von einer ausländischen Regierung aushalten läßt, kann keine anderen Ergebnisse erzielen. Gleichgültig, welcher General gerade die Macht usurpiert hat, gleichgültig, ob auch er selbst oder nur seine Divisionskommandeure und Staatssekretäre bestechlich sind — das unfreiwillig ironische Urteil eines US-Botschafters in Saigon über das Diem-Regime wird für derlei Herrschaftsverhältnisse immer zutreffen: die Regierung „hat ein gut geplantes und fortschrittliches Programm für das Wohl (des) ... Landes entwickelt. Die Hauptpunkte ... betreffen die Reorganisation der Streitkräfte.“⁹¹⁾ Die ökonomische Stagnation in Südvietnam reflektiert lediglich den Tatbestand, daß gesellschaftliches Mehrprodukt und Auslandshilfe nicht akkumuliert, sondern von einer korrupten und terroristischen Oberschicht für die Unterdrückung der Bevölkerung, für Luxuskonsum, Kapitalflucht und Hortung verwandt werden.

2.4 Vietnam im 2. Indochinakrieg

Kurz nach dem Abschluß der Genfer Verhandlungen wurde Ngo Dinh Diem südvietnamesischer Regierungschef. Er hatte längere Zeit in den USA gelebt und galt als Protégé des als extrem antikommunistisch bekannten Kardinal Spellman. Mit Unterstützung der US-Regierung verdrängte er die französische

⁹¹⁾ So J. Lawton Collins im Februar 1955; Stellungnahme abgedr. in: *Conflict*, S. 228 f. (Übers. d. Verf.)

sische Marionette Bao Dai. Diem stammte aus den traditionellen Oberschichten, deren Lebensgrundlage stets die feudale Grundrente und die Besetzung hoher Verwaltungsämter war. Als Katholik gehörte er zudem einer Minorität an, die sich in besonderem Maße mit der Kolonialmacht identifiziert und — nicht ohne beträchtlichen Nutzen daraus zu ziehen — mit ihr kollaboriert hatte.

Die soziale Basis dieses neuen Regimes war äußerst schmal. Die Familie Diem's, die eine Reihe von Schlüsselpositionen besetzte, wurde unterstützt durch die feudalen, militärisch-bürokratischen und handels- bzw. wucherkapitalistischen Kompradoren Cochinchinas, die nach dem Waffenstillstand noch Verstärkung durch ihre Klassengenossen aus dem Norden erhielten. Einen Rückhalt hatte dieses Regime — zumindest in seiner Anfangsphase — noch in der katholischen Minderheit, die ebenfalls durch einen umfangreichen Flüchtlingsstrom aus dem Norden verstärkt worden war. Der höhere einheimische Klerus hatte in Zusammenarbeit mit der US-Regierung in Tongking und Nordannam eine große Kampagne durchgeführt, durch die mit Parolen wie „Christus ist in den Süden gezogen“, „Die Jungfrau Maria hat den Norden verlassen“ u. ä. 600 000 Katholiken zur Flucht aus der DRV veranlaßt wurden.⁹²⁾

Aber so antikommunistisch das katholische Element in seiner Mehrheit auch sein mochte — eine ausreichende Massenbasis stellte es nicht dar. Die Ausübung der politischen Herrschaft blieb auf einen relativ eng begrenzten Kreis beschränkt. Dies war selbst auf lokaler Ebene der Fall, wofür die sozioprofessionelle Gliederung der sog. Provinzialräte ein Indiz ist: „das konservative Element dominiert“. Von 286 Mitgliedern waren 55 Geschäftsleute, 42 frühere Notablen, Unternehmer etc., 48 werden als Personen bezeichnet, die „keinen Beruf ausüben, aber einen großen moralischen Einfluß in ihrer Gemeinde haben.“⁹³⁾

Die Wiederherstellung der feudalen Sozialstruktur und die sich immer mehr ausbreitende Korruption beweisen klar, daß der Staatsapparat für die Oberschichten der südvietnamesischen Gesellschaft nichts war als eine Quelle und ein Instrument der individuellen Bereicherung. Bei der geringen Entwicklung der Produktivkräfte und bei dem fast völligen Fehlen einer industriekapitalistischen Bourgeoisie mußte dies notwendigerweise zur Verelendung der Bevölkerung führen. Eine gesellschaftliche Alternative stellte also die RV weder zur Vietnamherrschaft noch zur DRV dar. Hier liegen die eigentlichen Wurzeln des 2. Indochinakrieges: denn

⁹²⁾ Vgl. Fall, a. a. O., S. 153 f.

⁹³⁾ A. a. O., S. 274. (Übers. d. Verf.)

indem das Diem-Regime ein korruptes und semifeudales Regime war, mußte es zugleich ein terroristisches und semi-faschistisches Regime sein. Weil die Diem-Clique nicht die Spur einer Chance gehabt hätte, eine freie Wahl zu gewinnen, mußte sie Wahlen mit Gewalt verhindern. Aber diese gesellschaftliche Minorität war allein zur Ausschaltung der innenpolitischen Opposition zu schwach; ausländische Unterstützung war hierzu unumgänglich und wurde auch nur allzu gern gewährt.

Bereits im September 1954 gründeten die USA die Südost-asiatische Verteidigungsgemeinschaft (SEATO), die Südvietnam in ihr sog. Schutzgebiet mit einbezog.⁹⁴⁾ Der indische Ministerpräsident Nehru erblickte s. Z. nicht zu Unrecht in diesem Pakt einen Beweis dafür, daß „die drei Kolonialmächte, die an einer Aufrechterhaltung des status quo in Asien interessiert seien, (sich) entschlossen dem historischen Prozeß der nationalen Befreiung entgegen(stellen).“⁹⁵⁾ Selbst die Neue Zürcher Zeitung mußte konstatieren, daß der Vertragstext „die unangenehmen Aussichten auf Schritte (erweckt), durch die gewisse Regierungen, gegen die berechnigte innenpolitische Opposition besteht, von außen gestützt würden.“⁹⁶⁾

Daß dies keine bloße Vermutung war, zeigte sich, als die US-Regierung gleichzeitig mit der Aufrüstung und Ausbildung einer Polizei, sowie von Land-, Luft- und Seestreitkräften in der RV begann, wodurch dem Diem-Regime die gewaltsame Ausschaltung der Opposition ermöglicht wurde. Typisch für die Methoden, die von den USA angewandt wurden, um die Verletzung der Genfer Abmachungen zu verschleiern, war die Arbeit einer Abordnung der Michigan State University, die offiziell die Aufgabe hatte, beim Aufbau einer modernen Verwaltung Hilfe zu leisten. De facto hatte diese Arbeitsgruppe — die hauptsächlich aus Offizieren der Armee, der Polizei und des Geheimdienstes bestand — die Funktion, in Südvietnam eine Polizei und eine Geheimpolizei aufzubauen. Hierbei unterstützte sie die Diem-Regierung keineswegs nur durch fachkundige Ratschläge, sie schmuggelte auch die benötigten Mengen an Waffen und Munition ins Land.⁹⁷⁾

Die US-Regierung hatte niemals die Absicht, ihre in Genf gegebenen Zusicherungen einzuhalten. Bereits vor der Konferenz hatten sich Eisenhower und Eden darauf geeinigt,

⁹⁴⁾ Mitglieder wurden: die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen und Thailand.

⁹⁵⁾ Archiv, S. 4723.

⁹⁶⁾ Neue Zürcher Zeitung v. 30. 8. 1954.

⁹⁷⁾ Vgl. Robert Scheer, Containment in Vietnam, in: Atomzeitalter, 1965, H. 10, S. 304—307.

keine politischen Entwicklungen zuzulassen, „die die Gefahr in sich bergen, daß das verbleibende Gebiet (d. h. Südvietnam) unter kommunistische Herrschaft gerät.“⁹⁸) Da aber s. Z. offensichtlich niemand außer Ho Chi Minh in Vietnam freie Wahlen hätte gewinnen können, konnte dieser Beschluß nur bedeuten, daß solche Wahlen verhindert werden sollten. Und genau diese Politik trieb das Diem-Regime mit Unterstützung der USA nach 1954. Keines der vielen nordvietnamesischen Verhandlungsangebote wurde in Saigon akzeptiert. Zusammenfassend stellte die ICC fest: „... der Grad der Zusammenarbeit mit der Kommission war bei beiden Parteien nicht der gleiche. Zwar erfuhr die Kommission Schwierigkeiten auch in Nordvietnam, aber die Hauptschwierigkeiten entstanden in Südvietnam.“⁹⁹)

Die Rechtfertigung der USA für ihre sich immer mehr steigende Intervention in Vietnam gipfelt in der Behauptung, die Kämpfer der Befreiungsfront seien terroristische Agenten der kommunistischen Weltrevolution, die — von Hanoi ausgesandt bzw. aufgehetzt — der Bevölkerung Südvietnams den Kommunismus aufzwingen wollten. Eine „Einschränkung“ dieser These stammt von Lyndon B. Johnson persönlich: „Einige Bürger Südvietnams haben sich zeitweise aus verständlichen Gründen an dem Angriff gegen ihre eigene Regierung beteiligt.“¹⁰⁰) Die tatsächliche historische Entwicklung sah und sieht allerdings anders aus.

Die Refeudalisierung der südvietnamesischen Gesellschaft trieb die Landbevölkerung zunächst lediglich in die Opposition.

Die notwendigerweise gewaltsam verlaufende Sicherung dieses Restaurationsprozesses hingegen machte jeden nicht gewaltsamen Widerstand unmöglich. Das Programm der sog. Wehrdörfer, durch das die Bauern einer lückenlosen polizeilichen Kontrolle unterworfen werden sollten, kam der Einkerkierung ganzer Provinzen gleich. „Die Bevölkerung wird zusammengetrieben, ihre Häuser werden niedergebrannt, die Reisvorräte weggenommen oder vernichtet. Dann müssen die Bauern unter militärischer Aufsicht und Anleitung amerikanischer Experten ... das neue Wehrdorf aufbauen — zuerst doppelte Palisaden und Drahtverhaue, Wachtürme für die Armee-Garnison, erst dann Häuser und Wohnungen.“¹⁰¹)

Permanenter Rechtsbruch wurde zur Verfassungswirklichkeit der RV erhoben. Regierungsverordnungen machten die Be-

⁹⁸) Sir Anthony Eden, Memoiren, 1945—1957, Köln - Berlin: (1960), S. 162.

⁹⁹) 6. Zwischenbericht der ICC (1957), abgedr. in: Viet Report, October 1965, S. 20 u. 21, hier: S. 21. (Übers. d. Verf.)

¹⁰⁰) Rede v. 28. 7. 1965, in: *Warum Vietnam*, S. 13—19, hier: S. 13 f.

¹⁰¹) Hans Henle, Chinas Schatten über Südost-Asien, Hamburg: 1964, S. 247.

völkerung praktisch rechtlos und legalisierten — sofern dies überhaupt notwendig war — die Inhaftierung und Ermordung tatsächlicher oder vermuteter Oppositioneller kommunistischer, bürgerlicher oder religiöser Provenienz: „Solange Ordnung und Sicherheit nicht vollkommen gewährleistet sind, können alle Personen, die als gefährlich für die Landesverteidigung oder für die öffentliche Ordnung angesehen werden . . . in Haft genommen werden.“¹⁰²⁾ Schilderungen der Terrorherrschaft, die unter der Regie des von Nhu — einem Bruder Diems — geleiteten Innenministeriums etabliert wurde, bilden mittlerweile auch in der westlichen Publizistik Legion. Das kurze Urteil des US-Generalstabschefs Wheeler — Nhu war ein furchtbarer Terrorist, der mit seiner unerträglichen Schreckensherrschaft das ganze Volk gegen die Regierung aufbrachte“¹⁰³⁾ — entspricht zwar nicht der Sprachregelung der US-Regierung, berührt aber dennoch die Hauptursache des Vietnamkonflikts.

Der Terror schrieb die Formen der politischen Auseinandersetzungen vor. Als die Mordaktionen der Regierung die kommunistische und nichtkommunistische Opposition in Südvietnam mit der physischen Vernichtung bedrohten, blieb dieser keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren. Die ersten Widerstandsaktionen wurden von denjenigen Mitgliedern der Opposition durchgeführt, die den Säuberungsoperationen von Polizei und Armee entgangen waren.¹⁰⁴⁾ 1958 erreichte der Terror seinen Höhepunkt: „Jagden auf ‚Abweichler‘ wurden häufiger und brutaler.“¹⁰⁵⁾ Es kam zu spontanen Widerstandshandlungen: „der Aufstand existierte, bevor die Kommunisten sich entschieden teilzunehmen . . . sie waren einfach gezwungen mitzumachen“¹⁰⁶⁾ Als die Gejagten zurückzuschlagen begannen, stand die Landbevölkerung auf ihrer Seite.¹⁰⁷⁾

Daß nun Terror mit Terror vergolten wurde, ist nicht verwunderlich.¹⁰⁸⁾ In Abwandlung einer Formulierung des französischen Philosophen Merleau-Ponty kann man hier feststellen, daß die Widerstandskämpfer die Gewalt nicht erfunden, son-

¹⁰²⁾ Verordnung Nr. 6 v. 11. 1. 1956, zit. n.: Ruehl, a. a. O., S. 104. Die Verordnung Nr. 13 v. 19. 2. 1956 bedrohte mit Gefängnis bis zu fünf Jahren alle Personen, „die in irgendeiner Form Nachrichten oder Kommentare verbreiten, veröffentlichen oder wiederholen, die kommunistische oder antinationale Aktivitäten begünstigen“ (zit. a. a. O., S. 105).

¹⁰³⁾ Zit. a. a. O., S. 112.

¹⁰⁴⁾ Z. folg. bes. Philip Devillers, The Struggle for the unification of Vietnam, in: The China Quarterly, 1962, No. 9, S. 2—23.

¹⁰⁵⁾ A. a. O., S. 13. (Übers. d. Verf.)

¹⁰⁶⁾ A. a. O., S. 19. (Übers. d. Verf.)

¹⁰⁷⁾ Vgl. a. a. O., bes. S. 13 f.

¹⁰⁸⁾ Z. folg. vgl. a. a. O., S. 13 ff. Einzelheiten über Terror und Gegenterror sowie über den Beginn des gewaltsamen Widerstandes auch bei Wilfred G. Burchett, Partisanen contra Generale, Düsseldorf: 1965, S. 16 ff.

dern vorgefunden haben.¹⁰⁹⁾ Aber ihr Terror richtete sich nicht gegen das Volk, sondern gegen die Amtsträger der Saigoner Regierung, deren Kollaboration die Diem'sche Schreckensherrschaft überhaupt erst ermöglicht hatte. Die sich entfaltende Befreiungsbewegung überließ grundsätzlich Massenhinrichtungen etc. dem Diem-Regime. Gerade dieser qualitative Unterschied zwischen revolutionärer und konterrevolutionärer Gewaltanwendung ist ein wesentlicher Grund für die Unterstützung der Widerstandskämpfer durch die Bevölkerung

Bis 1959 hatte sich die Regierung der DRV strikt an die Genfer Abmachungen gehalten.¹¹⁰⁾ Eingeschworen auf die sowjetische Politik der „friedlichen Koexistenz“, reagierte sie auf Vertragsverletzungen von Seiten der RV bzw. der USA mit Protesterklärungen. Kommunistischerseits wurde der gewaltsame Widerstand zunächst keineswegs von Hanoi aus begünstigt. Aber die nordvietnamesische Konzeption der einseitigen Respektierung des Genfer Abkommens bedeutete für die unteren und mittleren KP-Kader im Süden das Todesurteil: sie schlossen sich dem Aufstand an. Dann allerdings paßte sich auch die Regierung der DRV der neuen Lage an. Da ihr keine andere Wahl blieb, nahm sie nach 1959 eine Änderung ihres Kurses vor und begann den Widerstandskrieg im Süden aktiv zu unterstützen. Seit Ende 1960 wird dieser Kampf durch die Nationale Befreiungsfront (NFL) koordiniert. Die NFL ist eine Volksfrontorganisation und zweifellos keine bloße Filiale der Lao Dong. Doch hat die durch die Härte der Auseinandersetzungen bedingte Polarisierung der politischen Kräfte eine faktische Vorrangstellung der Kommunisten im Befreiungskampf zur Folge gehabt.

Wie bereits im 1. Indochinakrieg wurden in den von der NFL befreiten Gebieten sofort eine Reihe sozioökonomischer, politischer und kultureller Reformen durchgeführt.¹¹¹⁾ Neben der Aufteilung des feudalen Bodenbesitzes ist besonders die Unterstützung hervorzuheben, die den nationalen Minderheiten des westlichen Hochlandes gegeben wird. Die Entwicklung einer Schrift für eine Reihe von Stamessprachen, die dadurch erst ermöglichte Einführung von Schulunterricht etc. machen Struktur und Funktion des Kampfes der südvietnamesischen Bevölkerung besonders deutlich.

In Südvietnam wird also ein nationaler und sozialer Befreiungskampf geführt. Seine Ursache liegt in dem hohen Maß

¹⁰⁹⁾ „Das also will man hier in Frankreich einführen“, sagte ein Antikommunist, als er ‚Sonnenfinsternis‘ zuklappte . . . (Er vergaß,) daß der Kommunismus die Gewalt nicht erfindet, sondern sie vorfindet.“ (Maurice Merleau-Ponty, Humanismus und Terror 1 (Frankfurt: 1966), S. 45.)

¹¹⁰⁾ Z. folg. vgl. Devillers, a. a. O., bes. S. 15 ff.

¹¹¹⁾ Hierzu vgl. Burchett, a. a. O., passim.

an politischer Unterdrückung, sozialer Unterprivilegierung und ökonomischer Ausbeutung, dem die Unter- und Mittelschichten dieses Landes ausgesetzt sind. Zugleich ist dieser Kampf ein Akt der Notwehr — und zwar sowohl von Seiten der südvietnamesischen Bevölkerung als auch von Seiten der DRV — denn alle in diesem Falle relevanten Abmachungen und Rechtsnormen wurden zuerst vom Diem-Regime und der US-Regierung gebrochen. Es handelt sich hier nicht um einen Krieg zwischen Staaten, sondern um einen Bürgerkrieg, an dem sich sowohl die USA als auch die DRV beteiligen, wobei die USA erstens den Anfang machten und zweitens wesentlich intensiver intervenieren als die DRV — von der Tatsache, daß die vom Norden in den Süden eingeschleusten Soldaten ausschließlich Vietnamesen und zum großen Teil sogar Südvietnamesen sind, ganz zu schweigen. Während alle Versuche, den Partisanenkrieg nach Nordvietnam zu tragen, kläglich scheiterten, gewannen die Truppen der Befreiungsfront immer mehr an Boden. Die zwangsrekrutierten südvietnamesischen Regierungstruppen, die ihre größten Leistungen im Desertieren erbringen, zeigen wenig Bereitschaft, für Ziele zu kämpfen, die allzu offensichtlich nicht die ihren sind.

Daher war auch die Intervention der US-Militärmacht gar nicht zu umgehen. Ihre objektive Funktion illustriert vielleicht am besten eine UPI-Meldung aus dem Jahre 1956: „In Saigon fand . . . eine Zeremonie der südvietnamesischen Armee statt, an der die französischen Gradabzeichen verbrannt und durch solche nach amerikanischer Art ersetzt wurden.“¹¹²⁾ Durch die Unterstützung des Diem-Regimes bei der Aufrüstung, bei der Ausschaltung innerer Opposition und bei der Verhinderung von Wahlen widersprach die US-Regierung allen wichtigen Punkten der Schlußerklärung der Genfer Konferenz, die die USA zwar nicht unterzeichnet, deren Bestimmungen einzuhalten sie aber öffentlich zugesagt hatten. Zudem setzte sich die US-Regierung mit dieser Politik in Widerspruch zu international verbindlichen Rechtsnormen. Indem sie der Bevölkerung Vietnams die Möglichkeit vor-enthielt, ihre nationalen Angelegenheiten selbst zu regeln, verletzte sie das in der Atlantic-Charta niedergelegte Selbstbestimmungsrecht der Völker.¹¹³⁾ Daneben stellen die Unterstützung, Ausbildung und Ausrüstung von Institutionen und Organisationen, deren einzige Funktion die Terrorisierung der Bevölkerung ist, Akte der Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.¹¹⁴⁾

¹¹²⁾ Neue Zürcher Zeitung v. 4. 1. 1956.

¹¹³⁾ Vgl. etwa Art. 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen v. 26. 6. 1945.

¹¹⁴⁾ Vgl. etwa Art. 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte v. 10. 12. 1948.

Ein eindeutiger Völkerrechtsbruch ist die Bombardierung der DRV durch US-amerikanische Luftstreitkräfte. Hierbei handelt es sich „um durch das Landkriegsrecht verbotene militärische Gewaltakte bei Gefährdung und Vernichtung von menschlichem Leben ohne vorherige Kriegserklärung und um gewollte und bewußte Verletzung der Hoheitsrechte und des Hoheitsgebietes eines anderen Staates.“¹¹⁵⁾ Die Anwendung der Taktik der „verbrannten Erde“, sowie die Verwendung von Gas und anderen chemischen Kampfstoffen erfüllen nach internationalem Recht den Tatbestand von Kriegsverbrechen.¹¹⁶⁾

Dies alles geschieht angeblich um der Freiheit der südvietnamesischen Bevölkerung willen, die davor bewahrt werden soll, „in einer öden, leblosen und kontrollierten Gesellschaft (zu) leben.“¹¹⁷⁾ Thomas Jefferson vertrat noch folgende Auffassung: „Wir können keiner Nation das Recht verweigern, auf das unser eigenes Regierungssystem gegründet ist — daß jede (Nation) sich selbst regieren mag in der Form, die sie für richtig hält und daß sie diese Formen ändern kann nach ihrem eigenen Willen.“¹¹⁸⁾ Henry Cabot Lodge hat bereits völlig andere Ansichten: „Selbst wenn eine Regierung in Saigon den Abzug unserer Truppen fordern sollte, würden wir sie in Vietnam belassen, solange dies zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes notwendig ist.“¹¹⁹⁾ Seit ihrer eigenen Revolution haben die USA offenbar einen sehr weiten Weg zurückgelegt.

¹¹⁵⁾ Wolfgang Abendroth, Verletzung des Völkerrechts, in: *express international*, 1965, Nr. 18, S. 5.

¹¹⁶⁾ Vgl. etwa Art. 22, 23, 25 und 27 der Haager Landkriegsordnung v. 18. 10. 1907, sowie Genfer Protokoll wegen Verbot des Gaskriegs v. 17. 6. 1925. Das letztere wurde von den USA nicht ratifiziert. Aber dieser formale Aspekt kommt in der Argumentation der US-Regierung nicht zum Tragen, vielmehr wird darauf hingewiesen, daß keine tödlich wirkenden Gase verwandt werden — eine Differenzierung, die das Genfer Protokoll nicht anerkennt. (Vgl. hierzu: Wayne Morse, Amerikas Krieg in Vietnam, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10. Jgg., 1965, H. 5, S. 440—446, hier: S. 442 f.) Zudem werden diese Kampfstoffe oft in solcher Konzentration angewandt, daß sie stark gesundheitsschädigend bzw. tödlich wirken. (Vgl. Georg W. Alsheimer, Amerikaner in Vietnam, in: *Das Argument*, 8. Jgg., 1966, Nr. 36, S. 2—43, hier: S. 30.) Die „Ungefährlichkeit“ der Gase beweist der Tod eines australischen Soldaten sogar unter der Schutzmaske. (Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 5 v. 24. 1. 1966.)

¹¹⁷⁾ David Halberstam *„Vietnam oder wird der Dschungel entlaubt?“, (Reinbek: 1965), S. 198.*

¹¹⁸⁾ Zit. n. *Monthly Review*, Vol. 17, 1965, No. 4. (Übers. d. Verf.)

¹¹⁹⁾ Zit. n. Ruehl, a. a. O., S. 129.

3 Zur Theorie der kolonialen Revolution

3.1 Sozioökonomische Struktur und sozioökonomische Emanzipation

Die sozioökonomische Morphologie der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zeigt eine Reihe derart gewichtiger Gemeinsamkeiten, daß es durchaus berechtigt erscheint, sie als eine Einheit zu begreifen.¹²⁰⁾ Ihre Hauptgemeinsamkeit ist die Armut, die quantifiziert werden kann als geringe Prokopfeinkommen, geringe mittlere Lebenserwartungen, hohe Kindersterblichkeit und hohe Analphabetenraten. Betrug z.B. 1960 das Prokopfprodukt in Nordamerika 2718 und in den EFTA-Ländern 1229 Dollar, so lagen die entsprechenden Werte für Lateinamerika und den Fernen Osten bei 300 bzw. 85 Dollar.¹²¹⁾ Im gleichen Jahr machte das Sozialprodukt Afrikas und Westasiens mit 37,9 Mrd. Dollar nur 79% der Militärausgaben der USA aus.¹²²⁾ Die „Dritte Welt“ ist also arm und sie wird — im Weltmaßstab gesehen — immer ärmer. Gegenüber dem schnellen Bevölkerungswachstum reicht der Zuwachs des Sozialprodukts gerade aus, um die Prokopfeinkommen jährlich um 1 bis 2% steigen zu lassen.¹²³⁾ Die ärmsten 25% der Weltbevölkerung verfügten 1913 über 6,1%, 1929 über 5,2%, 1953 über 3,7% und 1959 über 2,3% des Welteinkommens. Für die ärmsten 50% der Weltbevölkerung lauten die entsprechenden Zahlen 14,6%, 12,6%, 8,5% und 8,5%.¹²⁴⁾ Diese Strukturmerkmale konstituieren die allen Ländern der „Dritten Welt“ gemeinsame dringende Notwendigkeit eines schnellen wirtschaftlichen Wachstums, durch das allein der sog. Kreislauf der Armut durchbrochen werden kann.

¹²⁰⁾ Vgl. hierzu K. H. Tjaden, Daten zur Morphologie der Entwicklungsregionen, in: *Das Argument*, 7. Jgg., 1965, H. 34, S. 18—24.

¹²¹⁾ Vgl. UN, *World economic Survey* 1963, I. Trade and development: trends, needs, and policies, New York: 1964, Tab. 2.3, S. 21. (Nur „market economies“; Fernost excl. Japan.)

¹²²⁾ Vgl. a. a. O., Tab. 2.1, S. 19 u. UN, *Statistical Yearbook* 1964, New York: 1965, Tab. 183, S. 598. (Afrika excl. Südafrikanische Union; Westasien excl. Türkei.)

¹²³⁾ Vgl. *Survey*, Tab. 2.3, S. 21.

¹²⁴⁾ Vgl. L. J. Zimmerman, *Arme und reiche Länder*, Köln: (1963), S. 47.

Aber diese Armut ist nicht bloßer Reflex objektiver Mängel der materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Zwar ist der Mehrwert, den diese Gesellschaften erwirtschaften können (der potentielle surplus) — bedingt durch die noch ungenügende Entwicklung der natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte — relativ gering. Indes ist es ein beinahe noch wichtigeres Merkmal der meisten ehemaligen Kolonialgesellschaften, daß der tatsächlich erwirtschaftete Mehrwert (der aktuelle surplus) — bedingt durch eine besonders irrationale Organisation der gesellschaftlichen Arbeit — quantitativ weit hinter dem potentiellen surplus zurückbleibt: d. h. in der „Dritten Welt“ besteht eine besonders hohe Differenz zwischen dem aktuellen und dem potentiellen surplus.¹²⁵⁾

Hierfür gibt es hauptsächlich zwei Gründe: zum einen werden die vorhandenen Ressourcen nicht oder nur ungenügend genutzt. Zum anderen wird der aktuelle surplus so angeeignet und verteilt, daß seine Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum alles andere als optimal ist. Das erste Problem ist meist identisch mit dem der Kapitalbildung, das nur zu lösen ist durch den Einsatz von bisher brachliegender Arbeitskraft zur besseren oder neuen Nutzung natürlicher Ressourcen (z. B. Melioration oder Urbarmachung von Land, Bau von Straßen durch bisher verdeckte Arbeitslose, etc.). Das zweite betrifft die Sicherstellung des nicht unbedingt für den Konsum der Bevölkerung notwendigen Teils der gesellschaftlichen Produktion durch einen zentralen Planträger (z. B. hohe Besteuerung, Verhinderung von Luxuskonsum, Kapitalflucht und Profittransfer durch Enteignungen, etc.), um hiermit neu in den Produktionsprozeß eingegliederte Arbeitskräfte zu ernähren bzw. Importe vorerst nicht im Lande selbst produzierter Produktionsmittel etc. zu bezahlen.¹²⁶⁾ Die Möglichkeiten, die in der Anwendung derartiger wirtschaftspolitischer Methoden liegen, sind durch die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China für die „Dritte Welt“ zu einer realen Utopie geworden¹²⁷⁾ — deren Kontrast zu den bestehenden semikapitalistischen Verhältnissen in den meisten ehemaligen Kolonien und Halbkolonien deutlicher wird.

¹²⁵⁾ Zum aktuellen und potentiellen surplus vgl. Baran, a. a. O., S. 22 f., S. 226 f. u. passim.

¹²⁶⁾ Z. folg., vgl. a. a. O., bes. S. 134 ff.; Ragnar Nurkse, Problems of capital formation in underdeveloped countries, Oxford: 1964, bes. S. 32 ff.; Georg Büchner, Frank Deppe u. K. H. Tjaden, Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften, in: Das Argument, 7. Jgg., 1965, H. 34, S. 25–48.

¹²⁷⁾ Hierzu vgl. z. B. Max Biehl, Die chinesische Volkskommune im „Großen Sprung“ und danach, Hamburg: (1965), S. 18 ff. u. passim. B. legt detailliert dar, wie die hohen Wachstumsraten des chinesischen Sozialprodukts aus eigener Kraft — lediglich durch bessere Nutzung vorhandener Ressourcen — erreicht wurden.

3.2 Sozioökonomische Emanzipation und revolutionärer Kampf

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des letzten Jahrzehnts beweist, daß die politische Dekolonisierung noch nicht die Grundbedingungen für schnelles wirtschaftliches Wachstum in der „Dritten Welt“ geschaffen hat. Bei Aufrechterhaltung der alten ökonomischen Abhängigkeiten und bei Praktizierung kapitalistischer Wirtschaftspolitik können die jetzigen Verhältnisse sich lediglich reproduzieren. Die Anwendung adäquater ökonomischer Instrumentarien setzt eine grundsätzliche Veränderung der Herrschaftsverhältnisse voraus, was nicht nur ein ökonomisches, sondern vorab ein politisches Problem ist — ein Problem, das zu lösen die Mittel des Wirtschaftspolitikers nicht ausreichen, sondern nur die des Revolutionärs.

Nach Herbert Marcuse läßt sich auf der Grundlage „qualifizierbaren Materials . . . die Frage stellen, ob die verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten in rationalster Weise ausgenutzt werden . . . wenn Bedingungen vorliegen, unter denen technologische Rationalität durch repressive politische und gesellschaftliche Interessen, die das allgemeine Wohl definieren, behindert oder gar verdrängt wird, dann wäre der Umsturz solcher Verhältnisse zugunsten eines rationaleren und menschlicheren Gebrauchs der verfügbaren Ressourcen auch eine Maximierung der Chance des Fortschritts in Freiheit.“¹²⁸⁾ Die bestehende „große Kluft zwischen realer Möglichkeit und Aktualität, zwischen dem Vernünftigen und dem Wirklichen“¹²⁹⁾ ist daher ebenso Legitimation wie Voraussetzung der revolutionären Bewegungen der „Dritten Welt“: Legitimation, weil „revolutionäre Gewalt“ als „Gegengewalt“ bestimmt werden kann, „das heißt als Gewalt, notwendig, um höhere Formen der Freiheit gegen den Widerstand der etablierten Formen zu sichern“, oder als „das (historische) Recht dessen, was sein kann und vielleicht sein sollte, weil es Schmerz, Elend und Ungerechtigkeit verringern kann“¹³⁰⁾; Voraussetzung, weil ohne die Einsehbarkeit der objektiven Tatbestände Ausbeutung und Unterdrückung derjenigen sozialen Kräfte, die Träger revolutionärer Akte sind, eine Revolution kaum vorstellbar ist — ohne gesellschaftliche Funktion wäre sie „ein sinn- und zweckloses Ding“.¹³¹⁾

¹²⁸⁾ Herbert Marcuse, *Ethik und Revolution*, in: *ders., Kultur und Gesellschaft 2* (Frankfurt: 1965), S. 130—146, hier: S. 144.

¹²⁹⁾ A. a. O., S. 136 f.

¹³⁰⁾ A. a. O., S. 137.

¹³¹⁾ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, 16. Aufl., Bonn: 1952, S. 889.

Daß heute die ehemaligen Kolonien und Halbkolonien außerhalb Europas die Zentren gewaltsamer gesellschaftlicher Umwälzungen geworden sind, hat seinen Grund vor allem darin, daß dort jene „Kluft . . . zwischen dem Vernünftigen und dem Wirklichen“ oft mit der zwischen Sättigung und Hunger identisch ist und daher kaum manipulativ verdeckt werden kann. Hier ist das gegeben, was für Marx die conditio sine qua non jeder Revolution war: „Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.“¹³²⁾

Allerdings bestehen in der „Dritten Welt“ mächtige in- und ausländische Zwangsapparate, die Veränderungen der fortschritthemmenden gesellschaftlichen Wirklichkeit blockieren. Lenins Folgerungen in einer analogen historischen Situation waren: „Die unterdrückende Klasse ist bewaffnet.“ „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, . . . Waffen zu besitzen, . . . ist nur wert, unterdrückt . . . zu werden.“¹³³⁾ In Anlehnung an die Clausewitzsche Erkenntnis, daß „der Krieg eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Beimischung anderer Mittel“¹³⁴⁾ ist, schrieb Mao Tse-tung: „Wenn die Politik, nachdem sie ein bestimmtes Entwicklungsstadium erreicht hat, sich nicht mehr wie bisher weiterentwickeln kann, entsteht der Krieg, um der Politik die Hindernisse aus dem Weg zu fegen.“¹³⁵⁾ Bezogen auf die politischen Verhältnisse Chinas führte dieser Gedanke zu folgender Konzeption: In den entwickelteren kapitalistischen Ländern „gibt es den langen legalen Kampf (der Arbeiterbewegung), die Ausnutzung der Parlamentstribüne, wirtschaftliche und politische Streiks . . . Die Formen der Organisation sind dort legal, die Formen des Kampfes unblutig.“¹³⁶⁾ Aber „in China (gibt es) kein Parlament, das man ausnützen könnte, die Arbeiter haben kein gesetzlich festgesetztes Recht auf Organisierung und auf Durchführung von Streiks.“¹³⁷⁾ So können „die in China stehenden Probleme ohne bewaffneten Kampf nicht gelöst werden.“¹³⁸⁾

Die Völker der „Dritten Welt“ sind gezwungen, ihren nationalen und sozialen Befreiungskampf gleichzeitig gegen zwei Gegner zu führen, da sie meist doppelter Herrschaft unter-

¹³²⁾ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie: Einleitung: in: drs. u. Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin: 1957, S. 378—391, hier: S. 386.

¹³³⁾ W. I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in: drs., Werke, Bd. 23, Berlin: 1957, S. 72—83, hier: S. 75 f.

¹³⁴⁾ Clausewitz, a. a. O., S. 888.

¹³⁵⁾ Mao Tse-tung, Über den langdauernden Krieg, in: drs., Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin: 1957, S. 133—246, hier: S. 192.

¹³⁶⁾ Drs., Der Krieg und die Fragen der Strategie, in: drs., Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin: 1957, S. 273—291, hier: S. 273.

¹³⁷⁾ A. a. O., S. 274.

¹³⁸⁾ A. a. O., S. 277.

liegen. Ihr gesellschaftliches Mehrprodukt wird von in- und ausländischen Oberschichten angeeignet, wobei die ersten überwiegend feudalen, bürokratischen oder wucherischen, die letzteren hingegen kapitalistischen Charakters sind. Daß diese Koalition auch nach dem Ende der unmittelbaren Kolonialherrschaft erhalten blieb, liegt an der großen Schwäche und an der allzu offensichtlichen Dysfunktionalität der einheimischen Oberschichten, die sich durch feudale Pachten, durch staatliche oder halbstaatliche Pfründe, durch Spekulation, Diebstahl von Staatseigentum und durch wucherische Handels- und Kreditgeschäfte bereichern. Ohne ausländische Unterstützung wären diese Oberschichten sehr schnell dem Untergang geweiht — sie sind also gezwungen, zur Erhaltung ihrer Privilegien zu Kompradoren-schichten zu werden. Diese Doppelherrschaft bedingt den Doppelcharakter der Kolonialrevolution: um nationale Revolution sein zu können, muß sie zugleich soziale Revolution sein und umgekehrt. Als „Revolution radikaler Bedürfnisse“ kann sie nur eine „radikale Revolution“ sein. Die Erringung der formalen Souveränität war „die teilweise, die nur politische Revolution, . . . welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt.“¹³⁹⁾ Die Erfordernisse der „Dritten Welt“ verlangen, ihre Möglichkeiten erlauben heute mehr: ihre wirkliche Befreiung kann nur durch einen Kampf erfolgen, der zugleich antifeudalistisch, antiimperialistisch und antikapitalistisch ist.

3.3 Revolutionärer Kampf und Partisanenkrieg

Eine solche Form des Kampfes kann der Partisanenkrieg sein. In ökonomisch schwach entwickelten Regionen stellt er oft die einzige Möglichkeit dar, festgefügte Systeme von Fremdherrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung zusammen mit den ihnen zugrundeliegenden Produktions- und Eigentumsverhältnissen aufzuheben. Aus zweierlei Gründen ist die Klassenbasis revolutionärer Bewegungen in der „Dritten Welt“ meist das agrarische Proletariat bzw. Halbproletariat: zum einen ist das industrielle Proletariat in Agrargesellschaften zahlenmäßig schwach; zum anderen sind die Städte durch die Zwangsapparate der herrschenden Klassen leicht unter Kontrolle zu halten. Aber Industriearbeiter und bürgerliche Intelligenz haben in Agrarrevolutionen eine Bedeutung, die weit über der ihrer zahlenmäßigen Stärke liegt: solange der Analphabetismus der Landbevölkerung die Regel ist, muß der Bedarf an qualifizierten politischen Kadern zu einem

¹³⁹⁾ Marx, a. a. O., S. 387 f.

großen Teil aus dem nichtagrarisches Sektor der Gesellschaft gedeckt werden. Besonders in den Zwischenschichten mit westlicher Bildung bestehen soziale Gruppierungen, die zu Führungskadern revolutionärer Bewegungen qualifiziert sind, weil sie über die Fähigkeit verfügen, den Massen realistische subjektive Vorstellungen über ihre objektive Lage zu vermitteln. Dies ist eine Schlüsselfunktion, denn gerade jene sozialen Schichten und Klassen, deren objektive Lage eine Umgestaltung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse am ehesten fordert, haben in den Anfangsphasen eines revolutionären Prozesses meist einen Bewußtseinsstand, der die vorhandenen Strukturen nicht reflektiert und vor allem deren prinzipielle Veränderbarkeit durch eigene Praxis nicht erkennt.¹⁴⁰⁾

Den Grundsatz, daß die Hauptfunktion der ersten Phase eines Partisanenkrieges darin liegt, der Landbevölkerung die Struktur und die Aufhebbarkeit der bestehenden Herrschaftsverhältnisse einsichtig zu machen, hat mit besonderer Schärfe Ernesto Che Guevara herausgestellt: „Man muß nicht immer warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution herangereift sind, die Führung eines Aufstandes kann solche Bedingungen selbst schaffen, . . . (was jene widerlegt), die warten möchten, bis alle notwendigen subjektiven Bedingungen einer Revolution wie die objektiven von selbst herangewachsen sind, und die nichts dazu tun, diesen Prozeß zu beschleunigen.“¹⁴¹⁾ Anders gesagt: Ein revolutionärer Prozeß kann dadurch eingeleitet werden, daß menschliche

¹⁴⁰⁾ Besonders Gesellschaftswissenschaftler der sozialistischen Länder pflegen die Rolle des Industrieproletariats in ökonomisch schwach entwickelten Gesellschaften zu hypostasieren. Ein typisches Beispiel: „Die Rolle des Proletariats als der revolutionärsten Klasse hängt weder von seinem Lebensniveau noch von seiner zahlenmäßigen Stärke ab. Ausschlaggebend ist, daß diese Klasse am engsten mit der gesellschaftlichen Charakter tragenden modernen Produktion verbunden ist. Nur sie vermag sich die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus bewußt zu eigen zu machen und in die Tat umzusetzen.“ (Thierno Amath, Die Klassenstruktur der Länder Tropisch-Afrikas, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 9. Jgg., 1966, Nr. 2, S. 111—114, hier: S. 113.) Für Afrika südlich der Sahara — d. h. unter teilweise noch vorfeudalen Produktionsverhältnissen im Agrarsektor — ist wahrscheinlich in der Tat ein revolutionäres Bewußtsein bei der Landbevölkerung vorerst kaum zu erwarten. In ihrer generalisierenden Form ist aber die o. a. Aussage wissenschaftlich unhaltbar. Erstaunlicherweise wird selbst von kommunistischen Theoretikern, deren Länder eine erfolgreiche Agrarrevolution erlebt haben, die Fiktion aufrechterhalten, die Führung der Revolution habe bei der Arbeiterklasse gelegen: „Unser Widerstand ist in Wirklichkeit ein Bauernkrieg, geführt von der Arbeiterklasse.“ (Truong Chinh, The Resistance will win, Hanoi: 1961 (Faksimile-Ausgabe), in: Primer, S. 81—214, hier: S. 109; Übers. d. Verf.) Dies dürfte mit der tatsächlichen historischen Entwicklung kaum in Einklang zu bringen sein. Unter den höheren Kadern der agrarrevolutionären Bewegung Vietnams waren Industriearbeiter kaum vertreten. Eine sehr wichtige Rolle spielte hingegen die ehemals bürgerliche Intelligenz, was auch bei der chinesischen und kubanischen Revolution der Fall war.

¹⁴¹⁾ Ernesto Che Guevara, Der Partisanenkrieg, Berlin: 1962, S. 11.

Praxis seine subjektiven Bedingungen (Einsicht in den Ausbeutungs- und Unterdrückungscharakter der gegebenen Herrschaftsverhältnisse sowie in deren Veränderbarkeit durch eigenes Handeln) mit seinen bereits gegebenen objektiven Bedingungen (durch die Struktur der Gesellschaft bedingte sozioökonomische Unterprivilegierung der Volksmassen) deckungsgleich macht. Hier ist der Marxsche Gedanke: „die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“¹⁴²⁾ wiederaufgenommen worden.¹⁴³⁾ Einen besonderen Stellenwert als Form des revolutionären Kampfes erhält also der Partisanenkrieg dadurch, daß im Prozeß seiner Entfaltung zugleich die Transformation von — nur auf relativ kleine Gruppen beschränkter — revolutionärer Theorie in Klassenbewußtsein realisiert werden kann. Und indem der Partisan vorab nicht Soldat, sondern „Reformator der Gesellschaft“, „bewaffnete(r) . . . Vorkämpfer des Volkes“ ist, mit dem Ziel, eine „ungerechte Gesellschaftsordnung zu beseitigen“¹⁴⁴⁾, kann sein militärisches Potential anfangs durchaus begrenzt sein. Die bisherigen Erfolge des Partisanen sind vor allem dadurch zu erklären, daß in „seinem ganzen Handeln und in seinem Umgang mit der Bevölkerung . . . mehr oder weniger klar zum Ausdruck komm(t), . . . daß er eine neue, gerechte Gesellschaftsordnung erstrebt.“¹⁴⁵⁾ Diszipliniertes Auftreten, verbunden mit der politischen Aufklärung der Massen über ihre objektiven Interessen, die Propagierung und Durchführung sozialer Reformen — keinesfalls aber terroristische Aktionen, wie eine tendenziöse Berichterstattung so oft behauptet — schaffen dann die Massenbasis, d. h. zunächst einmal die Sympathie und indirekte Unterstützung der Bevölkerung. Militärisch gesehen ist ein Kleinkrieg, der sich — wie in der ersten Phase eines Partisanenkrieges — auf gelegentliche Überfälle, Hinterhalte und Sabotageakte beschränkt, nicht sonderlich effektiv: seine Bedeutung ist zuerst mehr politisch-psychologischer Art, weil er immer größeren Teilen der Bevölkerung klarmacht, daß „die Kräfte des Volkes gegen eine reguläre Armee den Sieg davontragen (können).“¹⁴⁶⁾

¹⁴²⁾ Marx, a. a. O., S. 385.

¹⁴³⁾ General Giap hat diese Marxsche Formulierung in sehr ähnlicher Form übernommen: „Revolutionäre Theorie wird zu einer unbesiegbaren Macht, sobald sie die Massen ergriffen hat. In einem revolutionären Krieg wird die politische Überlegenheit des Volkes in eine materielle Gewalt verwandelt werden.“ (Vo Nguyen Giap, *The Liberation War of the South Vietnamese people against the US imperialists and their henchmen will certainly win*, in: *ds. The South Vietnam People will win*, Hanoi: 1965, S. 7—80, hier: S. 36; Übers. d. Verf.)

¹⁴⁴⁾ Guevara, a. a. O., S. 45.

¹⁴⁵⁾ Ebd.

¹⁴⁶⁾ A. a. O., S. 11.

Der Partisanenkrieg ist aber nicht nur Mittel zur Erlangung der politischen Macht durch das Volk. Mit dem militärischen Sieg ist die Revolution nicht beendet: sie tritt nur in ein neues Stadium. Dieses Stadium der Transformation der Gesellschaft, d. h. der Beseitigung oligarchischer Herrschaftsverhältnisse, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Beginns einer forcierten Industrialisierung etc. wird in ökonomisch schwach entwickelten Gesellschaften vor allem dadurch erschwert, daß es an qualifizierten Kadern, die sich mit der Revolution identifizieren, fehlt und daß der allgemeine Stand des politischen Bewußtseins bei den Volksmassen niedrig ist. Die Gefahr von ökonomischen und politischen Rückschlägen ist also groß.

Hierauf bezog sich Vo Nguyen Giap, als er schrieb: „daß der bewaffnete Kampf eine sehr wichtige Rolle im Prozeß der revolutionären Mobilisierung unseres Volkes unter der Führung der Partei gespielt hat. Durch die Jahre des extrem harten und heroischen Kampfes hat unsere Partei sehr wertvolle Erfahrungen gesammelt.“¹⁴⁷⁾ Die ständige Mobilisierbarkeit der Volksmassen und die Existenz qualifizierter Kader erlauben nicht nur die Durchführung der notwendigen ökonomischen, politischen und kulturellen Kampagnen. Zugleich bilden sie die Voraussetzung dafür, daß die bestehenden bürokratischen und militärischen Institutionen und Organisationen — ohne daß die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates beeinträchtigt würde — nach der Erringung der politischen Macht sofort und vollständig zerschlagen werden können. Hierdurch wird die Gefährdung der neuen Gesellschaftsordnung durch Wirtschaftskrisen und konterrevolutionäre Bewegungen entscheidend gemindert.¹⁴⁸⁾

Die Konzeption: „Sich auf die Bauern verlassen, die Stützpunkte auf dem Lande errichten, die Städte durch die Dörfer einkreisen, und schließlich die Städte erobern“¹⁴⁹⁾ ermöglicht also nicht nur die Beseitigung fortschrittshehmender Herrschaftsverhältnisse. Der Prozeß des bewaffneten Kampfes für dieses Ziel setzt zugleich soziale und psychische Kräfte frei, die günstige Bedingungen für die Konsolidierung und die permanente Weitertreibung der Revolution in späteren Stadien der Entwicklung schaffen.

¹⁴⁷⁾ Vo Nguyen Giap, The great Experiences gained by our party in leading the armed struggle and building revolutionary armed forces, in: *People's War, people's army*, Hanoi: 1961, S. 65—150, hier: S. 68. (Übers. d. Verf.)

¹⁴⁸⁾ Die Konterrevolution in Ghana ist hier ein typisches Beispiel. Die weitgehende Durchsetzung der Streitkräfte mit Angehörigen der ehemaligen Kolonialarmee erwies sich als verhängnisvoll. Der Prozeß der ghanaischen „Revolution“ hatte weder die Bevölkerung intensiv geprägt, noch hatte er genügend revolutionäre Kader hervorgebracht.

¹⁴⁹⁾ Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg!, in: *Peking Rundschau*, 2. Jgg., 1965, Nr. 37, S. 11—33, hier: S. 18.

3.4 Partisanenkrieg und Antipartisanenkrieg

Strategie und Taktik des Partisanenkrieges bieten durch die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich dieser konstituieren konnte, Methoden, die auch dem militärisch Schwächeren den Sieg ermöglichen. Mao Tse-tung hat dies folgendermaßen umschrieben: „Mit der kleinen Anzahl besiegen wir die große — das erklären wir den über ganz China herrschenden Kräften. Zugleich besiegen wir mit der großen Anzahl die kleine — das erklären wir dem einzelnen Truppenteil des Gegners, mit dem wir auf dem Schlachtfeld zusammenstoßen“.¹⁵⁰⁾ Diese Sätze beinhalten das strategische Grundprinzip des Partisanenkrieges, auf dessen besondere Bedingungen das „Grundprinzip des Krieges — Erhaltung der eigenen Kräfte und Vernichtung der gegnerischen Kräfte“¹⁵¹⁾ hier angewandt worden ist. Falls die geographischen Verhältnisse für den Kleinkrieg günstige Bedingungen bilden, können Partisanen bei Benutzung der „drei Formen des elastischen Einsatzes der Kräfte“: „Dezentralisation, Konzentration und Verschiebung“¹⁵²⁾ einen in seiner Gesamtheit zahlenmäßig überlegenen Gegner laufend schwächen und gleichzeitig selbst an Stärke zunehmen. Zusätzlich zwingen die Erfolge der Partisanen die herrschenden Klassen — im gleichen Augenblick, wo deren Besiegbarkeit evident wird — zu einer unverhältnismäßigen Steigerung ihres Druckes auf die Volksmassen, was wiederum die Herrschaftsverhältnisse transparenter macht. So erwächst die revolutionäre Bewegung „aus dem ‚Nichts‘ zu einem Etwas, aus etwas Kleinem zu etwas Großem“ — es ist also für den Partisanenkrieg „das Prinzip der Erhaltung der eigenen Kräfte durch das Prinzip der Vermehrung der eigenen Kräfte zu ergänzen“.¹⁵³⁾

Der Sieg im revolutionären Krieg kann also den Partisanen trotz ihrer militärischen Schwäche zufallen, weil diese durch ihre politische Stärke mehr als ausgeglichen werden kann. Die Partisanen haben besonders die Möglichkeit, in den von ihnen befreiten Gebieten einen Teil dessen zu antizipieren, was das Ziel ihres Kampfes ist. Die Steigerung von Arbeitsproduktivität und Produktion (Landgewinnung, Bewässerung, Schaffung nichtagrarischer Produktionsstätten etc.) wie auch die Durchführung sozioökonomischer, politischer und kultu-

¹⁵⁰⁾ Mao Tse-tung, *Strategische Fragen des revolutionären Krieges in China*, in: drs., *Ausgewählte Schriften*, Bd. 1, Berlin: 1956, S. 203—297, hier: S. 283.

¹⁵¹⁾ Drs., *Fragen der Strategie des Partisanenkrieges gegen die japanischen Eindringlinge*, in: drs., *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, Berlin: 1957, S. 85—132, hier: S. 87.

¹⁵²⁾ A. a. O., S. 98.

¹⁵³⁾ A. a. O., S. 89.

reller Reformen (Neuverteilung von Land, Verringerung der Pachtsätze, Schaffung von Massenorganisationen, Genossenschaften und örtlichen Selbstverwaltungsorganen, Bau von Schulen und Krankenhäusern etc.)¹⁵⁴⁾ verbreitern nicht nur die materielle Basis der Kriegführung; gleichzeitig demonstrieren sie auch sehr augenfällig die Ziele der Revolution und tragen zur politischen Mobilisierung der Bevölkerung bei, was durch Terror und Propaganda der Konterrevolution kaum zu neutralisieren ist.

Die Geschichte beweist, daß der Einsatz einheimischer Zwangsapparate zur Niederschlagung von revolutionären Partisanenbewegungen militärisch von zweifelhaftem Wert ist. Was Mao Tse-tung über China sagte, hat mehr als regionale Gültigkeit: „Die Rote Armee zeichnet sich . . . durch außerordentliche Kampffähigkeit aus, da alle ihre . . . Angehörigen im Verlauf der Agrarrevolution zu uns gekommen sind und für ihre eigenen Interessen kämpfen, wobei zwischen Offizieren und Soldaten eine politische Einheit besteht. . . . (Aber) die Kuomintang ist gegen die Agrarrevolution und genießt deshalb nicht die Unterstützung der Bauernschaft . . . Sie (kann) die Masse der Soldaten und die zahlreichen unteren Offiziere, die aus den Reihen der Kleinproduzenten stammen, nicht dazu zwingen, ihr Leben bewußt . . . hinzugeben. Zwischen Soldaten und Offizieren besteht politische Uneinigkeit, und das setzt die Kampffähigkeit der Kuomintang-Armee herab.“¹⁵⁵⁾

Dieser Nachteil entfällt bei ausländischen Elitetruppen.¹⁵⁶⁾ Dennoch ist auch deren Tauglichkeit für die Antiguerillakriegführung begrenzt. Die wichtigsten Vorzüge hochtechnisierter Armeen — große Beweglichkeit und Feuerkraft — kommen unter den Bedingungen eines Partisanenkampfes nur partiell zur Geltung. Motorisierung z. B. ist in Dschungel- und Gebirgsterrain von geringem Wert. Auf der anderen Seite ist der logistische Aufwand derart strukturierter Armeen ungeheuer groß und führt dazu, daß ein besonders hoher Prozentsatz des Militärpersonals de facto aus Nichtkombattanten besteht. Ebenso erweist sich die große Feuerkraft als weitgehend unwirksam — schon deshalb, weil entspre-

¹⁵⁴⁾ Hierzu vgl. z. B. drs., Auch in den Partisanengebieten kann man sich mit Produktion befassen, in: drs., Ausgewählte Schriften, Bd. 4, Berlin: 1956, S. 308—312.

¹⁵⁵⁾ Drs., Fragen, S. 229 f.

¹⁵⁶⁾ In der KPCh wird allerdings z. T. die Ansicht vertreten, bei ausländischen Interventionstruppen handele es sich um „Streitkräfte . . . , die . . . weggeschickt werden, um einen ungerechten Krieg auszutragen, und daher eine schlechte Moral haben.“ (Lin Biao, a. a. O., S. 28) Hier liegt offensichtlich eine mechanische Übertragung vor: es wird vermieden, Kenntnis davon zu nehmen, daß etwa in der US-Armee Klassengegensätze bisher kaum subjektiv bewußt geworden sind und daß infolgedessen Analogien zur Kuomintang-Armee irrelevant sein müssen.

chende Ziele fehlen: Bombenflugzeuge und schwere Artillerie können in der Regel erst in späteren Stadien des Partisanenkrieges wirksam eingesetzt werden, d. h. wenn die Partisaneneinheiten bereits eine Struktur und eine Größenordnung erreicht haben, die denen regulärer Verbände nahekommen. Generell erweist sich eine weitgehend auf massivem Einsatz hochexplosiver Sprengstoffe beruhende Art der Kampfführung für diejenigen, die sie anwenden, als dysfunktional, da sie nicht differenziert genug ist, um sich vorwiegend auf ihre eigentlichen Ziele zu beschränken. Hauptleidtragender von Beschießungen aller Art ist in der Regel nicht die Armee der Partisanen, sondern die Zivilbevölkerung, deren Feindschaft gegenüber den ausländischen bzw. den Regierungstruppen durch Bombardements oder andere Aktionen terroristischen Charakters noch erheblich verstärkt wird.¹⁵⁷⁾

Trotz allem wäre es aber unrealistisch, den Partisanenkrieg als „todsicheres“ Rezept erfolgreicher Revolutionen in ökonomisch schwach entwickelten Ländern zu verstehen. Der sehr vorsichtige Realist Mao Tse-tung schrieb 1938: „Es kommt vor, daß ein fortschrittlicher Staat oder eine fortschrittliche Erscheinung, wenn sie noch schwach ist, von einem großen reaktionären Staat oder einer ebensolchen Erscheinung vernichtet wird.“¹⁵⁸⁾ Konterrevolutionäre Kriegführung hat — wenn sie auf die Ressourcen der kapitalistischen Industrieländer zurückgreifen kann — die Möglichkeit, ihren quantitativen Einsatz zu erhöhen und zugleich die Qualität der eingesetzten technischen Mittel und der angewandten Taktiken zu verbessern. Auch reguläre Armeen können sich in Ausrüstung, Gliederung und Kampfweise weitgehend den Partisanen anpassen. Schwimmbfähige, gepanzerte Kampffahrzeuge, gepanzerte und gut bewaffnete Helikopter etc. verleihen regulären Truppen auch in schwierigem Terrain große Beweglichkeit. Der massive Einsatz von Napalmbomben und anderer Abwurfmunition mit besonderer Splitterwirkung befähigt die im Antipartisanenkrieg eingesetzten Luftstreitkräfte, kleine Ziele — etwa Partisanengruppen in gut getarnten Deckungslöchern — auch ohne sie genau ausmachen und direkt treffen zu können, doch zu vernichten. Die Einführung von kleinen und leicht transportablen Infrarot- bzw. Radargeräten ermöglicht es, auch bei Nacht Annäherungen rechtzeitig zu erkennen, womit ein Hauptvorteil der Partisanen — der Überraschungsmoment — teilweise hinfällig wird.

¹⁵⁷⁾ In Südvietnam sind ca. 90% der von den US-Streitkräften Verwundeten oder Getöteten keine Guerillas. (Vgl. z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 5. 2. 1966.)

¹⁵⁸⁾ Mao Tse-tung, *Krieg*, S. 163.

Dazu kommt, daß im Endeffekt eine reguläre Armee nur durch eine reguläre Armee besiegt werden kann, d. h. die Partisanen, die zunächst nur in kleinen Gruppen Überfälle durchgeführt hatten, später dann dazu übergingen, auch Verbände in Bataillons- und Regimentsstärke zu bilden und mit ihnen entsprechende Einheiten des Gegners in günstigen Situationen anzugreifen, müssen irgendwann einmal ihre Struktur — zumindest teilweise — in die einer regulären Armee transformieren. Dann aber finden die Antiguerillastreitkräfte Gegner vor, die ihnen adäquater sind, die genügend große Ziele für den Einsatz von schweren Waffen bieten und sich auch nicht mehr bei Bedarf ins Nichts auflösen können. Diese dritte und letzte Stufe eines Partisanenkrieges ist nicht möglich, wenn die Verluste der Regierungstruppen stets durch die Entsendung ausländischer Truppen mehr als kompensiert werden: für die Partisanen kann die „Vermehrung der eigenen Kräfte“ ebenso wie die „Vernichtung der gegnerischen Kräfte“ durch den Einfluß externer Faktoren verhindert werden.

Tendenziell könnte also konterrevolutionäre Kriegführung imstande sein, bei einer entsprechenden Vergrößerung und Verbesserung ihres materiellen und personellen Einsatzes Partisanen auf den Stand der ersten Phase zurückzudrängen. Die chinesische Revolution hat ähnliche Krisen erlebt: aber „der Verlust großer Basen und die Umgruppierung der Roten Armee — das ist die zeitweilige und teilweise Niederlage, aber keine Niederlage für ewige Zeiten, wenn auch diese teilweise Niederlage zur Dezimierung des zahlenmäßigen Bestandes der Partei und der Roten Armee sowie zur Verringerung des Territoriums der Basen um 90 Prozent geführt hat.“¹⁵⁹⁾

Walt W. Rostow unterliegt in der Tat einem erheblichen Irrtum, wenn er die Ansicht vertritt, daß ein revolutionärer Partisanenkrieg „ein altes Spiel (ist), dessen Regeln man studieren und lernen kann,“ und das nichts enthält, „was nicht schon T. E. Lawrence gewußt hatte“.¹⁶⁰⁾ Wenig ist damit getan, „Grenzgebiete so ab(zu)schirmen, . . . daß andere wenig Lust verspüren, sie zur Einleitung dieses häßlichen Spieles zu benutzen.“¹⁶¹⁾ Die Wurzel dieses „häßlichen Spieles“ ist nicht Aggression von außen: Revolution ist kein Importartikel. Entscheidend ist hier vielmehr — wie es Mao Tse-tung einmal formuliert hat — die Frage, „ob die verschiedenen Widersprüche, die zum Aufschwung der Revolution führen,

¹⁵⁹⁾ Drs., *Fragen*, S. 234.

¹⁶⁰⁾ Walt W. Rostow, *Wie man Guerillaangriffen begegnet*, in: *Krieg aus dem Dunkel*, hrsg. v. Franklin Mark Osanka, Köln: (1963), S. 611—620, hier: S. 618.

¹⁶¹⁾ Ebd.

in Wirklichkeit anwachsen.¹⁶²⁾ Indirekt gibt dies Rostow auch zu, wenn er schreibt, daß zur Verhinderung von Revolutionen die „grundlegenden Sozialprobleme gelöst werden“ müssen.¹⁶³⁾ Der Gedanke, Revolutionen durch Reformen überflüssig zu machen, ist für den Fall Vietnam in der sog. Deklaration von Honolulu fixiert worden. Zu den als „Verteidigung gegen die Aggression“ bezeichneten Methoden der „special warfare“ sollen Methoden einer Art von „special welfare“ treten, nämlich Durchführung „einer sozialen Revolution“, Einrichtung „einer freien Selbstregierung“, „Angriff auf Hunger, Unwissenheit und Krankheit.“¹⁶⁴⁾ Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß dieser Versuch der Lösung gesellschaftlicher Widersprüche durch Anwendung konterrevolutionärer Gewalt bei gleichzeitiger Durchführung begrenzter Teilreformen zur Verdeckung von Klassegegensätzen in Vietnam noch Erfolg haben kann. Aber unter der Voraussetzung des Einsatzes sehr großer finanzieller Mittel braucht diese Konzeption keineswegs in jedem Einzelfall einer sich entfaltenden sozialen Revolution von vornherein völlig aussichtslos zu sein.

¹⁶²⁾ Mao Tse-tung, Aus einem Funken kann ein Brand entstehen, in: drs., Ausgewählte Schriften, Band 1, Berlin: 1956, S. 135—148, hier: S. 140.

¹⁶³⁾ Rostow, a. a. O., S. 613.

¹⁶⁴⁾ Die Deklaration von Honolulu (9. 2. 1966), in: Vietnam: Um was es geht, hrsg. v. USIS (Bad Godesberg: 1966), S. 37—40, hier: S. 40.

4 Zur Theorie der kolonialen Konterrevolution

4.1 Ökonomische und außerökonomische Ursachen konterrevolutionärer Politik in der „Dritten Welt“

Die konterrevolutionäre und kompradorische Grundhaltung der herrschenden Klassen in der „Dritten Welt“ ist ohne Schwierigkeiten aus ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß abzuleiten. Wesentlich komplexer ist das Problem, warum die herrschenden Klassen der kapitalistischen Staaten mit jenen Koalitionen eingehen.

Im Zeitalter des klassischen Imperialismus spielten die damaligen Kolonien und Halbkolonien eine unentbehrliche Rolle für eine von systemgefährdenden Krisen freie sozio-ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Länder, indem sie diesen als Lieferanten billiger Rohstoffe und als Märkte für Kapital- und Warenexporte dienten. „Die imperialistische Politik glied den Wirtschaftskreislauf aus oder, was das gleiche ist, stabilisierte das Volkseinkommen.“¹⁶⁵⁾ Zwischen 1890 und 1910 machte etwa in Großbritannien der Anteil der Investitionen in Kolonien und Halbkolonien ca. 2,25% des Sozialprodukts aus¹⁶⁶⁾ 1962 flossen nur mehr rund 0,6% des Sozialprodukts der Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer in Form von öffentlichen und privaten Kapitalexporten in die „Dritte Welt“. Berücksichtigt man nur das private Kapital, so sinkt dieser Anteil auf 0,14%.¹⁶⁷⁾

¹⁶⁵⁾ Louis J. Zimmerman and F. Grumbach, *Saving, Investment and Imperialism. A reconsideration of the theory of imperialism*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 71, 1953, S. 1—21, hier: S. 2.

¹⁶⁶⁾ 1890—1910 machten die gesamten Auslandsinvestitionen 3,1% des britischen Sozialprodukts aus; dieser Anteil war 1934—1938 auf 1,3% abgesunken. (Vgl. a. a. O., S. 6.) Da im Zeitalter des Imperialismus rund $\frac{3}{4}$ der britischen Auslandsinvestitionen in abhängige Gebiete flossen (vgl. Fritz Sternberg, *Der Imperialismus*, Berlin: [1926], S. 415 ff.), dürfte die Schätzung von 2,25% in etwa realistisch sein.

¹⁶⁷⁾ Vgl. UN, *International Flow of long-term capital and official donations 1960—1962*, New York: 1964, Tab. 7, S. 15; generell zum Charakter der jetzigen ökonomischen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern und der „Dritten Welt“, vgl. bes. H. D. Boris, *Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften*, in: *Das Argument*, 8. Jgg., 1966, H. 37.

Die öffentlichen und privaten Investitionen sind insofern komplementär, als die letzteren immer noch vorwiegend in extraktive Industrien fließen¹⁶⁸⁾, während das öffentliche Kapital, indem es fast ausschließlich für infrastrukturelle Zwecke verwandt wird, dem Privatkapital günstige Anlagebedingungen schafft und zudem bei minimalem politischem Risiko erhebliche Profite ermöglicht. Nach wie vor übertreffen die in ökonomisch schwach entwickelten Regionen erzielten Profitraten bei weitem die Renditen des in Industrieländern angelegten Kapitals. Zwischen 1922 und 1937 machten etwa die Dividenden holländischer Unternehmen, die vorwiegend in Kolonien operierten, im Durchschnitt das 3,1-fache der Dividenden von Unternehmen aus, die vorwiegend in Holland selbst tätig waren.¹⁶⁹⁾ Die durchschnittlichen Profitraten privaten US-Kapitals betrugen 1961 in Asien 39 %, im Nahen Osten 60 % und in der Gesamtheit der „Dritten Welt“ 10,7 %, in Kanada hingegen nur 5,8 %.¹⁷⁰⁾ Die Profitsummen, die aus den seit einem knappen Jahrhundert in Übersee akkumulierten Kapitalanlagen in die kapitalistischen Länder fließen, sind entsprechend hoch: der Kapitalzufluß übertrifft oft den Kapitalabfluß. Zwischen 1956 und 1962 betrug etwa in Lateinamerika und Westasien das Verhältnis von capital-inflow zu capital-outflow 9,2 zu 9,4 bzw. 2,9 zu 3,6 Mrd. Dollar.¹⁷¹⁾ Zwischen 1960 und 1962 betrug in den gleichen Regionen der gesamte capital-inflow nur 70,5 % bzw. 54,5 % der ins Ausland transferierten privaten Kapitalrenditen.¹⁷²⁾

Ein zunehmend wachsender Teil des Welthandels wird von den kapitalistischen Ländern untereinander abgewickelt. Zwischen 1950 und 1962 fiel der Anteil der ökonomisch schwach entwickelten Länder am Weltexport von 32 auf 21 %.¹⁷³⁾ Durch die für jene Ländergruppe sich laufend verschlechternden realen Austauschverhältnisse ist allerdings dieser Teil des Außenhandels für die kapitalistischen Länder besonders profitabel. Zwischen 1950 und 1962 ergab sich eine Verschlechterung der terms of trade von 12 %, was einem Verlust von 16,7 Mrd. Dollar gleichkommt.¹⁷⁴⁾ Diese Übervorteilung wird durch eine diskriminierende Zoll-

¹⁶⁸⁾ Von den privaten Direktinvestitionen der USA in Entwicklungsländern (excl. Lateinamerika) fließen 3/4 in die Sektoren Erdöl und Bergbau. (Vgl. UN, International Flow of long-term capital and official donations 1959—1961, New York: 1963, S. 56.)

¹⁶⁹⁾ Errechnet nach: Schiff, a. a. O., S. 310.

¹⁷⁰⁾ Vgl. US Department of Commerce, Survey of Current Business, August 1962, Tab. 2 u. 4, S. 22 f.

¹⁷¹⁾ Vgl. Flow . . . 1960—1962, Tab. 18, S. 30.

¹⁷²⁾ Errechnet nach: a. a. O., Tab. 16 u. 17, S. 29.

¹⁷³⁾ Vgl. Survey, Tab. 1.1, S. 4.

¹⁷⁴⁾ Vgl. a. a. O., S. 6 u. Tab. 8.15, S. 235.

politik verstärkt: die Zollverordnungen der kapitalistischen Länder verhindern von vornherein ca. 80% der möglichen Fertigwaren- und Halbfabrikatenexporte der sog. Entwicklungsländer.¹⁷⁵⁾

Offensichtlich perpetuieren also die heutigen ökonomischen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Ländern der „Dritten Welt“ alte Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse. Die absolute Höhe der dabei erzielbaren und erzielten Vorteile — Kapital- und Warenexporte zu günstigen Bedingungen, billige Rohstoffimporte, überdurchschnittlich hohe Profite — ist beträchtlich. Auf der anderen Seite sinkt aber der Anteil dieser Beziehungen am gesamten Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaften. Gleichzeitig verfügen diese mittlerweile über ein flexibles fiskalpolitisches Instrumentarium zur Krisenverhütung. So scheint die These gerechtfertigt, daß die Ausbeutung ökonomisch schwach entwickelter Gebiete an relativer Bedeutung für die Stabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems verloren hat. Mithin ist es fragwürdig, den ganzen Komplex des Verhältnisses Westeuropas und Nordamerikas zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer noch wie zur Zeit des Hochimperialismus aus einem „ökonomischen Zwangszusammenhang“¹⁷⁶⁾ ableiten zu wollen. Analysen, die mit einer nur auf ökonomische Tatbestände gerichteten Fragestellung den Charakter dieses Teils der internationalen Beziehungen zu erfassen versuchen, stoßen oft auf eine Barriere, jenseits der Erklärungsversuche für eindeutig imperialistische Verhaltensweisen bestimmter kapitalistischer Staaten äußerst schwierig werden. Die Kategorien der Politischen Ökonomie scheinen gegenüber politischen und militärischen Aktionen, bei denen Aufwand-Ertragsrechnungen ökonomisch-zweckrationale Motivationen nicht mehr erkennen lassen, zu versagen.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges scheinen z. B. Verlustgeschäfte der USA in ihrem Verhältnis zur „Dritten Welt“ normale Fälle zu sein. Der Versuch, die US-amerikanische Politik gegenüber jedem Land unterschiedslos und allein mit der allzu groben Kategorie der neokolonialistischen Ausbeutung erklären zu wollen, führt wissenschaftlich in eine Sackgasse. Die militärische Betätigung kapitalistischer Staaten in der „Dritten Welt“ — mag es sich um die Unterstützung von Kompradorenregimen durch Militärhilfe, um die Errichtung von Militärbasen oder auch um direkte Interventionen

¹⁷⁵⁾ Vgl. Heinz Bachmann, Zollpolitik und Entwicklungsländer, Tübingen - Zürich: 1965, S. 87 ff.

¹⁷⁶⁾ Jürgen Habermas, Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik, in: ders., Theorie und Praxis, (Neuwied u. Berlin: 1963), S. 162—214, hier: S. 200.

handeln — können nicht nur als Schutzmaßnahmen für Privatinvestitionen interpretiert werden. Beispielsweise vermag die Aussage eines US-amerikanischen Generals über die Militärhilfe für Südkorea: dort habe „der amerikanische Steuerzahler . . . eine Armee, die ein guter Wachhund für in diesem Land vorgenommene Privatinvestitionen (sei) . . . , was ein Maximum an Resultaten bei einem Minimum an Kosten darstelle“¹⁷⁷⁾, nicht restlos zu überzeugen. Sicherlich gibt es eine Reihe von Ländern — etwa bestimmte Öl- und Erzgebiete Zentralafrikas, Lateinamerikas und des Mittleren Ostens — deren direkter wirtschaftlicher Wert militärische Ausgaben derartiger Größenordnung im Sinne bürgerlicher Rechenhaftigkeit rechtfertigt. Aber die immensen Kosten der Ausstattung und Unterhaltung von Marionettenarmeen, der Stationierung US-amerikanischer Truppen etc. in Ländern wie Südkorea, Taiwan und Südvietnam stehen offensichtlich in keinem Verhältnis zu den Profiten US-amerikanischer Unternehmen in eben diesen Territorien.

Aufgrund der schnellen technischen Entwicklung wird auch deren militärische Bedeutung immer geringer. In der Zeit des Kalten Krieges waren Militärstützpunkte in Randzonen für die Einkreisung der Staaten des konkurrierenden Gesellschaftssystems strategisch notwendig. Aber die großen Reichweiten und die Treffsicherheit ballistischer Raketen und die großen Aktionsradien und Ladekapazitäten moderner Kampf- und Transportflugzeuge machen die Stationierung von Kernwaffenträgern und konventionellen Streitkräften in Peripheriestellungen zunehmend entbehrlich.

Partiell scheint also der Tatbestand gegeben, daß zwischen der Heftigkeit, Kostspieligkeit und Risikobeladenheit bestimmter US-amerikanischer Aktionen und dem unmittelbar daraus resultierenden ökonomischen und militärischen Nutzen oft ein gewisses Mißverhältnis besteht, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Kosten gewaltsamer Außenpolitik von der Gesamtgesellschaft getragen werden, ihre Erträge hingegen überwiegend den ökonomisch privilegierten Oberschichten zufließen. Die Irrationalität des kapitalistischen Systems scheint hier darin zu kulminieren, daß seine eigenen Strukturelemente selbst ihre bis dahin vorhandene — auf das Gesamtsystem bezogene — Rationalität verloren haben.

In Einzelfällen haben auch jeweils noch besondere — nicht allgemeingültige — Motivationen eine erhebliche Bedeutung. So dürfte etwa der Gedanke, „mit Hilfe des Vietnamkrieges

¹⁷⁷⁾ So der Kommandeur der US Korean Military Advisory Group General Roberts zu einem Korrespondenten der New York Herald Tribune am 5. 6. 1950 (zit. n.: Baran, a. a. O., S. 259).

das kommunistische China zu provozieren und dann vernichtend zusammenzuschlagen, ehe die chinesische Atom-bombe einsatzbereit ist,¹⁷⁵⁾ in den Gedankengängen militärischer und politischer Kreise der USA eine gewichtige Rolle spielen. Die entsprechenden Bombenziele in China sind längst detailliert festgelegt und es ist kein Geheimnis, daß nicht nur der Rechtsextremist Goldwater einen plausiblen Grund für die Bombardierung Chinas herbeisehnt. Sicherlich wird Gewaltpolitik auch durch verselbständigte Ideologien faschistischer oder imperialistischer Provenienz begünstigt, die nicht nur die bürokratischen und militärischen Apparate, sondern auch die Mehrheit der sozialen Schichten und Klassen erfassen und zur Unterstützung interventionistischer Aktionen bewegen können.¹⁷⁹⁾ Dennoch ist es nicht sonderlich realistisch, z. B. die US-amerikanische Indochinapolitik aus der US-amerikanischen Ideologie abzuleiten, deren Besonderheit angeblich darin besteht, alles, was auf einen Gesichtsverlust hinausläuft, wie etwa das Eingeständnis einer militärischen Niederlage oder das Nichteinhalten eines öffentlich gegebenen Versprechens, nicht zuzulassen. Derartige Bewußtseinsinhalte haben nur so lange einen wesentlichen politischen Stellenwert, als die durch sie gerechtfertigte Politik den Interessen derjenigen sozialen Kräfte entspricht, ohne deren Placet in einer kapitalistischen Gesellschaft keine wichtigen Entscheidungen irgendwelcher Art getroffen werden können.¹⁸⁰⁾

4.2 Struktur und Funktion spätkapitalistischer Rüstungsökonomik in den USA

Die spätkapitalistische Gesellschaft der USA ist so strukturiert, daß die unmittelbaren Konsequenzen aggressiver Politik — nämlich Rüstung und Rüstungsverwertung — zugleich

¹⁷⁵⁾ Industriekurier v. 27. 11. 1965.

¹⁷⁹⁾ Über den Funktionszusammenhang von Imperialistischer Politik und Ideologie vgl. bes. Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Wien: 1923, S. 421 ff.

¹⁸⁰⁾ Die Beendigung des Algerienkrieges durch die französische Regierung liefert hierfür ein Musterbeispiel. Weil sich dieser Krieg immer mehr für die ökonomische Potenz Frankreichs als nicht mehr tragbar erwies, da seine gesellschaftlichen Kosten bereits die Substanz des bürgerlichen Staatsapparates angriffen, und in keinem Verhältnis mehr zu der Summe der individuellen Vorteile standen, konnte de Gaulle mit Hilfe der französischen Großbourgeoisie in erstaunlich kurzer Zeit auch die Ideologie des „Algerie Française“ und deren Träger, die Kolonialbourgeoisie und die traditionellen bzw. faschistischen Kader der Kolonialarmee als politische Faktoren ausschalten. Die ökonomischen Interessen der französischen Großbourgeoisie in Algerien blieben auch nach der Erringung der Unabhängigkeit dieses Landes gewahrt. Die Zeche der politischen Dekolonisation bezahlte die kleine und mittlere Kolonialbourgeoisie. Vgl. hierzu auch: Emile E. Braundt, Neocolonialism and the class struggle, in: International Socialist Journal, Year 1, 1964, No. 1, S. 48—68, hier bes.: S. 55 f.

für die Selbstreproduktion dieser Gesellschaft unentbehrlich scheinen. In den USA konnte nennenswertes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger annähernder Vollbeschäftigung stets nur erreicht werden, wenn ein wesentlicher Teil des Sozialprodukts nicht der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse diente. Die Ausnutzung der vorhandenen Produktivkräfte zur Schaffung von neuen Produktionskapazitäten bzw. von Konsumtionsmitteln ist wegen der dann entstehenden Realisationsschwierigkeiten ausgeschlossen. Zwar besteht objektiver Bedarf an den herstellbaren Waren, aber die Kaufkraft der US-amerikanischen Unter- und Mittelschichten ist zu gering, als daß ihre Bedürfnisse in der Form effektiver Nachfrage auf dem Markt sichtbar werden könnten. Erst die Absorbierung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln in nicht Gebrauchswerte schaffende Sektoren der Volkswirtschaft, d. h. die artifizielle Verminderung des Marktangebots an Gütern und Dienstleistungen einerseits und an Ware Arbeitskraft andererseits ermöglichte es hier, die Disproportionalität von Produktion und Konsumtion vorübergehend auszugleichen.

So waren Einberufungen und Rüstung in den USA immer die mit Abstand wichtigsten Mittel zur Abwendung von Unterkonsumtions- bzw. Überproduktionskrisen. Der sog. militärisch-industrielle Komplex dieses Landes hat mittlerweile riesenhafte Dimensionen angenommen: „Mindestens zehn Prozent des Wertes aller jährlich produzierten Güter und Dienstleistungen gelten in diesem Lande der Rüstung. Ungefähr 20% der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes beruhen auf Rüstungsaufträgen. 11% aller Beschäftigten, also etwa sechs bis sieben Millionen Menschen arbeiten unmittelbar für die Rüstung oder in Zulieferbetrieben. Die Anzahl der mittelbar und unmittelbar in der Rüstung Beschäftigten ist, vorsichtig geschätzt, doppelt so hoch . . . (Es) hängen also etwa 12 bis 14 Millionen Arbeitsplätze von Rüstungsarbeiten ab.“¹⁸¹⁾

Aber noch entscheidender als die Größe dieses Sektors ist seine besondere Struktur. Die Rüstungsindustrie ist in der US-amerikanischen Volkswirtschaft sehr ungleichmäßig verteilt. So erhielten 1962 z. B. 100 Firmen 72% der militärischen Hauptkontrakte, wovon wiederum der Großteil auf die Industriegruppen „aerospace“ und Elektronik entfiel.¹⁸²⁾ In den Industriegruppen Luftfahrt, Schiffbau, Elektronik und Appa-

¹⁸¹⁾ Seymour Melman, *Ökonomische Alternativen zur Rüstungs-Prosperität*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9. Jgg., 1964, H. 2, S. 132–143, hier: S. 133. Vgl. hierzu auch: Fred J. Cook, *The Warfare State*, New York: 1962, S. 20 ff.

¹⁸²⁾ Vgl. Murray L. Weidenbaum, *Friedliche Nutzung der Rüstungsindustrie*, in: *Atomzeitalter*, 1964, H. 5, S. 132–136, hier: S. 132.

ratebau sind jeweils 93,7 %, 60,7 %, 38,0 % bzw. 20,1 % der Beschäftigten mit militärischen Aufträgen befaßt.¹⁸³⁾ Bei diesen Beschäftigten sind hochqualifizierte Arbeitskräfte stark überproportional vertreten: „Zwei Drittel bis drei Viertel der amerikanischen Wissenschaftler und Ingenieure sind in militärisch relevanten Berufen tätig.“¹⁸⁴⁾ Noch schwerwiegender ist wahrscheinlich die regionale Konzentration der Rüstungsindustrie: 1960 fielen z. B. über die Hälfte der industriellen Rüstungsaufträge auf fünf Einzelstaaten, allein auf Kalifornien 24 %.¹⁸⁵⁾

Diese nach Konzernen, Industriezweigen, Berufsgruppen und Regionen sehr ungleichmäßig verteilte und konzentrierte Industrie ist äußerst unbeweglich; sie ist auf den Staat als Käufer ihrer Produkte angewiesen und kaum imstande, aus eigener Kraft auf andere wirtschaftliche Aktivitäten auszuweichen. Dies ist vor allem begründet durch die großen Umwälzungen in der militärischen Technologie seit dem 1. Weltkrieg: 1914 waren noch ca. 80 % der Rüstungsgüter Produkte, die auch zu nichtmilitärischen Zwecken produziert wurden. 1941 waren bereits 50 % reines Kriegsmaterial, von dem aber noch der größere Teil in kurzfristig dafür umgestellten Produktionsstätten hergestellt wurde. Heute sind dagegen schon 90 % aller Rüstungsgüter nur für militärische Zwecke verwendbar und müssen in speziellen Fabrikationsanlagen produziert werden.¹⁸⁶⁾ Selbst die partielle Umstellung der Rüstungsindustrie auf nichtmilitärische Produktion ist daher ungeheuer schwierig.¹⁸⁷⁾ Ein ziviler Markt für die vorhandenen Rüstungskapazitäten fehlt also nicht nur wegen des generellen Mangels an effektiver Nachfrage, sondern auch aus technischen Gründen.

Die amerikanische Rüstungsindustrie leidet zudem ständig unter zyklischen Krisen, z. B. dann, wenn die Entwicklungsarbeiten für ein neues Waffensystem¹⁸⁸⁾ beendet sind und eine weitere Erhöhung der „overkill capacity“ selbst keinen militärischen Sinn mehr hat. Eine dann mögliche Senkung der Militärausgaben bedeutet aber nicht eine über das ganze Land gleichmäßig verteilte Rezession, der mit dem Mechanismus von Steuersenkungen und Vergabe zusätzlicher nicht-

¹⁸³⁾ Vgl. Heinz Theo Risse, *Kapitalismus und Abrüstung* (II), in: *Atomzeitalter*, 1964, H. 5, S. 141—144, hier: S. 142.

¹⁸⁴⁾ Melman, a. a. O., S. 133 f.

¹⁸⁵⁾ Vgl. a. a. O., S. 134.

¹⁸⁶⁾ Vgl. Weidenbaum, a. a. O., S. 132 f.

¹⁸⁷⁾ Vgl. hierzu auch u. a. Helmut Krauch, *Abrüstung und Forschung*, in: *Atomzeitalter*, 1964, H. 1, S. 9—17, bes. S. 13 ff. und die Zusammenfassung eines Artikels aus missiles and rockets, in: *Atomzeitalter*, 1965, H. 3, S. 95f.

¹⁸⁸⁾ Zum Problem der zyklischen Krisen in der Rüstungsindustrie und der hohen Anteile von Forschung und Entwicklung an den Gesamtkosten moderner Waffensysteme vgl. u. a. die Zusammenfassung des Berichts einer amerikanischen Wirtschaftsberatungsfirma, in: *Atomzeitalter*, 1965, H. 3, S. 96.

militärischer Staatsaufträge beizukommen wäre. Eine so initiierte Konjunktur würde sehr ungleichmäßig verlaufen und ganze Konzerne, Industriegruppen, Berufszweige und Regionen kaum berühren. Eine begrenzte Aufrüstung hingegen vermeidet diese Nachteile: die durch sie hervorgerufene Erhöhung der effektiven Nachfrage nach Konsumgütern, Investitionsgütern und Rohstoffen hat konjunkturfördernde Wirkung auch auf die nichtmilitärischen Sektoren der Wirtschaft. So wird denn auch in den USA offen ausgesprochen, daß begrenzte Kriege — sofern sie nicht ein solches Ausmaß annehmen, daß die Fähigkeit des Staates, nichtmilitärische Ausgaben zu tätigen, erheblich eingeschränkt wird — die US-amerikanische Volkswirtschaft am ehesten vor Wachstums- krisen und einem Steigen der Arbeitslosenzahl bewahren könnten.¹⁸⁹⁾

Die Auswirkungen des Vietnamkrieges bestätigen die Richtigkeit dieser These. Noch im August 1965 waren rückläufige Industrieproduktionsergebnisse in den USA Indizien einer Rezession.¹⁹⁰⁾ Die verstärkten Einberufungen und Rüstungsausgaben leiteten dann ab September eine Periode der Konjunktur ein, die seit dem 1. Quartal 1966 bereits Überhitzungserscheinungen zu zeigen beginnt. Die ökonomischen Konsequenzen der militärischen Eskalation in Vietnam — zusätzliche Ausgaben von 4,6 bzw. 10,3 Mrd. Dollar in den Haushaltsjahren 65/66 bzw. 66/67 — brachten den Mangel an effektiver Nachfrage schnell zum Verschwinden.¹⁹¹⁾ Der Industrieproduktionsindex stieg im Februar 1966 um 1,2 Punkte und erreichte damit 151,3% des Durchschnitts von 1957 bis 1959 gegenüber 139,2% im Februar 1965.¹⁹²⁾ In der Industrie vergrößerten sich Auftragsbestände und Lieferfristen. „Die Neuaufträge für Werkzeugmaschinen aller Art verzeichneten im Februar (1966) im fünften aufeinanderfolgenden Monat eine Zunahme, mit dem Ergebnis, daß der Auftragseingang für diesen Monat der höchste in den letzten zehn Jahren war“. Dieser Auftragseingang lag um 4,5% über dem des Vormonats und um 43% über dem des Februar 1965.¹⁹³⁾ Im März 1966 hatten 13% der Industrieunternehmen für Ersatzteile Lieferfristen von 3 bis 8 Monaten ge-

¹⁸⁹⁾ Vgl. hierzu u. a. Zusammenfassungen verschiedener Zeitschriften- und Zeitungsartikel, in: Atomzeitalter, 1965, H. 9, S. 282 f.

¹⁹⁰⁾ Vgl. die Zusammenfassung eines Artikels der New York Times vom 24. 8. 1965, in: Atomzeitalter, 1965, H. 10, S. 310 f.

¹⁹¹⁾ Vgl. Frankfurter Rundschau v. 25. 1. 1966. Diese Zahlen stellen die in Vietnam unmittelbar entstehenden zusätzlichen Kosten dar. Die direkten und indirekten Gesamtkosten des in Vietnam eingesetzten Militärpotentials liegen wesentlich höher.

¹⁹²⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 19. 3. 1966.

¹⁹³⁾ Neue Zürcher Zeitung v. 2. 4. 1966. (Betrifft nur Mitglieder der „National Machine Tool Builder Association“.)

genüber 8% im Vormonat. Im gleichen Monat betrugen die Lieferfristen für Industriematerialien bei 18% der Unternehmen 6 bis 12 Monate gegenüber 13% im Vormonat. „Dieser Prozentsatz übertrifft alle bisherigen ‚Rekorde‘.“¹⁹⁴⁾ Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt die gleichen Tendenzen. „Von Mitte Januar bis Mitte Februar (1966) sank die Zahl der Arbeitslosen um 132 000 . . . Üblicherweise pflegt die Arbeitslosenziffer zu dieser Jahreszeit um mindestens 100 000 Personen zuzunehmen. Daher ging der Prozentsatz der Erwerbslosen Mitte Februar . . . auf 3,7% der Beschäftigten zurück gegen 4% Mitte Januar (1966) und 5% Mitte Februar 1965 . . . Die wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie stieg Mitte Februar . . . auf 41,6 . . . (Stunden), den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg.“¹⁹⁵⁾ Die Aufrüstung kurbelte die gesamte Investitions- und Konsumgüterproduktion an — letztere über die Zunahme der Einkommen der privaten Haushalte, die im Februar 1966 rund 4 Mrd. Dollar ausmachte, gegenüber einem Durchschnitt des Jahres 1965 von 3 Mrd.¹⁹⁶⁾

Die Vergabe von Milliardenaufträgen für militärische Luftfahrzeuge zur Führung von Antiquerillakriegen enthüllt so auf dieser Ebene ihre Zweckrationalität für das Funktionieren eines irrationalen Gesamtsystems. Mehrfach zeigt sich hier — im nationalen wie im internationalen Maßstab — der Klassencharakter der Gewaltpolitik kapitalistischer Staaten. Einmal hilft sie die spätkapitalistische Gesellschaft zu reproduzieren, indem die militärische Inanspruchnahme sonst brachliegender Produktionsmittel und Arbeitskräfte die Massen daran hindert, durch eigene Anschauung zu erkennen, daß die gegebene Organisation der gesellschaftlichen Arbeit nicht imstande ist, die potentiellen und aktuellen Produktivkräfte auch nur annähernd voll nutzbar zu machen. Zum zweiten integriert die mit dieser Politik unlösbar verbundene und durch sie verfestigte Ideologie der nationalen Ehre und Mission die Massen wider ihre objektiven Interessen in die Gesellschaft.¹⁹⁷⁾ Zum dritten erlauben die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, daß die Kosten dieser Politik — über das Staatsbudget — gesellschaftlich getra-

¹⁹⁴⁾ Neue Zürcher Zeitung v. 6. 4. 1966. (Betrifft nur Mitglieder der „National Association of Purchasing Agents“.)

¹⁹⁵⁾ Neue Zürcher Zeitung vom 11. 3. 1966.

¹⁹⁶⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 19. 3. 1966.

¹⁹⁷⁾ „Anstelle des für die Besitzenden ausweglosen, gefährlichen Kampfes der Klassen ist die gemeinsame Aktion der zum gleichen Ziel nationaler Größe vereinten Nation getreten.“ (Rudolf Hilferding, a. a. O., S. 429.) Zwar unterscheidet sich die heutige amerikanische Ideologie inhaltlich von der hier gemeinten Ideologie des (europäischen) Hochimperialismus — die gesellschaftliche Funktion indes ist in beiden Fällen die gleiche.

gen werden, während ihre Erträge — die Profite aus Auslandsinvestitionen und Rüstungsgeschäften — individueller Aneignung unterliegen.

Die gleichen sozialstrategischen Momente bestimmen im internationalen Rahmen die objektiven Funktionen dieser Politik. Vermehrte Militärausgaben der kapitalistischen Länder zwingen auch den nichtkapitalistischen Staaten erhöhte Rüstungsanstrengungen auf,¹⁹⁸⁾ die aber dort völlig entgegengesetzt wirken. Was in den kapitalistischen Staaten die bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten hilft, behindert zugleich in den nichtkapitalistischen Staaten die Entwicklung der Produktivkräfte und die Erhöhung des Lebensstandards. Die New York Times traf durchaus den Kern der Sache, als sie schrieb, daß die „Senkung des US-Rüstungsbudgets und vor allem jegliches internationale Abkommen über eine Senkung der Rüstungsausgaben . . . die Spannungen in der Sowjetwirtschaft vermindern könnte.“¹⁹⁹⁾ Wie stark die US-amerikanischen Machteliten die Bedeutung des Wettrüstens in einer Periode der Systemkonkurrenz einschätzen, wird besonders aus einer sehr offenerzigen Äußerung des Chefs der CIA, Allen W. Dulles, vor dem US-amerikanischen Industriellenverband deutlich: „die vom friedlichen Koexistenz-Programm des Sowjetblocks ausgehende Gefahr wird noch größer werden, wenn die Russen es für vereinbar mit ihrer Sicherheit halten, einen nennenswerten Teil ihrer Militärausgaben für nichtmilitärische Zwecke abzweigen zu können.“²⁰⁰⁾ Rüstungs- und Gewaltpolitik erweisen sich so auch als sehr wirksame Mittel, die sozioökonomische Entwicklung der sozialistischen Länder zu behindern und den ökonomischen Vorsprung, den die kapitalistischen Staaten noch aus dem 19. Jahrhundert besitzen, zumindest teilweise zu erhalten. Dies ist für die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung, von der behauptet wird, sie stelle ein optimales System zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dar, von großer Bedeutung. Eine allgemein verbreitete Einsicht, daß es rationalere und effektivere Formen der Organisation gesellschaftlicher Arbeit gibt, dürfte weitreichende politische Folgen haben.

¹⁹⁸⁾ Sicherlich gibt es auch in Ostblockstaaten Widerstand von Seiten des selbstständigen Militärapparates gegenüber Abrüstungsbemühungen. Indes existiert in Gesellschaften ohne Privateigentum an Produktionsmitteln keine Klasse, die ökonomische Interessen an der Produktion von Rüstungsgütern hat. Vgl. hierzu auch: Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus (Frankfurt: 1965), S. 254 ff.

¹⁹⁹⁾ New York Times v. 17. 7. 1955; zit. n.: Theodor Prager, Wirtschaftswunder oder keines? Zur politischen Ökonomie Westeuropas, Wien - Köln - Stuttgart - Zürich (1963), S. 21.

²⁰⁰⁾ New York Times v. 6. 12. 1959; zit. ebd.; weitere Stimmen dieser Art vgl. a. a. O., S. 171 f. und Vilmar, a. a. O., S. 235.

Als Träger der politischen Herrschaft in den USA hat C. Wright Mills eine aus Politikern, Wirtschaftlern und Militärs bestehende institutionalisierte Führungsgruppe identifiziert.²⁰¹⁾ Ein wichtiges Merkmal dieser „Machtelite“ ist, daß ihre Mitglieder meist Funktionsträger in mehreren Institutionen sind. Es übernehmen z. B. Generale nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst der Streitkräfte führende Positionen in der zivilen Administration oder in der Industrie, bzw. industrielle Spitzenmanager werden hohe Regierungsbeamte oder Minister und umgekehrt.²⁰²⁾ Diese Verschmelzung schafft dem militärisch-industriellen Komplex einen politischen Einfluß, der — nach den Worten des ehemaligen US-Präsidenten Eisenhower — „zu spüren ist in jeder Stadt, im Parlament eines jeden Einzelstaates, in allen Dienststellen der Bundesregierung“.²⁰³⁾

Führen politische Pressionen des militärisch-industriellen Komplexes zu einer Erhöhung der Militärausgaben, so bringt dies zunächst einmal der Generalität größere politische Macht und den Rüstungskonzernen höhere Profite. Diese Partialfunktionen der Aufrüstung dienen noch relativ eng begrenzten kapitalistischen Partialinteressen. Aber durch ihre Unentbehrlichkeit für einen — besonders regional — gleichmäßigen Verwertungsprozeß des Gesamtkapitals nützt Aufrüstung bereits weitgehend dem kapitalistischen Gesamtinteresse.

Rüstung hat aber nicht nur die Funktionen, den politischen Einfluß einzelner Organisationen zu vergrößern, die Profite in einzelnen Branchen zu erhöhen und ein Fallen der Profitrate des Gesamtkapitals zu verhindern. Indem sie im Spätkapitalismus die ökonomische Krisenhaftigkeit der eigenen Gesellschaftsordnung verschleiert und zugleich das wirtschaftliche Wachstum der Länder mit konkurrierender Gesellschaftsordnung erschwert, hat sie systemerhaltende Funktionen und dient damit objektiv uneingeschränkt dem Gesamtinteresse der Klasse der Kapitaleigner, die wegen ihrer sozioökonomischen Machtfülle auch den einflußreichsten Teil der US-amerikanischen Machtteile bildet.

Eine totale Abrüstung würde eine Verringerung des US-amerikanischen Sozialprodukts um rund 48 Mrd. Dollar bedeuten²⁰⁴⁾, käme also einer ökonomischen Katastrophe gleich. Durch staatliche Eingriffe könnte diese zwar verhindert werden, aber die erforderlichen Maßnahmen würden de facto eine einschneidende Veränderung der Herrschaftsver-

²⁰¹⁾ Vgl. C. Wright Mills, *Die amerikanische Elite*, Hamburg: (1962), S. 308.

²⁰²⁾ Vgl. a. a. O., S. 322.

²⁰³⁾ Zit. n.: Cook, a. a. O., S. 3. (Übers. d. Verf.)

²⁰⁴⁾ Nach den Berechnungen des „Research Program on Economic Adjustments to Disarmament“. (Vgl. Risse, a. a. O., S. 143.)

hältnisse bedeuten: entsprechend heftig ist der im gesamt-kapitalistischen Interesse geführte Widerstand gegen Abrüstungsbemühungen.

Zu Recht zieht daher Vilmar das folgende Fazit: war „forcierte Rüstungswirtschaft und -politik bis 1945 keine oder nur sekundär eine bewußte konjunkturpolitische Strategie der Machteliten im späten Kapitalismus, so tritt dieser . . . in die Nachkriegsepoche . . . ein mit der . . . Erfahrung, daß Rüstungswirtschaft die erfolgversprechendste Methode ist, das Keynes'sche Vollbeschäftigungsrezept auf kapitalistische Weise anzuwenden. Auf kapitalistische Weise: das heißt ohne dabei in die gefährliche Richtung der Wohlfahrtsplanung und gemeinwirtschaftlich-sozialstaatlicher 'Experimente' zu geraten.“²⁰⁵) Die generellen Einflußmöglichkeiten der herrschenden Klasse sind unter den gesellschaftlichen Verhältnissen eines „warfare state“ wesentlich größer als unter denen eines „welfare state“. So läßt sich konstatieren, daß die Aufrechterhaltung der Höhe der Militärausgaben zumindest in den USA ein vitales Interesse der Machteliten darstellt und generell die dortigen spätkapitalistischen Produktionsverhältnisse reproduzieren hilft. Zweifellos ist die hieraus resultierende politische Einflußnahme mächtig genug, um aus divergierenden Interessenlagen resultierende Widerstände gegen bereits angelaufene militärische Aktionen zu neutralisieren. Ob diese Einflüsse ausreichen, die Auslösung von Kriegen mehr als zu begünstigen, dürfte genau kaum festzustellen sein. Wahrscheinlich kommt die folgende — etwas doppeldeutige — Beurteilung der Verschärfung der US-amerikanischen Intervention in Vietnam der Wahrheit ziemlich nahe: „die Entscheidung der Eskalation hatte nichts zu tun mit dem Stand der Wirtschaft . . . (aber) war hierauf hervorragend abgestimmt.“²⁰⁶)

4.3 Funktion von Modellfällen sozioökonomischer Emanzipation in der „Dritten Welt“

Sollten sich die Pläne der US-Regierung verwirklichen, so wird der Vietnamkrieg das amerikanische Volk bis Mitte 1967 mehr als 30 Mrd. Dollar gekostet haben.²⁰⁷) Mit großer Wahr-

²⁰⁵) Vilmar, a. a. O.

²⁰⁶) New York Times v. 24. 9. 1965; zit. n.: Monthly Review, Vol. 17, 1965, No. 6, S. 47. (Übers. d. Verf.)

²⁰⁷) Lt. Die Zeit Nr. 14 v. 1. 4. 1966 beliefen sich die Kosten bis Ende März 1966 auf rund 19 Mrd. Dollar. Bei Addition von 25% der Mehrbelastungen des Haushalts 1965/66 und der gesamten Mehrbelastungen des Haushalts 1966/67 ergibt sich eine Summe von über 30 Mrd. Dollar. Mit welchem Genauigkeitsgrad hiermit die tatsächlichen Kosten des Vietnamkrieges (d. h. die Summe der direkten und indirekten Militärausgaben der USA, die nicht entstanden wären, gäbe es den 2. Indochinakrieg nicht) quantifiziert sind, ist allerdings ungewiß.

scheinlichkeit wird dieser Krieg nicht im Auftrag der US-Rüstungsmonopole geführt und mit Sicherheit rechtfertigen auch weder die strategische noch die ökonomische Bedeutung Südvietnams derartige Kosten. Akzeptiert man ferner nicht die Kategorien liberaler bürgerlicher Politologie und unterstellt man der spätkapitalistischen Gesellschaft soviel systemimmanente Rationalität, die Eskalation nicht auf die Dummheit bzw. Uninformiertheit der US-Regierung oder auf die Besonderheiten der US-Ideologie zu reduzieren, so scheint die Intervention in Vietnam trotz ihrer konjunktur-stabilisierenden Wirkung unerklärlich. Um sie verstehen zu können, muß man den 2. Indochinakrieg innerhalb eines größeren Zusammenhangs analysieren.

Die USA haben die Aufhebung der direkten politischen Herrschaft Frankreichs und Großbritanniens in deren Kolonien stets nach Kräften unterstützt: eine politische Dekolonisierung beseitigte ja zunächst nur die rechtlichen Schranken, die dort noch dem US-Kapital und dem Einfluß der US-Regierung gesetzt waren.²⁰⁸) Zugleich aber ist die US-amerikanische Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg immer davon ausgegangen, daß jedes Land, das seine kolonialkapitalistische oder kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine sozialistische transformiert oder auch nur durch strukturelle Reformen sich politisch und ökonomisch emanzipiert, hierdurch eine Verkleinerung des kapitalistischen Weltmarktes und eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Staatengruppen der beiden konkurrierenden Sozialsysteme bewirkt.

In der Regel ist aber die Bedeutung eines derartigen Frontwechsels größer als das Gewicht des sozioökonomischen Potentials und als der besondere strategische Wert des betreffenden Territoriums. Es besteht immer die Möglichkeit, daß eine erfolgreiche soziale Revolution in einem an sich

²⁰⁸) Diese Konzeption der „open door policy“ wurde von den USA schon in der Zwischenkriegsperiode verfochten — die große regionale Ausnahme ist Lateinamerika, wo eine offene Tür nur die Funktion hätte, anderen kapitalistischen Ländern gleiche Möglichkeiten einzuräumen. (Vgl. hierzu z. B.: Braundt, a. a. O., S. 58 f.) Mit welchen Methoden die USA vorgehen, wenn es gilt, an exklusiven ökonomischen Privilegien anderer kapitalistischer Staaten zu partizipieren, zeigen die von Eden berichteten britisch-amerikanischen Verhandlungen anläßlich der Nationalisierung des iranischen Erdöls. Die US-Regierung erklärte sich erst nach der britischen Zusage einer Abgabe von Aktien der Anglo-Iranian Oil dazu bereit, auf die Bildung einer „vernünftigeren(n) Regierung“ in Teheran mit hinzuarbeiten. Eden: „Ich packte dann meinen Vorschlag einer amerikanischen Beteiligung aus. Eigentlich widerstrebte es den Amerikanern, den Anschein zu erwecken, als wollten sie für sich selbst kommerzielle Interessen sichern. Aber Harriman meinte, wäre dieser Vorschlag schon im vergangenen Sommer gemacht worden, so hätte er die Gedankengänge der Iraner beeinflussen und eine befriedigendere Situation herbeiführen können. Ich dachte das gleiche, sagte es aber nicht.“ (Eden, a. a. O., S. 235 f.) Mit den vereinten Kräften der Geheimdienste beider Länder wurde Mossadeq bald darauf gestürzt.

nicht sonderlich bedeutenden Gebiet einen ganzen Kontinent in Bewegung setzen kann, indem sie demonstriert, daß Hunger, Analphabetismus und Elend nicht naturgegebenes Schicksal, sondern gesellschaftlich bedingt und somit durch menschliche Praxis veränderbar sind und daß zudem strukturelle Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft gegen den Widerstand unbesiegbar scheinender in- und ausländischer Unterdrückungsapparate von der Bevölkerung allein durchgesetzt werden können. Da die Emanzipation eines Landes so die Emanzipation ganzer Kontinente gleichsam am verkleinerten Modell vorwegnimmt, gibt es in dieser Hinsicht kaum unbedeutende Gebiete. Indem der Verlust der politischen und ökonomischen Privilegien der kapitalistischen Staaten in einem Land den gleichen Verlust in allen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas antizipiert, ist jede einzelne koloniale Konterrevolution zugleich prophylaktisch Konterrevolution für die gesamte „Dritte Welt“. Hierin liegt die Erklärung für die Rückkehr zu den Methoden der alten „big stick policy“.

Anders wäre die Politik der USA gegenüber Kuba oder der Dominikanischen Republik nicht erklärbar. Kuba ist für Lateinamerika der Ausdruck dessen, „was sein kann und vielleicht sein sollte“, und die USA haben weder Mühen noch Kosten gescheut, ihren anfänglichen Fehler, dies nicht erkannt zu haben, rückgängig zu machen. Die Landung in der Schweinebucht war als krasser Völkerrechtsbruch dem Ansehen der Führungsmacht der sog. freien Welt kaum besonders förderlich. Die beträchtlichen Summen, die das Castro-Regime als Entschädigung für Enteignungen anbot, wurden abgelehnt.²⁰⁹) Stattdessen wurden ein totaler Boykott und ein totales Embargo über die Insel verhängt. Dieses Verhalten brachte den USA eine Reihe erheblicher ökonomischer und politisch-psychologischer Nachteile. Sie wurden in Kauf genommen, nur um einen sozialistischen Transformationsprozeß — der für Lateinamerika ein Exempel sein mußte — in einem ökonomischen Fiasko enden zu lassen. Später war die Furcht der US-Regierung vor einer sozialrevolutionären Entwicklung in der Dominikanischen Republik um einiges stärker als die Furcht, den bisher als Propaganda denunzierten Vorwurf des Imperialismus vor aller Welt zu verifizieren.

Auch der Bürgerkrieg in Vietnam ist ein Modellfall gewaltsamer Emanzipation der Völker der „Dritten Welt“. Diese An-

²⁰⁹) „Wir schlugen vor, (die konfiszierten Ländereien) . . . innerhalb von 20 Jahren zu bezahlen . . . mit Schuldscheinen . . . mit einem Zins von 4,5% und jährlicher Tilgung.“ (Fidel Castro, Rede vor den Vereinten Nationen, 26. September 1960, in: Kursbuch 2, August 1965, S. 72—82, hier: S. 77.)

sicht wird gleichermaßen von führenden kapitalistischen und sozialistischen Politikern geteilt. Nach Ansicht des nordvietnamesischen Verteidigungsministers Giap ist „Südvietnam . . . die kämpfende Vorhut der nationalen Befreiungsbewegung des gegenwärtigen Zeitalters . . . Die große Bedeutung des Befreiungskrieges unserer südlichen Landsleute ist die: der revolutionäre Volkskrieg kann über die Spezialkriegführung der US-Imperialisten triumphieren. Und das Versagen des Spezialkrieges . . . in Südvietnam würde bedeuten, daß diese Art der Kriegführung überall in der Welt überwunden werden kann.“²¹⁰⁾ Der US-Verteidigungsminister Robert McNamara ist gleichfalls der Auffassung, daß es „in Vietnam um mehr als um die Frage (geht), ob ein kleines Land dem Kommunismus anheimfällt . . . In diesem Falle (d. h. eines Sieges der Befreiungsfront) müßten wir uns darauf gefaßt machen, es mit der gleichen Form der Aggression auch in anderen Teilen der Welt aufzunehmen, und zwar überall dort, wo eine Regierung schwach und das Sozialgefüge nicht gefestigt ist.“²¹¹⁾

Dieser Text bedarf erst der Entschlüsselung. Für Robert McNamara ist: erstens ein Sozialgefüge dann nicht gefestigt, wenn sich ein Volk nicht in alle Ewigkeit damit abzufinden vermag, daß z. B. Kindersterblichkeit und Analphabetenraten hoch sind, der Zuwachs des Sozialprodukts aber vom Zuwachs der Bevölkerung kompensiert wird; zweitens eine Regierung dann schwach, wenn hinter ihr nur eine schmale und parasitäre Oberschicht steht, die wegen ihrer Schwäche mit ausländischen Machtgruppen kollaboriert; drittens der Tatbestand der Aggression dann gegeben, wenn die Bevölkerung mit Gewalt gegen diese unerträglichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse vorgeht. Aber ob man gesellschaftliche Verhältnisse, in denen winzige Minderheiten auf Kosten riesiger — sich am Rande des Existenzminimums reproduzierender — Mehrheiten leben, als „nicht gefestigte Sozialgefüge“ bezeichnet oder ob man weniger verschleiernde Begriffe vorzieht, ist von durchaus sekundärer Bedeutung. Wichtiger ist, daß der hier umschriebene Tatbestand wesentliches Strukturmerkmal der „Dritten Welt“ und zugleich wichtigste Ursache ihres geringen Entwicklungsstandes ist. Und deshalb ist auch die Furcht McNamara's vor der weiteren Entfaltung sozialrevolutionärer Bewegungen von der Art der Südvietnamesischen Befreiungsfront durchaus realistisch.

²¹⁰⁾ Vo Nguyen Giap, *Liberation War*, S. 68 f. (Übers. d. Verf.)

²¹¹⁾ Rede v. 4. 8. 1965, abgedr. in: *Warum Vietnam*, a. a. O., S. 37—46, hier: S. 39.

Mag Südvietnam selbst auch ökonomisch und militärisch noch so unwichtig sein — die Machteliten des US-amerikanischen Spätkapitalismus haben den exemplarischen Charakter dieser Auseinandersetzung genau erkannt. Sehr klar kommt dies in der Stellungnahme eines hohen amerikanischen Diplomaten zum Ausdruck: „Vietnam interessiert uns nicht als strategisches Ziel, und nicht einmal als politischer Stützpunkt; es interessiert uns als Probe aufs Exempel . . . Dieser Konflikt ist typisch. . . . Hier und jetzt müssen wir Methoden erlernen, mit denen wir dasselbe Problem in beliebigen Teilen Asiens, Afrikas und vor allem Lateinamerikas lösen können, wenn es eines Tages wirklich um Tod und Leben geht.“²¹²⁾ Der 2. Indochinakrieg dient also der Entwicklung einer allgemein anwendbaren Methodik kolonialer Konterrevolution. Die völlige politische und ökonomische Emanzipation der „Dritten Welt“ ist gleichzusetzen mit einem Verlust der dort seit einem Jahrhundert akkumulierten Vorrechte und Anlagen, würde mithin eine beträchtliche Verkleinerung des kapitalistischen Weltmarktes und ebenso eine erhebliche Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse bedeuten. Offensichtlich wird dies von den Führungsschichten des größten kapitalistischen Landes als eine ernste Systemgefährdung angesehen, gegen die Abwehrmittel gefunden werden müssen. Hierfür ist Vietnam das Prüffeld geworden, wobei neben den zu verhindernden Demonstrationseffekten siegreicher Partisanenkriege und erfolgreicher Strukturreformen vor allem die Erprobung von Waffensystemen, Kampfaktiken und Sozialtechniken der Antiguerrillakriegführung sowie das entsprechende Training von Militärpersonal im Vordergrund stehen. Hier wird das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung von Guerillas nicht nur „hier und jetzt“, sondern „immer und überall“ ermöglichen soll.

4.4 Westeuropas Rolle in der kolonialen Konterrevolution

Die ökonomischen Kapazitäten der kapitalistischen Industrieländer Westeuropas sind zu gering, um den Unterhalt von Streitkräften zu erlauben, die der US-Militärmacht entsprechen würden. Da die wichtigsten Waffensysteme nur in Groß-

²¹²⁾ Zit. n. Hans Magnus Enzensberger, Europäische Peripherie, in: Kursbuch 2, August 1965, S. 154—173, hier: S. 158.

serien zu diskutablen Preisen herzustellen sind²¹³⁾, ist es in Europa auch nicht zur Entstehung einer Rüstungswirtschaft gekommen, die nach ihrer Größenordnung, sowie nach dem Grad ihrer Inflexibilität bzw. Konzentration der der USA vergleichbar wäre. Die kleineren kapitalistischen Länder sind folglich einerseits zu autonomer militärischer Gewaltanwendung großen Stils außerstande und andererseits noch weitgehend in der Lage, gegen Rezessionen mit den Mitteln klassischer Konjunkturpolitik vorzugehen.

Demgegenüber besteht aber — was die Aufrechterhaltung des politischen status quo in Übersee und des ökonomischen Vorsprungs gegenüber dem sozialistischen Lager angeht — eine Interessenidentität der USA und Westeuropas, denn das Scheitern des internationalen „containment“ würde die kapitalistische Gesellschaftsordnung überall in Frage stellen. Und so trägt auch die zweite Garnitur der kapitalistischen Länder — ungeachtet aller Differenzen untereinander und zu ihrer Führungs- und Schutzmacht — das ihre zu diesem gemeinsamen Ziel bei. Die Emanzipation der „Dritten Welt“ wird nicht nur in den USA als Systemgefährdung eingeschätzt. Die Behauptung: wenn sich Amerika in Vietnam „in einem scheußlichen Krieg die Hände schmutzig macht, tut es das stellvertretend für die Völker des westlichen Lagers“²¹⁴⁾ könnte durchaus eine zutreffende Kennzeichnung der Lage sein, wenn man ehrlich genug wäre, den Begriff „Volk“ durch den Begriff „kapitalistische Gesellschaftsordnung“ zu ersetzen. Sinngemäß die gleiche Korrektur wäre auch bei folgender Bemerkung anzubringen: die USA verteidigen ... (in Südvietnam) nicht allein ihre nationalen Interessen. Sie treten ... für die Idee einer freiheitlichen Ordnung ein, die in so hohem Maße auch unsere Sache ist.“²¹⁵⁾

Die ökonomischen und politischen Beziehungen zur „Dritten Welt“ werden von sämtlichen kapitalistischen Ländern als Instrument der Perpetuierung alter Abhängigkeiten und damit zugleich der Unterstützung von Kompradorenregimen begriffen und benutzt. Allerdings sind nur mehr zwei kleinere kapitalistische Länder in nennenswertem Maße außerhalb Europas militärisch präsent. Besonders interessant ist hier das Beispiel Frankreichs, das es in überaus geschickter Weise verstanden hat, auch nach der Aufgabe der di-

²¹³⁾ Dies ist begründet durch den hohen — und laufend steigenden — Anteil der Forschungs- und Entwicklungskosten an den Gesamtkosten. Während z. B. in der chemischen Industrie 35% der Wissenschaftler und Ingenieure mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben befaßt sind, beträgt der gleiche Anteil in der „aerospace“-Industrie 67%. 1963 entstanden 50% der Kosten dieser Industrie durch Forschung und Entwicklung, 1969 werden es bereits 60% sein. (Vgl. Atomzeitalter 1965, H. 3, S. 96.)

²¹⁴⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. 11. 1965.

²¹⁵⁾ Neue Zürcher Zeitung v. 25. 3. 1966.

rekten politischen Herrschaft seine alten Privilegien im kunstvoll balkanisierten Zentral- und Westafrika aufrechtzuerhalten. Frankreich hat Militärverträge mit insgesamt 12 afrikanischen Staaten abgeschlossen²¹⁶⁾ und im Rahmen dieser Verträge allein seit Anfang 1965 für über 2 Mrd. Francs kostenlos überschüssiges Kriegsmaterial geliefert.²¹⁷⁾ Da sämtliche Offiziere dieser afrikanischen Armeen an französischen Militärschulen ausgebildet wurden, ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß sozialrevolutionäre Bewegungen hier Unterstützung finden werden.²¹⁸⁾ Zusätzlich besteht die Möglichkeit direkter französischer Intervention. Zum einen existieren neben kleineren Einrichtungen drei strategisch gut verteilte Stützpunkte in Tschad, Niger und auf Madagaskar, auf denen Luft- und Landstreitkräfte stationiert sind.²¹⁹⁾ Zum zweiten liegt in Südwestfrankreich eine extra für Luftlande- bzw. amphibische Operationen in Afrika vorgesehene Division.²²⁰⁾ Zusammen mit einem amphibischen Sonderverband der Flotte²²¹⁾ und den Transportgeschwadern der Luftwaffe können diese Eliteeinheiten sehr schnell an jedem beliebigen Punkt Afrikas eingesetzt werden. Derartige Einsätze wurden in gemeinsamen Manövern mit den Armeen der assoziierten afrikanischen Staaten bereits geprobt.²²²⁾ Wie z. B. die Niederschlagung einer Revolte in Gabun bewies, dürfte oft schon das Eingreifen der direkt in Afrika stationierten französischen Truppen²²³⁾ zur Aufrechterhaltung der bestehenden — für die französische und afrikanische Großbourgeoisie gleichermaßen vorteilhaften — Herrschaftsverhältnisse ausreichen.

Das militärische Engagement Großbritanniens außerhalb Europas ist nicht so unauffällig wie das französische und wesentlich kostspieliger. Offensichtlich übersteigen die Kosten der Aufrechterhaltung des bisherigen Stützpunktsystems „östlich von Suez“ und der gleichzeitigen Operationen in Südarabien und Nordborneo die britische Leistungsfähigkeit. Allerdings übt die US-Regierung beträchtlichen Druck gegen die geplante Reduzierung der militärischen Präsenz Großbritanniens in der „Dritten Welt“ aus.²²⁴⁾

²¹⁶⁾ Vgl. Wehrkunde, 15. Jgg., 1966, H. 2, S. 107.

²¹⁷⁾ Vgl. Wehrkunde, 14. Jgg., 1965, H. 10, S. 548.

²¹⁸⁾ Vgl. ebd.; in welche Richtung politische Aktionen ehemaliger Kolonialoffiziere meist gehen, zeigt der Sturz Nkrumah's in Ghana.

²¹⁹⁾ Vgl. Wehrkunde, 15. Jgg., 1966, H. 2, S. 107.

²²⁰⁾ Vgl. ebd.

²²¹⁾ Vgl. Wehrkunde, 14. Jgg., 1965, H. 5, S. 269.

²²²⁾ Vgl. Wehrkunde, 14. Jgg., 1965, H. 10, S. 548.

²²³⁾ Die in Gabun eingesetzten Einheiten bestanden geschickterweise aus Afrikanern; ebenfalls in Afrika bzw. Madagaskar stationiert sind Einheiten der Fremdenlegion, die jetzt auf Guerillakampf und Landungsoperationen spezialisiert wird. (Vgl. Wehrkunde, 14. Jgg., 1965, H. 9, S. 491 f.)

²²⁴⁾ Vgl. Wehrkunde, 14. Jgg., 1965, H. 10, S. 549.

Aus verschiedenen Gründen sind die USA an einer möglichst weitgehenden Unterstützung ihrer Interventionen in Übersee durch andere kapitalistische Länder interessiert: aus militärischen Gründen, weil — wie der Krieg in Vietnam zeigt — auch ihre strategischen Reserven begrenzt sind; aus wirtschaftlichen Gründen, weil die weitere Steigerung militärischen Engagements erhebliche Abstriche an Sozial-, Infrastruktur- und Raumfahrtprogrammen in den USA selbst zur Folge hat; aus politisch-psychologischen Gründen, weil sowohl im eigenen Lande als auch in der Weltöffentlichkeit die USA zunehmend ein imperialistisches Image erhalten. Von einer Internationalisierung der bisherigen und zukünftigen Interventionen wäre also eine beträchtliche militärische, ökonomische und politisch-psychologische Entlastung zu erwarten. Allerdings sind die Aussichten hierfür kaum besonders groß: Die militärischen Betätigungen Großbritanniens und Frankreichs in der „Dritten Welt“ sind zwar objektiv integriert in ein arbeitsteiliges System internationaler Konterrevolution, dienen ansonsten aber vor allem der Verteidigung von Sonderprivilegien in ehemaligen Kolonialgebieten. Nutznießer der Herrschaftsverhältnisse in der „Dritten Welt“, die von den USA — mehr oder minder offen — mit Gewalt aufrechterhalten werden, sind zwar alle kapitalistischen Staaten, aber diese sind zweifellos gern bereit, die Verteidigung der internationalen gesamt kapitalistischen Interessen den USA zu überlassen. Denn das kostspielige Amt des imperialistischen Weltgendarmen ist nicht nur bei den USA in guten Händen, sondern mit zunehmender Rüstung und Rüstungsverwertung in diesem Land wird auch die Konkurrenz der US-amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt weniger drückend.²²⁵⁾

Die Hauptlast der Kosten für die gewaltsame Erhaltung des internationalen gesellschaftlichen status quo liegt also bei den USA. Einige Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen lassen es allerdings als möglich erscheinen, daß hier die BRD eine Sonderstellung einnehmen könnte. Sicherlich würde sich auch die Bundesregierung gerne den erheblichen ökonomischen und politisch-psychologischen Kosten der kolonialen Konterrevolution entziehen. Stellungnahmen, die einen neuen Isolationismus der USA voraussagen, falls die BRD diesbezüglich keine Solidarität praktiziert, sind kaum wörtlich zu nehmen. Die USA werden es nie zulassen, daß Westberlin oder die Bundes-

²²⁵⁾ Erhöhte Lieferfristen und Preise im Inland begünstigen ausländische Importe und vermindern gleichzeitig die Exportmöglichkeiten und -anreize. „Eine ganze Anzahl von Industrieunternehmen scheint neuerdings die Ausführung von Exportaufträgen zugunsten der Inlandaufträge einzuschränken.“ (Neue Zürcher Zeitung v. 4. 3. 1966.)

republik in den Machtbereich der UdSSR gerät — dazu ist die Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der drittstärksten Industriemacht der Welt für das kapitalistische Lager viel zu wichtig. Dieses Interesse der USA an der Beibehaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD existiert unabhängig davon, ob die Bundesregierung die US-amerikanische Vietnampolitik bzw. ähnliche Aktionen aktiv unterstützt oder nicht. Dagegen vertritt die Bundesregierung eine Reihe von Interessen, die nicht oder nur z. T. mit denen der USA, Großbritanniens und Frankreichs identisch sind. Dies betrifft vor allem die politischen Vorstellungen über Mittel- und Osteuropa. Seit dem Offenbarwerden von gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen der UdSSR und den USA ist die BRD zunehmend in eine militär- und außenpolitische Isolierung geraten. Die Verhinderung einer allgemeinen Anerkennung des territorialen status quo in Europa erscheint ebenso aussichtslos wie die Erlangung einer de facto - Verfügungsgewalt über Kernwaffen. Offensichtlich sind die anderen kapitalistischen Staaten nicht gewillt, der BRD einen Status der vollen politischen und militärischen Autonomie zu gewähren.

Die aktive Unterstützung US-amerikanischer Positionen in der „Dritten Welt“ könnte diesen Trends entgegenwirken. Die hochindustrialisierte BRD wäre imstande, hier beträchtliche Mittel freizusetzen. Falls sich die bereits heute erhebliche Anspannung der USA (Rüstung, Raumfahrt, innergesellschaftliche Strukturreformen, Auslandshilfe etc.) durch den Druck der Kolonialrevolution und der Systemkonkurrenz weiter verschärft, kann auch mit verstärkten Forderungen nach einem effektiven westdeutschen Engagement in Übersee gerechnet werden. Die neuesten entsprechenden Stellungnahmen des US-amerikanischen Verteidigungsministers geben einen guten Einblick in die Absichten der USA. McNamara sagte Ende Januar 1966 im Senat: „Wir können nach einer angemessenen Frist erwarten, daß . . . besonders Deutschland außerhalb Westeuropas eine viel größere Rolle als bisher spielen . . . (und) eine wichtigere militärische Rolle als bisher bei der Verteidigung der freien Welt übernehmen wird.“ Und auf die Frage des Senators Thurmond „Ich nehme doch an, daß Sie Ihre Bemühungen fortsetzen werden, die Deutschen dazu zu bewegen, sich in genügender Stärke zu beteiligen und in Vietnam wirklich zu helfen?“ antwortete er sehr präzise: „Das wird in der Tat geschehen.“²²⁶⁾

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die zu erwartenden Strukturveränderungen der westlichen Paktsysteme den

²²⁶⁾ Protokollauszüge, zit. n.: Der Spiegel Nr. 9 v. 21. 2. 1966.

Wert des Bündnispartners Westdeutschland erhöhen und die erstrebte Angleichung des politisch-militärischen Einflusses an die ökonomischen Kapazitäten erleichtern. Die hierauf gerichteten Erwartungen der Machteliten der BRD können über den Umweg einer mehr als verbalen und ökonomischen Unterstützung der USA in Übersee leicht neuen Auftrieb erhalten. Es sollte der US-Regierung allerdings klar sein, daß ein derartiges westdeutsches Engagement nicht zu erreichen sein dürfte, ohne daß die USA erstens auf die Anerkennung des europäischen status quo verzichten, zweitens evtl. Pläne eines militärischen Disengagement in Europa aufgeben und drittens, daß sie einer verstärkten nuklearen Bewaffnung bzw. einem verstärkten nuklearen Mitspracherecht der Bundeswehr zustimmen.

Gerade auf dem Hintergrund der in letzter Zeit immer offener propagierten Entdemokratisierungstendenzen in der BRD gewinnen diese Perspektiven erhöhte Bedeutung.²²⁷⁾ Eine permanent durch Notstandsgesetze reglementierte „Formierte Gesellschaft“ würde zwar eine „neue innenpolitische Qualität“²²⁸⁾ darstellen, könnte aber dennoch allein mit ihren inneren sozioökonomischen Energien keine derartige Macht konstituieren, wie sie zur Beibehaltung der alten Ziele westdeutscher Europapolitik notwendig wäre. Diejenigen politischen und militärischen Konzessionen, die die BRD hierzu benötigt, sind nur zu erreichen, wenn die bisher weitgehend geübte weltpolitische und -militärische Enthaltensamkeit aufgegeben und damit der Nachweis der Unentbehrlichkeit als internationaler Nothelfer der USA erbracht wird. Die Gefahr, daß diese Einsicht dazu führen könnte, durch eine aktive Beteiligung an Kriegen à la Vietnam wiederum die Schaffung machtpolitischer „Voraussetzungen für eine Veränderung des mitteleuropäischen status quo“²²⁹⁾ zu versuchen, ist nicht gering. Und die US-Regierung könnte bei einer weiteren Entfaltung der revolutionären Bewegung in der „Dritten Welt“ in die Versuchung geraten, die Herausbildung auch einer „neuen außenpolitischen Qualität“ der BRD zuzulassen. Sollte die internationale Entwicklung dem entgegenkommen, könnte die BRD in absehbarer Zeit eine bedeutende Rolle in der kolonialen Konterrevolution einnehmen.

²²⁷⁾ Z. folg. vgl. Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10. Jgg., 1965, Nr. 9, S. 750—777 u. drs., Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11. Jgg., 1966, Nr. 3, S. 190—197.

²²⁸⁾ Drs., Plan, S. 772.

²²⁹⁾ A. a. O., S. 750.

5 Exkurs: Zur Theorie der „Dörfer“ und der „Städte“

Während anscheinend die Regierungen der kapitalistischen Staaten der Meinung sind, daß der revolutionäre Prozeß in der „Dritten Welt“ aufzuhalten ist, vertreten die Führer der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) die entgegengesetzte Ansicht. Sie konzedieren die Möglichkeit schwerer Rückschläge. „Rückschläge . . . sind . . . nur zeitweilige Erscheinungen. Niemals verläuft ein revolutionärer Kampf verschiedener Völker geradlinig . . . (Aber) keine reaktionäre Tendenz kann den siegreichen Fortschritt der revolutionären Völker der Welt aufhalten . . . Welle auf Welle setzen sie ihren Vormarsch . . . fort. Das ist die Haupttendenz unserer Epoche, der keine Gewalt der Welt Einhalt zu gebieten vermag.“²³⁰⁾

Diese Prognose beruht nicht etwa auf einer Geringschätzung der ungeheuren ökonomischen und militärischen Kapazitäten der USA. Sehr entschieden wird postuliert, daß der Imperialismus taktisch sehr ernst zu nehmen ist, dennoch aber strategisch verachtet werden kann und muß. Dieser Gedanke ist der Kern der — meist unzutreffend popularisierten — Konzeption des „Papiertigers“²³¹⁾: „Der USA-Imperialismus ist stärker, aber auch verwundbarer als irgendein Imperialismus in der Vergangenheit . . . Seine Reserven an Menschen, Militär, Material und Geld sind weit davon entfernt, zur Verwirklichung seiner Ambitionen auf die Welt-hegemonie zu genügen. Der USA-Imperialismus hat sich dadurch, daß er so viele Stellen auf der Erde besetzt, sich zuviel zumutet, nach allem seine Finger ausstreckt und seine Kräfte verstreut, . . . noch weiter geschwächt . . . Je erfolgreicher der Volkskrieg in einem bestimmten Gebiet entfaltet wird, um so größer ist die Menge der Streitkräfte der USA-Imperialisten, die dort gebunden und abgenutzt werden. Wenn die Aggressoren der USA an einer Stelle hart bedrängt werden, müssen diese die Kontrolle über andere Stel-

²³⁰⁾ Tschen Yi, Ein neuer, grosser revolutionärer Sturm gegen die USA naht heran, in: Peking Rundschau, 3. Jgg., 1966, Nr. 2, S. 6—10, hier: S. 7 f.

²³¹⁾ Vgl. hierzu zusammenfassend: Redaktion der Renmin Ribao, Genosse Mao Tse-tung über „Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger“, Peking: 1958.

le(n) lockern. Dadurch werden die Voraussetzungen, daß das Volk den Kampf gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien anderswo entfaltet, noch günstiger. Alles ist teilbar. So auch der Koloß USA-Imperialismus. Er kann gespalten und dann besiegt werden.“²²⁷⁾

Und in der Tat wird die gewaltsame Unterdrückung sozialer Revolutionen in weltweitem Maßstab durch ihre Kosten ad absurdum geführt. Wenn die Niederhaltung von 15 Mio. Vietnamesen die USA z. B. im Haushaltsjahr 1966/67 über 41 Mrd. DM Kosten verursachen wird, wenn zur Erringung des vollständigen militärischen Sieges allein in diesem kleinen Land über eine halbe Million ausländischer Soldaten notwendig sind, so dürfte die gleichzeitige Führung mehrerer Antiguerrillakriege dieser Art eine Anstrengung sein, die auch die Kräfte der USA übersteigt.

Es scheint also nur die Möglichkeit zu bleiben, die Revolution durch Reformen überflüssig zu machen, d. h. ihr die Basis zu nehmen. Die Praktizierung gewisser innergesellschaftlicher Strukturreformen wird von der US-Regierung begünstigt. Zweifellos würde man es gerne sehen, wenn allgemein in der „Dritten Welt“ effektive Landreformen durchgeführt, wenn Korruption durch Unbestechlichkeit, Terror durch Rechtsstaatlichkeit, Militärdiktatur durch parlamentarische Demokratie ersetzt würden. Aber jene Gruppen und Schichten von Großgrundbesitzern, Offizieren, Beamten, Politikern, Großkaufleuten etc., deren Lebensgrundlage derart korrupte und terroristische Semifeudalregime sind, und die ja gerade mit den USA zusammenarbeiten, um diese gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhalten, dürften kaum ein Interesse haben, eben diese Verhältnisse aufzuheben. Und da es in der gesamten „Dritten Welt“ kaum gesellschaftliche Kräfte gibt, auf die sich US-amerikanische Politik mit ihren speziellen Interessen sonst stützen könnte, sind die von den USA gewünschten Teilreformen auch kaum zu erzwingen. Möglicherweise wären sie durchführbar, wenn es gelänge, jene parasitären Oberschichten „auszukaufen“ und durch eine gezielte Außenwirtschaftspolitik eine zur Ausübung der politischen Herrschaft genügend starke privat- bzw. staatskapitalistische Bourgeoisie zu schaffen.

Aber diese sehr weitgehende ökonomische Hilfe müßte ohnehin stattfinden, wenn verhindert werden soll, daß das Ausbleiben eines sich selbst tragenden wirtschaftlichen Wachstums — das ja die Folge der in- und ausländischen Doppelherrschaft ist — soziale Revolutionen unumgänglich macht. Eine entsprechende kapitalistische Entwicklungshilfe hätte

²²⁷⁾ Lin Biao, a. a. O., S. 28.

als Minimum völligen Verzicht auf den Transfer kolonialer Extraprofite sowie Unterstützung einer effektiven Industrialisierung, einschließlich des Aufbaus einer großen, differenzierten und modernen Grund- und Schwerindustrie zu beinhalten. Derartiges ist bisher auch nur ansatzweise nirgendwo geschehen. Und der Fehlschlag der mit so großem Pathos gestarteten „Allianz für den Fortschritt“ zeigt auch, daß und warum eine Koalition ausländischer Industriekapitalisten und einheimischer Kompradoren aus strukturellen Gründen außerstande ist, in einer ökonomisch schwach entwickelten Region gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die den Unterschichten ein Minimum an materieller Bedürfnisbefriedigung und Freiheit gewähren.

Effektive innergesellschaftliche Reformen werden von den einheimischen herrschenden Klassen blockiert und die mit Schwerpunkt in Lateinamerika tätigen amerikanischen Konzerne setzen ihre ganze Macht ein, um einen Fall ihrer Profitrate zu verhindern.²³³⁾

Da die Erzielung von Extraprofiten wesentliches Motiv für die Praktizierung konterrevolutionärer Politik darstellt, ist auch die Erwartung, daß hierauf verzichtet werden könne, nicht sehr realistisch. Der Aufbau einer Stahl-, Maschinen-, Elektro- und chemischen Industrie in Lateinamerika, Afrika und Asien würde bedeuten, daß diese Länder ihre Rohstoffe selbst verarbeiten können, damit aber als Absatzmärkte für eine Reihe von Waren ausfallen und eine ähnliche Angebotsstruktur aufweisen werden wie die kapitalistischen Länder. Deshalb ist Entwicklungshilfe dieser Art in der notwendigen Größenordnung kaum zu erwarten.

In einem relativ kleinen Gebiet könnte eine derartige Konzeption der Reformen möglicherweise ebenso verwirklicht werden, wie unter günstigen Bedingungen im Einzelfall geschickt praktizierte Spezialkriegführung eine revolutionäre Bewegung niederhalten kann. Aber die Führung von Anti-guerillakriegen und die gleichzeitige Gewährung kostenloser struktureller Entwicklungshilfe sind aus wirtschaftlichen Gründen in weltweitem Maßstab nicht praktikabel.²³⁴⁾ Der globale Verzicht auf neokoloniale Profite, auf diskriminie-

²³³⁾ Hierzu vgl. z. B. Sergio de Santis, No. "Progress" for Latin America, in: International Socialist Journal, Year 1, 1964, No. 3, S. 293–318.

²³⁴⁾ Schon in Vietnam zeigt sich, daß eine Konzeption, die vorsieht, „die Lebensmittelerzeugung zu steigern“, „das Erziehungswesen zu fördern“, und „Krankheiten auszurotten“ (Deklaration, S. 39 f.), gleichzeitig aber die Verseuchung von Reisfeldern sowie die Dezimierung und Terrorisierung der Bevölkerung durchführt, kaum praktikabel ist. Diese Irrationalität reproduziert sich auf internationaler Ebene: die 19 Mrd. Dollar, die der Vietnamkrieg bisher gekostet hat, erhalten erst dadurch ihren wirklichen Stellenwert, wenn man fragt, was mit dieser Summe z. B. in Indien für die Etablierung einer funktionsfähigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung hätte getan werden können.

rende Zollbestimmungen bei gleichzeitigem kostenlosen Überlassen von Produktionsmitteln im Werte von Milliarden Dollars käme zudem im Hinblick auf die sozioökonomischen Mechanismen kapitalistischer Gesellschaften der Quadratur des Zirkels gleich.

Den Vorstellungen der Führer der KPCh liegt offensichtlich eine realistische Einschätzung der Situation zugrunde: „Nehmen wir die ganze Welt. Wenn Nordamerika und Westeuropa als ‚Städte der Welt‘ bezeichnet werden können, kann man Asien, Afrika und Lateinamerika die ‚ländlichen Gebiete der Welt‘ nennen . . . In einem gewissen Sinn bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete.“²³⁵⁾

Aber die Analogie aus den Erfahrungen des Partisanenkrieges geht noch weiter. Durch den Sieg der kolonialen Revolution soll der Imperialismus nicht nur Teilniederlagen erleiden, sondern als System in Frage gestellt werden: „seit Ende des zweiten Weltkrieges ist die proletarische revolutionäre Bewegung in den nordamerikanischen und europäischen kapitalistischen Ländern aus verschiedenen Gründen vorübergehend abgebrems worden, während die revolutionäre Bewegung der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika sich kraftvoll entwickelt hat.“²³⁶⁾ So hängt letzten Endes „die ganze Sache der Weltrevolution . . . von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab.“²³⁷⁾ „Darum (sieht) . . . der USA-Imperialismus . . . den Volkskrieg als eine tödliche Gefahr an.“²³⁸⁾ Und in der Tat wird in den politischen Analysen amerikanischer Regierungsmitglieder die Beibehaltung des status quo in der „Dritten Welt“ als „lebenswichtig“ für die Interessen der sog. freien Welt fest behauptet.²³⁹⁾

Die Vorstellung einer militärischen Bedrohung ist offensichtlich eine Fiktion. Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß unter den Bedingungen der nuklearen Kriegsführung ein neuer — diesmal proletarischer — „Mongolensturm“ im Reich der Phantasie angesiedelt werden kann. Es kann also nur gemeint sein, daß die „Städte“ ohne die Herrschaft über die „Dörfer“ nicht mehr in ihrer augenblicklichen Form funktionsfähig sind — also mit einem gewissen Automatismus notwendig fallen müssen.²⁴⁰⁾

²³⁵⁾ Lin Biao, a. a. O., S. 26.

²³⁶⁾ Ebd.

²³⁷⁾ Ebd.

²³⁸⁾ A. a. O., S. 29.

²³⁹⁾ Vgl. hierzu insgesamt die Briefe und Reden von Eisenhower, Johnson, Rusk und McNamara in: **Warum Vietnam?** und **Vietnam: Um was es geht**, passim.

²⁴⁰⁾ Besonders in einer einzelnen Agrargesellschaft sind die Städte auf enge Kommunikation mit ihrer ländlichen Umgebung angewiesen. Mit dem Verlust der Kontrolle über die Dörfer werden die Städte folglich weitgehend

Inadäquat ist in diesem Zusammenhang eine Fragestellung, die sich statischer Kategorien bedient. Prognosen über die Funktionsfähigkeit bzw. Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft zu dem Zeitpunkt, in dem plötzlich alle ehemaligen Kolonien und Halbkolonien den Zustand sozio-ökonomischer Emanzipation erreicht haben, sind irrelevant. Denn diese Emanzipation wird nicht schlagartig erfolgen, sondern ein langfristiger Prozeß sein. Dies bedeutet zweierlei: erstens werden sich die Folgen eines Verlustes der politischen und ökonomischen Privilegien in der „Dritten Welt“ auf einen langen Zeitraum verteilen; zweitens werden die technischen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten der kapitalistischen Gesellschaften, diese Folgen zu neutralisieren, größer geworden sein. Zusätzlich ist nicht mit dem Wegfall aller für die kapitalistischen Länder vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zu rechnen. Die ökonomischen Folgen einer siegreichen Kolonialrevolution enthalten zwar Momente, die als krisenfördernde Faktoren bezeichnet werden können. Isoliert dürften sie aber kaum einen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervorrufen.²⁴¹⁾

Aber indem die gewaltsame Emanzipation der „Dritten Welt“ ein dialektischer Prozeß von Revolution und Konterrevolution sein wird, wird sie zugleich auch in den kapitalistischen Ländern die Wirtschaftsstruktur ebenso wie das Bewußtsein, der Klassen und deren Verhältnis zueinander nicht unberührt lassen. „Die Gewalt verändert . . . nicht nur die Kolo-

funktionsunfähig. Die mechanische Übertragung dieses Tatbestandes auf das internationale Verhältnis Industriegesellschaften - Agrargesellschaften ist offensichtlich unsinnig und wird auch in chinesischen Publikationen nicht vollzogen. Es existiert allerdings auch keine geschlossen konzipierte Theorie des Internationalen Klassenkampfes. Aussagen zu diesem Komplex finden sich verstreut in einer Reihe von Aufsätzen, die sich mit den ökonomischen Beziehungen der kapitalistischen Länder zur „Dritten Welt“ und mit der Struktur kapitalistischer Volkswirtschaften befassen. Hierzu vgl. folgende Aufsätze aus der Peking Rundschau, 2. Jgg., 1965: Redaktion der Renmin Ribao, Die Johnson-Regierung in einer Zwickmühle, Nr. 9, S. 11-13; Meng Yung-tjün, Die Bedingungen für eine neue Wirtschaftskrise in den USA rufen heran, Nr. 9, S. 19-23; Nam Han-tschen, Für die wirtschaftliche Befreiung der afro-asiatischen Völker, Nr. 10, S. 14-26; Guo Wen, Imperialistische Plünderung — das größte Hindernis für das wirtschaftliche Wachstum der „unterentwickelten“ Länder, Nr. 26, S. 18-22 u. Nr. 27, S. 20-23; Dschung Yüan, Die kapitalistische Weltwirtschaft — Wolken ziehen sich zusammen, Nr. 36, S. 6-9.

²⁴¹⁾ Betroffen wären besonders: Kapitalrenditen, Fertigwarenxporte, Rohstoffimporte, die „terms of trade“ und die Zollpolitik. (Vgl. hierzu bes. Boris, a. a. O.) Es könnte ein etappenweiser Wegfall neokolonialer Extraprofite und evtl. auch neue Trends in der Entwicklung der realen Austauschverhältnisse angenommen werden. In die Zukunft projizierte Analysen der Folgen evtl. Rohstoffembargos sind nichts als Zahlenpielerereien. Erstens ist es sehr fraglich, ob sie je zustandekommen werden und zweitens nimmt die Substituierbarkeit natürlicher Rohstoffe immer mehr zu. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird jedenfalls nicht durch den Mangel an einigen NE-Metallen zugrundegehen.

nisierten, sondern auch die Kolonialisten.²⁴²⁾ Dies ist nicht lediglich als ein unvermittelter Prozeß der Bewußtseinsbildung zu denken: gerade in den kapitalistischen Gesellschaften können besonders die sozioökonomischen Konsequenzen weltweiter Gewaltanwendung Herrschaft wieder transparenter werden lassen.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Rüstung, denn es gibt einen Punkt, wo ihre objektive innergesellschaftliche Funktion im Kapitalismus umschlägt. Sie kann ein solches Ausmaß annehmen, daß die Fähigkeit der kapitalistischen Staaten zum Aufbau sog. „great societies“ erheblich gemindert wird. Die unablässig weitergetriebene Verformung der Produktionsstruktur durch quantitativ ungeheuer große, inflexible und stark konzentrierte Rüstungssektoren sowie die ständige Aufblähung des Kreditvolumens schaffen zunehmend einen Zustand, in dem eine Senkung der Militärausgaben aus rein ökonomischen Gründen immer schwieriger wird, weil das Ausmaß der dann zu erwartenden Rezession sich immer mehr vergrößert.²⁴³⁾

Auch die internationalen sozialstrategischen Funktionen der Rüstung können sich ändern. Antiguerillastreitkräfte stellen kaum eine Bedrohung der sozialistischen Industriegesellschaften dar. Zusätzlich besteht ein atomares Patt bereits dann, wenn jeder der potentiellen Kontrahenten im Falle eines Atomkrieges mit seiner sicheren Vernichtung rechnen kann. Ob eine vorhandene „overkill capacity“ zur hundertfachen oder „nur“ zur fünffachen Zerstörung des gegnerischen Territoriums ausreicht, ist militärisch fast bedeutungslos. Damit entfällt für die sozialistischen Länder die Notwendigkeit, ihr konventionelles und atomares Militärpotential im gleichen Maße zu vergrößern wie die kapitalistischen Länder.

Es wird also von einem bestimmten Punkt an die Verwendung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften für Rüstungszwecke in den kapitalistischen Gesellschaften nicht mehr von quantitativ gleichen Maßnahmen in den sozialistischen Ländern begleitet sein. Diese erhalten so die Möglichkeit, den Vorsprung an Arbeitsproduktivität und Prokopfeinkommen der kapitalistischen Länder schneller aufzuholen, wodurch auch der Grad der gesellschaftlich notwendigen Repression sinkt. Damit verliert ein Hauptalibi des Spätkapitalismus gegenüber den eigenen Unterschichten an Zugkraft. Der Prozeß der kolonialen Revolution und Konterrevolution kann also eine Reihe von Kräften freisetzen, denen die Ten-

²⁴²⁾ Frantz Fanon, Von der Gewalt, in Kursbuch 2, August 1965, S. 1—55, hier: S. 29; vgl. hierzu auch: *Regierung*.

²⁴³⁾ Vgl. hierzu auch: Meng Yung-tjiän, a. a. O. u. Dschung Yüan, a. a. O.

denz innewohnen wird, die latente Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu aktualisieren. Das Problem, ob diese und andere Kräfte durch neue Formen der Herrschaft — etwa durch eine Art internationaler „formierter Gesellschaft“ — neutralisiert werden können, entzieht sich allerdings vorerst noch der Analyse.

Aus dem Inhalt

Sozioökonomische Entwicklung in Nordvietnam

Sozioökonomische Entwicklung in Südvietnam

**Sozioökonomische Emanzipation
und revolutionärer Kampf**

Partisanenkrieg und Antipartisanenkrieg

**Struktur und Funktion spätkapitalistischer
Rüstungsökonomik in den USA**

**Westeuropas Rolle in der kolonialen Konter-
revolution**